

Parlamentssitzung vom 15.09.2025

Protokoll

Rossstall

19:00 – 22:25 Uhr

Vorsitz

Casimir von Arx (GLP), Parlamentspräsident

Parlamentsbüro

Selin Lopez (FDP), 2. Vizepräsidentin

Brigitte Rohrbach (SP Frauen), Stimmzählerin

Reto Zbinden (SVP), Stimmzähler

Mitglieder des Parlaments

Franziska Adam (SP Frauen)

Christina Aebischer (Grüne)

Roland Akeret (GLP)

Dominic Amacher (FDP)

Géraldine Bösch (SP Frauen)

Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)

Bülent Celik (SP Männer)

Heidi Eberhard (FDP)

Toni Eder (Die Mitte)

Lukas Erni (Grüne)

Sara Cristina Gasser (Junge Grüne)

Kathrin Gilgen (SVP)

Jutta Gubler (SP Frauen)

Janka Hamm (SP Frauen)

Andreas Hauser (GLP)

Roland Hofer (SVP)

Laura Hoffman (Junge Grüne)

Mark Kobel (FDP)

Fabienne Marti (GLP)

Florian Moser (SVP)

David Müller (Grüne)

Matthias Müller (EVP)

Urs Mumenthaler (SP Männer)

Arlette Mürger (SP Frauen)

Klaus von Muralt (Grüne)

Sladjan Petrovic (Die Mitte)

Tatjana Rothenbühler (FDP)

Monika Röthlisberger (Grüne)

Sandra Röthlisberger (GLP)

Isabelle Steiner (SP Frauen)

Roger Tanner (GLP)

Andrea Winzenried (SVP)

Gemeinderat

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin

Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident

Christian Burren (SVP), Gemeinderat

Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Chantal Fuchs

Protokoll

Ursula Wüst

Entschuldigt

Mayra Faccio (JUSO)

Christine Müller (Grüne), 1. Vizepräsidentin

Ronald Sonderegger (FDP)

Katja Streiff (EVP)

Thomas Marti (GLP), Gemeinderat

PAR 2025/61

Traktandenliste und Mitteilungen

1. **Traktandenliste und Mitteilungen**
Beschluss
2. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 18. August 2025**
Beschluss
3. **Solidarität mit der Partnergemeinde Blatten, Verpflichtungskredit**
Kredit; Direktion Präsidiales und Finanzen
4. **Oberscherli, Instandsetzung Mühlebrücke**
Kredit; Direktion Planung und Verkehr
5. **Änderung Bildungssteuerung - Anpassung Bildungsreglement**
Beschluss; Direktion Bildung und Soziales
6. **V2504 Motion (SP/JUSO, Grüne/Junge Grüne) "Stärkung von offenen Vereinsangeboten für Kinder, Jugendliche und Familien in Köniz"**
Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales
7. **V2506 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Grüne/Junge Grüne-Fraktion) "Förderung von Photovoltaik-Anlagen in der Gemeinde Köniz"**
Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe
8. **V2505 Postulat (Grüne/Junge Grüne-Fraktion, GLP-EVP-Mitte-Fraktion, SP/JUSO-Fraktion) "Windenergie in Köniz"**
Beantwortung und Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe
9. **V2520 Dringliche Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Auftrag der Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte (KOP)?"**
Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen
10. **V2511 Interpellation (Grüne/Junge Grüne) "Jugendarbeit Köniz"**
Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales
11. **V2512 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "30 Minuten mehr Schlaf für Teenager"**
Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales
12. **V2523 Interpellation (FDP.Die Liberalen) "Verkehrssituation in der Gemeinde Köniz"**
Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr
13. **V2521 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Schutzzräume und Schutzanlagen in Köniz"**
Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften
14. **Verschiedenes**
Kenntnisnahme

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Guten Abend alle hier im Saal und zu Hause vor den Bildschirmen. Heute ist der internationale Tag der Demokratie und anlässlich dieses Tages konnten wir im Vorfeld zu dieser Parlamentssitzung zusammen mit dem Jugendparlament eine kleine Veranstaltung durchführen, bei welchem wir einen regen Austausch zwischen dem Gemeindeparlament und dem Jugendparlament hatten. Ich begrüsse in diesem Zusammenhang auf der Tribüne auch herzlich die Mitglieder des Jugendparlaments Köniz.

Tag der Demokratie: Ich habe im Internet geschaut und es gibt von der britischen Zeitschrift «The Economist» einen Demokratie-Index und eine Rangliste und wir in der Schweiz sehen uns ja als Weltmeister in der Demokratie. Gemäss dem Index sind wir aber nur auf Rang 5, hinter Norwegen, Neuseeland, Schweden und Island. Ob es sich dabei um britischen Humor oder um die Wahrheit handelt, können wir an dieser Stelle offen lassen. Was wir aber als Könizer sicher wissen: Wir sind Weltmeister:innen im Hürdenlauf. Ditaji Kambundji hat heute über 100 Meter die Goldmedaille gewonnen.

Die heutige Sitzung wird wie bereits die beiden letzten Sitzungen live im Internet übertragen. Wir befinden uns immer noch in einem Probetrieb einer im Parlament später zu diskutierenden möglichen standardmässigen Live-Übertragung.

Ich gebe die Geburtstage der Parlamentsmitglieder bekannt, welche bis zur nächsten Sitzung am 3. November Geburtstag haben, damit ihr schon wisst, wem ihr gratulieren könnt: Das sind Toni Eder, Urs Mumenthaler, Brigitte Rohrbach, Christian Burren, Klaus von Muralt und meine Wenigkeit. Ihr findet, mit Ausnahme von mir – ich habe mir zwar auch Schokolade gekauft – ein Geschenk auf eurem Tisch, Schokolade und den Parlamentspin.

Es sind folgende Entschuldigungen aus dem Parlament eingegangen: Christine Müller, Ronald Sonderegger, Katja Streiff und Mayra Faccio. Ausserdem hat Gemeinderat Thomas Marti gemeldet, dass er krank ist und sich für heute Abend entschuldigen lässt. Anwesend sind 35 Parlamentsmitglieder. Reto Zbinden wird mit leichter Verspätung noch erwartet.

Der elektronische Aktenversand erfolgte am 19. August. Der postalische Aktenversand am 21. August. Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 18. August ist seit dem 20. August online.

Wir kommen zum Traktandum 1, «Traktandenlisten und Mitteilungen»: Es liegt ein Ordnungsantrag des Parlamentsbüros für die Verschiebung des Traktandums 3, V2515 Motion Jugendparlament Köniz «Wiedereinführung Jungbürger:innenfeier in der Gemeinde Köniz» auf die Parlamentssitzung vom 1. Dezember vor. Der Antrag ist auf der Tischvorlage aufgeführt. Wünscht jemand das Wort?

2. Vizepräsidentin Selin López, FDP: Wir würden gerne das Traktandum 3 auf den 1. Dezember verschieben. Ihr habt im Nachversand den E-Mail-Verkehr zwischen dem Gemeinderat und dem Parlamentsbüro gesehen, welchen wir euch zur Verfügung gestellt haben. Es gibt einige Uneinigkeiten über die Zuständigkeit und wir wollen dies gerne zuerst abschliessend klären, bevor wir hier voreilig irgendetwas entscheiden. Das ist uns wichtig und deshalb bitten wir euch, den Antrag gut zu heissen und uns bei diesem Vorhaben zu unterstützen.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Gibt es weitere Wortmeldungen oder Anträge zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über den Antrag des Parlamentsbüros ab: Wer das Traktandum 3 auf die Parlamentssitzung vom 1. Dezember verschieben will, soll das mit der Hand zeigen. Das ist eine offensichtliche Mehrheit. Dann ist mit dieser Änderung die Traktandenliste genehmigt.

Abstimmung über Ordnungsantrag des Parlamentsbüros

Das Parlament stimmt folgendem Ordnungsantrag zu:

"Verschiebung von Traktandum 3 V2515 (Jugendparlament Köniz) "Wiedereinführung Jungbürger:innenfeier in der Gemeinde Köniz" auf die Parlamentssitzung vom 1. Dezember 2025."

(Abstimmungsergebnis: offensichtliche Mehrheit)

Beschluss

Die Traktandenliste wird mit der beschlossenen Verschiebung von Traktandum 3 auf die Parlaments-sitzung vom 1. Dezember 2025 genehmigt.

PAR 2025/62

Protokoll der Parlamentssitzung vom 18. August 2025

Genehmigung

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Wir kommen zum Traktandum 2, zum Protokoll der Par-lamentssitzung vom 18. August. Gibt es zu dem Protokoll Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Damit gilt das Protokoll als genehmigt. Besten Dank an die Verfasserin, welche heute Abend anwesend ist, wenn auch in einer anderen Rolle, nämlich als Sekretärin der nichtständigen Kommission Bildungssteu-erung.

Reto Zbinden ist eingetroffen, wir sind damit 36 Parlamentsmitglieder.

Beschluss

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 18. August 2025 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2025/63

Solidarität mit der Partnergemeinde Blatten

Verpflichtungskredit; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Am 28. Mai 2025 hat ein riesiger Berg- und Gletschersturz aus Eis und Geröll, ausgelöst durch den Zusammenbruch des Birch-Gletschers, das Dorf Blatten im Lötschental fast vollständig zerstört. Die wenigen Häuser und Gebäude, die verschont geblieben sind, wurden anschliessend vom sich stauen-den Fluss Lonza überflutet. Die 300 Blattnerinnen und Blattner haben ihr Zuhause, ihr ganzes Hab und Gut verloren. Die Bevölkerung wurde vom Führungsstab vor Ort rechtzeitig evakuiert. Eine Person, ein einheimischer Schafshirt, ist beim Unglück leider ums Leben gekommen.

Die Betroffenheit in Köniz ist gross, das zeigen die vielen Rückmeldungen aus der Könizer Bevölkerung. Viele äussern den Wunsch, dass sich Köniz als Partnergemeinde zugunsten der Menschen in Blatten engagiert und die Behörden nach Möglichkeit unterstützt. Köniz ist seit 1965 Partnergemeinde von Blat-ten und hat in diesem Zusammenhang u.a. in der Vergangenheit bereits mehrfach mit seinem Zivil-schutz nach Unwettern und Lawinen Unterstützung geleistet. Viele Könizerinnen und Könizer haben während der bereits 60-jährigen Gemeindeparterschaft im Rahmen von gemeinsamen Projekten und Aktivitäten einen persönlichen Bezug zu Blatten aufgebaut.

2. Unterstützungsangebot und Soforthilfe mittels Spendenbeitrag

Die Gemeinde Köniz ist seit Beginn des Ereignisses und v.a. nach dem Gletschersturz vom Mittwoch 28. Mai 2025 in direktem Kontakt mit den Behörden und dem Führungsstab vor Ort und hat seine kon-krete Unterstützung angeboten, in einer ersten Phase im Bereich Zivilschutz und

Führungsunterstützung. Zugleich hat die Gemeinde via seine Kommunikationskanäle die Könizer Bevölkerung aufgefordert, für Blatten zu spenden. Verwaltungsintern wurde unter der Leitung der Gemeindepräsidentin eine Arbeitsgruppe errichtet, welche die Informationen und Aktivitäten seitens Gemeinde Köniz verwaltungsintern koordiniert.

An der Sitzung vom 6. Juni 2025 hat der Gemeinderat als Soforthilfe einen Spendenbeitrag von CHF 200'000 an die Partnergemeinde Blatten beschlossen, Der Betrag wurde direkt auf das Spendenkonto der Gemeinde Blatten überwiesen. Parallel dazu hat der Gemeinderat einen offiziellen Brief an den Gemeinderat und an die Bevölkerung von Blatten verfasst, in welchem er die Solidarität der Gemeinde Köniz bekräftigt und zum Ausdruck bringt, dass die Gemeinde Köniz bereit und organisiert ist, auch in den nächsten Wochen und Monaten Unterstützung zu leisten, sobald klarer wird, was die konkreten Bedürfnisse sind.

3. Solidaritätsanlass am 6. November 2025 im Schoss Köniz

In Absprache mit den Blattner Behörden hat der Könizer Gemeinderat am 30. Juni beschlossen, anfangs November einen Solidaritätsanlass für die Partnergemeinde Blatten in Köniz durchzuführen, mit folgenden Zielsetzungen:

- Solidaritätsbekundung für die Partnergemeinde Blatten
- Sichtbarkeit/Öffentlichkeit schaffen für die Bedürfnisse und die Zukunft von Blatten
- Bekenntnis zur Gemeindepartnerschaft zwischen Blatten und Köniz

Der Anlass wird am 6. November 2025 im Schloss Köniz stattfinden, der Gemeinderat von Blatten und weitere Personen und Organisationen aus Köniz und Blatten haben bereits ihre Teilnahme zugesagt. Die Teilnahme von Vereinen (u.a. Musikgesellschaften aus Blatten und aus Köniz-Wabern, welche ebenfalls eine Partnerschaft haben) ist ebenfalls geplant.

4. Mögliche weitere mittel- und längerfristige Unterstützungsmassnahmen

Der Könizer Zivilschutz ist für einen Einsatz in Blatten bereit. Er ist in direktem Kontakt mit den Verantwortlichen Behörden vor Ort sowie dem Kanton Bern (BSM), welcher die Zivilschutzeinsätze des Kantons Bern koordiniert. Der Könizer Zivilschutz kann auch Geräte vor Ort liefern sofern diesbezüglich ein Bedarf besteht. Er kann dabei auf bestehende Erfahrungen vor Ort, inkl. Zusammenarbeit mit lokalen Baufirmen von früheren Einsätzen (Unwetter, Wanderwege etc.) zurückgreifen.

Köniz soll als verlässliche Partnergemeinde auch mittel- und längerfristige Unterstützung leisten, ergänzend zu den (eher finanziellen) Beiträgen von Bund, Kanton und anderen. Wie diese Unterstützung aussieht, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschliessend festgelegt werden, diese soll sich nach den Bedürfnissen der Gemeinde Blatten richten.

5. Beantragter Kredit für den Solidaritätsanlass und für weitere Unterstützungsmassnahmen

Der Gemeinderat hat als Soforthilfe im Rahmen seiner Finanzkompetenz einen Nachkredit von CHF 200'000 in Form einer Spende beschlossen. Da im Budget kein Betrag für die Zusammenarbeit mit Partnergemeinden eingestellt ist, müssen weitere Unterstützungsmassnahmen gemäss dem Grundsatz der Einheit der Materie vom Parlament als finanzkompetentem Organ beschlossen werden.

Mit vorliegendem Antrag wird dem Parlament ein Verpflichtungskredit von CHF 150'000 für die Durchführung des oberwähnten Solidaritätsanlasses im November 2025 (Budget ca. CHF 25'000) sowie für weitere Massnahmen zur Unterstützung der Gemeinde und der Bevölkerung von Blatten beantragt (max. CHF 125'000).

Welche konkreten Projekte von der Gemeinde Köniz unterstützt bzw. kofinanziert werden, soll in einem nächsten Schritt in enger Absprache mit der Partnergemeinde abgesprochen werden. Dabei sollen Massnahmen und Projekte im Vordergrund stehen, welche a) Gemeindeaufgaben betreffen (z.B. Planung, Dienstleistungen, Kultur, Vereinswesen oder ähnliches), b) direkt der Blattner Bevölkerung zu Gute kommen, und/oder c) ergänzend zu anderen Unterstützungsmassnahmen und -projekten sind. Der Gemeinderat wird dabei das Parlament regelmässig informieren.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die Durchführung eines Solidaritätsanlass für die Partnergemeinde Blatten sowie für weitere Unterstützungsmassnahmen der Gemeinde und Bevölkerung von Blatten wird ein Verpflichtungskredit von CHF 150'000 zu Lasten Konto Nr. 1050.3632.73 "Beiträge an Gemeinden" bewilligt.

Köniz, 6. August 2025

Der Gemeinderat

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Wir kommen zum Traktandum 4, «Solidarität mit der Partnergemeinde Blatten». Das ist ein Verpflichtungskredit der Direktion Präsidiales und Finanzen. Die Sitzungsakten bilden der Bericht und der Antrag des Gemeinderates. Das Vorgehen ist wie folgt: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktionen, die Einzelvoten der Parlamentsmitglieder, der Gemeinderat und dann die Abstimmung.

GPK-Referent, Toni Eder, Die Mitte: Um was geht es? Es geht um einen Solidaritätsanlass in Köniz, welcher dazu da ist, die Unterstützung der Gemeinde für die Gemeinde Blatten darzustellen. Der Gemeinderat beantragt dem Parlament den Kredit von CHF 150'000, maximal CHF 25'000 sind für den Anlass vom 6. November im Schloss Köniz, also hier, vorgesehen.

Neben der Parlamentsvorlage hat die GPK Antworten auf Fragen erhalten, die sie gestellt hat und ich gebe dies hier weiter:

Die Idee eines Solidaritätsanlasses kam auf, nachdem der Gemeinderat CHF 200'000 für die Gemeinde Blatten gesprochen hatte. Der geplante Anlass soll Blatten eine Plattform und Visibilität geben und die 60-jährige Partnerschaft zwischen Köniz und Blatten würdigen. Insbesondere soll auch die Partnergemeinschaft der Musikgesellschaften der beiden Gemeinden mit diesem Anlass gewürdigt werden. Gerade für Blatten sei das Vereinsleben besonders wichtig gewesen und in dieser Zeit heute sowieso.

Der Anlass soll hier im Schloss Köniz im Rossstall und in der Schüür ausgerichtet und medial aufgenommen werden. Für den Anlass sind Kosten zwischen CHF 20'000 und maximal CHF 25'000 vorgesehen. Nebst der finanziellen Unterstützung soll die Gemeinde Köniz auch mit fachlicher Unterstützung helfen.

Die Gemeindepартnerschaft zwischen Köniz und Blatten besteht seit dem Jahr 1965. Die Idee der Partnerschaft ist es, dass die grossen Gemeinden den kleinen Gemeinden helfen und diese unterstützen. Der Gemeinderat hat letztes Jahr eine Klausur in Blatten abgehalten. Der Termin für den Anlass wurde mit der Gemeinde Blatten abgesprochen, noch wurden aber keine Einladung verschickt.

Die Gemeinde Blatten schätzt die Hilfe von Köniz sehr und sieht dies als wertvolles Zeichen an. Der Anlass kann der Bevölkerung von Blatten dazu dienen, der Könizer Bevölkerung und vielleicht noch weiteren Kreisen ihre Situation näherzubringen und sich auch zu erklären.

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass er diesen Kredit aufgrund der Einheit der Materie ins Parlament bringen muss. Die Gemeindepräsidentin hat herausgestrichen, dass insbesondere die politische Unterstützung für die Gemeinde Blatten wichtig sei.

Die GPK teilt die Meinung, dass Blatten die Unterstützung von Köniz braucht und dass es auch ein gutes Signal ist. Den Anlass zu streichen wäre keine Option. Eine Mehrheit der GPK-Mitglieder findet, dass die Erklärungen des Gemeindeschreibers und der Gemeindepräsidentin der GPK hilfreich waren. Es wurde dargelegt, warum die Zusammenarbeit mit der Partnergemeinde wichtig ist. Die Ausrichtung des Anlasses und die Finanzierung der Uniform der Musikgesellschaft erachtet die GPK sinnvoller, als nur die Überweisung eines reinen Geldbetrags.

Ein Teil der GPK hat kritisch angemerkt, dass eigentlich kein Handlungsspielraum für das Parlament besteht, weil es eigentlich bereits vereinbart ist, dass dies am 6. November stattfindet. Einige können nicht ganz nachvollziehen, warum der Anlass ausgerechnet am 6. November stattfindet und nicht eher im Sommer des nächsten Jahres, wenn es vielleicht in der Umgebung auch einfacher wäre, wenn viele Leute kommen würden.

- Die Geschäftsprüfungskommission stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Das Ergebnis war 5 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen.
- Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt dem Parlament, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Dort war das Abstimmungsergebnis 6 Stimmen dafür, 0 dagegen, 1 Enthaltung.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Frage an den Gemeinderat: Gibt es neue Erkenntnisse oder Ergänzungen zum schriftlichen Bericht? Das ist nicht der Fall. Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

Fraktionssprecherin FDP, Heidi Eberhard, FDP: Ich danke der Direktion Präsidiales und Finanzen für die Aufbereitung der Unterlagen. Merci auch für die erhaltenen Zusatzinformationen der GPK. 60 Jahre Partnerschaft zwischen Köniz und der Gemeinde Blatten im Wallis. Zudem eine Partnerschaft zwischen den Musikgesellschaften Köniz-Wabern und Blatten. Partner wie auch Musikgesellschaften halten zusammen, sie sind in Freud und Leid für die Kameradinnen und Kameraden da. Vor vier Monaten wurde das einst schmucke Dorf Blatten durch einen Berg- und Gletschersturz grossmehrheitlich zerstört. Das wenige an Gebäuden, welche noch in Stand ist geblieben sind, wurde durch den Fluss Lonza überflutet. Wir kennen die Bilder aus der Berichterstattung: Unfassbar, schrecklich. Der Birchgletscher brach mit katastrophalen Folgen für die Gemeinde Blatten im Wallis zusammen. Uns ist hier einmal mehr vor Augen geführt worden: Die Natur ist stärker und mächtiger als der Mensch. Die Gemeinde Köniz hat sofort gehandelt. Wie wir unter Punkt 2 der Unterlagen entnehmen können, mit Unterstützungsangeboten und Soforthilfe mittels Spendenbeitrag. Ein Tropfen auf den heissen Stein. Die Könizer Bevölkerung wurde im Weiteren zu privaten Spenden angehalten, die Glückskette hat zur Spende aufgerufen und hat den Fonds Naturkatastrophen in der Schweiz aktiviert. Neben dem damals von der Gemeinde Köniz überwiesenen Betrag von CHF 200'000 an finanzieller Soforthilfe, geht es jetzt in diesem Antrag darum, auch weiterhin Solidarität mit der Partnergemeinde zu zeigen. Es geht um moralische Unterstützung, es geht darum, den Menschen aus Blatten die Möglichkeit zu geben, sich in der Partnergemeinde zu zeigen und ihre Pläne für das zukünftige Blatten darzulegen. Mit dem Verpflichtungskredit von CHF 150'000 für die Durchführung des Solidaritätsanlasses im November 2025 sowie für weitere Massnahmen zur Unterstützung der Gemeinde und der Bevölkerung von Blatten, gibt Köniz dafür einen Anschub. Die FDP, Die Liberalen, stimmen dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Fraktionssprecherin SVP, Kathrin Gilgen, SVP: Es war schockierend, den Zusammenbruch des Birchgletschers medial zu verfolgen und die Zerstörung des schönen Blattens hilflos anzuschauen. Wie schmerzhaft das vor Ort für euch Anwohnenden war und noch immer ist, können wir vermutlich gar nicht richtig nachvollziehen.

Die Hälfte der SVP-Fraktion hat einen Landwirtschaftsbetrieb mit Vieh und ist somit am Ort tief verwurzelt. Wir können verstehen, was ein solcher Verlust bedeutet und wie wichtig die emotionalen Werte «Heimat» und «Zuhause sein» sind. Wir wünschen allen zusammen viel Kraft und guten Mut in dieser schweren Zeit.

Darum begrüssen wir die Könizer Unterstützung für unsere Partnergemeinde Blatten. Wir danken auch dem Gesamtgemeinderat für die unbürokratische und rasche Spende von CHF 200'000 anfangs Juni und die Bereitschaft für weitere Unterstützung verschiedenster Art. Mit dem vorliegenden Antrag für einen weiteren Verpflichtungskredit sind wir einverstanden.

Im ersten Moment haben wir auch die Meinung vertreten, dass die ungefähr budgetierten CHF 25'000 für einen Solidaritätsanlass in Köniz doch besser vor Ort im Wallis eingesetzt werden sollten. Die ausführliche Begründung durch unseren Gemeindeschreiber im wunderschönen Walliserdeutsch hat uns dann aber glaubhaft überzeugt, dass so ein Anlass in Köniz auch positive Auswirkungen für das Bergdorf Blatten hat. Und in unserer schnelllebigen Zeit ist es wichtig, dem tragischen Vorfall im Blatten erneut eine mediale und persönliche Plattformen zu bieten, denn die Arbeit hat erst richtig begonnen und es braucht noch viel Unterstützung, damit die Leute wieder in ihre Heimat und in ihr eigenes Zuhause zurückkehren können. Leider gibt es ja auch Stimmen, die ihnen das verwehren wollen. Und es heisst ja bewusst «Solidaritätsanlass» und nicht «Feier», denn zum Feiern gibt es bei diesen Umständen nichts. Aber ein Tag Tapetenwechsel in dieser schweren Zeit kann sicher auch nicht schaden.

Dazu kommt, dass am 6. November die Könizer Wahlen zum Glück vorbei sind und eine Ausnutzung bzw. eine Präsenz auf den medialen Plattformen für Könizer Politikerinnen und Politiker gesättigt sein sollte. Denn die ganze Aufmerksamkeit soll vollkommen den Blattnern und Blattnern und den zuständigen Walliser Politikerinnen und Politiker gehören, die für den Ablauf und zukünftigen Aufbau verantwortlich sind.

Die SVP-Fraktion dankt den zuständigen und involvierten Personen für die Organisation und hofft auf einen würdigen und erfolgreichen Solidaritätsanlass mit viel Unterstützung für das Bergdorf und die Partnergemeinde Blatten. Wir stimmen dem Antrag zu.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Matthias Müller, EVP: Uns allen sind, wenn wir an Blatten denken, noch die unfassbaren Bilder des Berg- und Gletschersturzes vor Augen. Da will man einfach helfen und unterstützen.

Ich bin eine Person mit Bezug ins Glarnerland. Dort hat der Elmer Bergsturz vor langer Zeit, 1881, auch viel Leid und Zerstörung verursacht, aber auch eine Welle von Solidarität ausgelöst. Der Kredit, über den wir jetzt beraten und dann auch befinden, ist grundsätzlich gut, die EVP-GLP-Mitte-Fraktion unterstützt diesen.

Wir wollen aber trotzdem noch zwei wichtige Bemerkungen anbringen und die haben, das ist mir wichtig zu betonen, nichts mit Blatten und dem Vorgefallenen zu tun:

1. Das erste wurde bereits angetönt: Wir haben eigentlich nicht mehr viel dazu zu sagen, im Sinne von, wir bewilligen quasi im Nachhinein. Der Anlass steht schon fest, bis dato - aber heute ändern wir das ja - ohne Parlamentszustimmung. Wir wollen, dass in Zukunft die richtige Reihenfolge eingehalten wird, vielleicht – wir haben diese Anregung auch gehört – wäre der Sommer 2026 dann auch noch gut gewesen.
1. Den Solidaritätsanlass in Köniz, diesen verstehen wir: Blatten wird eingeladen, es sollen Begegnungen stattfinden, eine Plattform soll geboten werden. Und ich habe zuerst geschrieben, das «Fest» kostet viel – merci, Kathrin – der «Solidaritätsanlass» kostet einiges und wieso dies nicht lieber vor Ort investieren? Wir haben auch schon eine Antwort gehört. Aber uns ist wichtig: Nur Cüpli trinken und Social Media bedienen, fänden wir dann doch ziemlich pietätslos.

Und darum sind wir sehr gespannt und hoffen sehr auf den geplanten Mehrwert, den wir hören konnten, auch mit den Nachinformationen und wir erwarten dann eine entsprechende Einladung und Informationen und einen ganzen würdigen Solidaritätsanlass.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, Klaus von Mural, Grüne: Die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen ist einstimmig dafür, den beantragten Verpflichtungskredit für den Solidaritätsanlass und die weiteren Unterstützungsmassnahmen für unsere Partnergemeinde Blatten und ihre Bevölkerung zu bewilligen.

Ein Solidaritätsanlass ist ein wichtiges Zeichen für Unterstützung und gibt der Bevölkerung des verschütteten Dorfes Hoffnung. Die weiteren Unterstützungsmassnahmen sind sinnvoll, um die Gemeinde weiterhin tatkräftig darin zu unterstützen, sich eine neue Zukunft aufzubauen. Wichtig ist uns Grünen/Jungen Grünen besonders der Aspekt, dass diese Massnahmen im Austausch mit der Partnergemeinde getroffen werden, um ihre Bedürfnisse möglichst gut abzuholen und sie bei dem zu unterstützen, was von ihnen selber vorgeschlagen wird.

Wichtig ist uns auch zu betonen, dass wir von der Gemeinde Köniz im Gegenzug auch erwarten, sich bei anderen Unterstützungsprojekten grosszügig zu zeigen, wo Menschen in Not eine Hand gereicht werden kann - sei es im Inland oder im Ausland. So möchten wir anregen, zum Beispiel ernsthaft darüber nachzudenken, dass auch die Gemeinde Köniz einen jährlichen Budgetposten für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit reserviert, so wie das zum Beispiel die Stadt Bern macht. Denn Köniz ist sogar eine der wenigen Gemeinden der gleichen Grössenordnung in der Schweiz, die noch keinen solchen fixen Budgetposten kennt.

Das auch im Hinblick darauf, dass es in Zukunft bedingt durch den Klimawandel laut wissenschaftlicher Evidenz vermehrt zu solchen Ereignissen wie in Blatten kommen wird und dass es wegen erodierendem Permafrost und schmelzenden Gletschern generell auch zu mehr Fels- und Bergstürzen in den Alpen kommen wird. Und auch in anderen Ländern dürften Extremwetter- und Klimaereignisse weiter zunehmen. Es ist darum umso wichtiger, mit den Klimazielen, die sich die Schweiz, der Kanton Bern und die Gemeinde Köniz gegeben haben, zügig vorwärts zu machen und die Emissionsreduktion von CO₂ und anderen klimaschädlichen Gasen voranzutreiben.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Franziska Adam, SP Frauen: Es haben sicher alle von diesem unfassbaren Unglück im Lötschental gehört, bei dem die Gemeinde Blatten fast vollständig zerstört wurde. Köniz hat ein besonderes Verhältnis zum Dorf Blatten, weil sie seit 1965 Partnergemeinde ist und dadurch hat sie auch eine besondere Verpflichtung.

Wie wir aus dem Parlamentsantrag lesen konnten, wurde bereits viel Geld von der Schweizer Bevölkerung, gespendet. Gerade vor noch nicht allzu langer Zeit hat der Kanton Wallis gesagt, er spendet Geld

und auch von der Glückskette. Auch die Gemeinde Köniz hat sofort nach dem Unglück CHF 200'000 gespendet.

Geld ist das eine, aber die Gemeinde Blatten braucht auch weiterhin Aufmerksamkeit und darum unterstützt die SP/JUSO diesen Solidaritätsanlass zugunsten von Blatten. Uns leuchtet ein, dass die Bedürfnisse von Blatten sichtbar gemacht werden müssen und mit einem solchen Anlass trägt man diesem Thema Rechnung.

Wichtig ist der SP/JUSO-Fraktion, dass auf die Bedürfnisse der Blattner Bevölkerung eingegangen wird und mit der engen Absprache, insbesondere mit dem Gemeinderat von Blatten, ist das unserer Ansicht nach gewährleistet. Der Solidaritätsanlass soll dazu dienen, den Kontakt zwischen der Könizer und der Blattner Bevölkerung herzustellen bzw. zu fördern. So können die Könizerinnen und Könizer direkt ihre Anteilnahme und ihre Unterstützung kund tun.

Deshalb wird die SP/JUSO-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zustimmen.

Gemeindepräsidentin Tanja Bauer, SP: Liebe Anwesende, danke vielmals für die gute Aufnahme des Geschäfts, das tatsächlich sehr ungewöhnlich ist und das wir alle lieber gar nicht hier beraten müssen würden.

Was mit Blatten passiert ist, ist unvorstellbar, sogar aus der Ferne unvorstellbar und noch viel unvorstellbarer für sie im Alltag. Wenn einfach der Ort, den man zu Hause nennt, plötzlich sichtbar weg ist und man nie mehr dorthin kommen kann, ist das eine unglaubliche Belastung und unglaublich schwierig. Wir waren mit Blatten bereits vor dem Felssturz im Austausch, weil man es sehen kommen hat, dass vielleicht etwas passiert. Aber niemand hat an ein solches 1000-jähriges Ereignis gedacht, mit dieser unglaublichen Verwüstung, die es angerichtet hat. Und wir waren vorher und nachher mit ihnen im Austausch, doch ganz verständlich war es für niemanden von uns und ich denke auch nicht für die Leute im Blatten.

Wir haben als Gemeinderat schon sehr gute Erinnerungen an Blatten. Ich persönlich sehe immer noch das Dorf, wenn ich an Blatten denke, und nicht diesen Schuttkegel, weil das möchte ich irgendwie noch nicht so ganz wahrhaben. Ich sehe das Dorf, wir sind dort gewesen, als die Lärchen alle Farben hatten, die Lonza noch ein ganz normaler Fluss war und kein See und das wunderschöne Lötschental haben wir erlebt und es ist uns wirklich eingefahren. Wir haben sogar im Frühling noch darüber gesprochen, ob wir noch einmal gehen möchten, weil es so schön war und es ist uns unglaublich eingefahren als unsere Partnergemeinde so hart getroffen wurde.

Wir haben sofort eine Spende beschlossen und haben in der ersten Zeit zwar Kontakt gehabt, aber wir wollten uns auch nicht aufdrängen, weil dann eine Akutphase war und es in Blatten darum ging, überhaupt wieder das Leben zu organisieren, überhaupt zu wissen, was jetzt der nächste Schritt ist. Aber uns war sehr früh klar, dass, auch wenn am Anfang ganz viel Solidarität da ist, dies mit der Zeit abebbt und dann, wenn die grossen schwierigen Fragen des Wiederaufbaus kommen, welcher Jahre dauern wird – die Zerstörung ging in ein paar Sekunden und der Wiederaufbau geht Jahre - dass sie dann auch auf unsere Unterstützung zählen können müssen.

Und wir haben dann vor den Sommerferien – als es bei ihnen zwar nicht gerade wieder Normalität war, aber als man nach der Akutphase schon wieder ein bisschen mehr nachdenken konnte – Kontakt aufgenommen und gefragt, was denn für sie hilfreich wäre. Es war sehr schwierig für sie zu sagen - und natürlich auch für uns – was es im Herbst, was es im Winter brauchen wird, aber von ihnen kam ganz klar der Wunsch, dass man etwas machen kann, damit sie eine Plattform für die schwierigen Fragen erhalten, die es für die Zukunft zu klären gibt. Und darum haben wir diesen Solidaritätsanlass ins Auge gefasst.

Ihr seht es auch am Antrag, dieser wurde ständig weiterentwickelt, weil man natürlich auch immer ein bisschen auf Sicht navigiert hat. Und jetzt wissen wir schon viel mehr, als damals, als wir den Antrag versendet haben und deshalb konnten wir euch in der GPK noch mehr Auskünfte geben.

Mein Gemeinderatskollege Thomas Marti und ich waren jetzt nach den Sommerferien vor Ort und haben den Gemeinderat von Blatten getroffen und konnten wirklich mit ihnen zusammen schauen, wie es aussieht, und es ist unglaublich unverstündlich. Und am gleichen Tag, als wir dort waren, war im Blick die Schlagzeile, man solle doch die Bergler alle umsiedeln. Für die Leute in Blatten, aber auch im ganzen Lötschental ist es unverstündlich, dass man so *über* sie spricht und nicht *mit* ihnen und sie haben uns mehrfach gedankt, dass sie die Möglichkeit bekommen, ihre Sicht eben auch ausserhalb des Lötschentals, ausserhalb des Wallis – wo es natürlich sehr viel Verständnis gibt, weil andere Regionen, die nicht gerade in einer solch schlimmen Lage sind, aber sich durchaus auch vorstellen können, dass sie einmal getroffen werden – darzulegen. Und ihnen ist es ein unglaubliches Anliegen, dass sie jetzt selber über sich reden können und über ihre Pläne, die manchmal ein bisschen belächelt werden.

Ich muss sagen, wenn ich sehe, was der Gemeinderat dort leistet - diese sind ehrenamtlich – das ist unglaublich. Auch die Belastung – sie sind selber betroffen, ihre Häuser sind betroffen – das ist wirklich sehr, sehr eindrücklich und es ist etwas Kleines, was wir für sie machen können, diese Plattform zu schaffen und das heraustragen, dass sie hier das erzählen können. Aber für sie ist es sehr wertvoll, weil sie so auch nicht allein sind.

Der Gemeindepräsident hat mir gesagt, weisst du, es muss ja nicht Stadt gegen Land sein, wir sind doch zusammen unterwegs und genau dafür ist Köniz jetzt doch der ideale Ort um zu sagen: Stadt *und* Land. Das ist eigentlich ein guter Ort, um dieses Gespräch zu führen und um zu sagen, die Anliegen dieser Bergregionen sind nicht einfach teuer und mühsam, sondern es ist wirklich ein reales und wichtiges Vorhaben, ihr Dorf wieder aufzubauen und dem gebührt unsere ganze Unterstützung.

Es kommt dazu, und das ist ja eher ein Zufall, aber wir sind seit 60 Jahren Partnergemeinden und in diesen 60 Jahren ist schon sehr viel passiert. Und es ist auch noch gut, gerade in so schwierigen Zeiten daran zu erinnern, dass wir das auch weiterhin sein werden – partnerschaftlich unterwegs und für einander da. Und wir bauen das mit ihnen zusammen auf. Das habe ich mehrfach von euch als Anliegen gehört. Das ist für uns selbstverständlich. Diesen Anlass machen wir für Blatten und nicht für uns. Und wir sind mit Blatten und den Behörden im Austausch, was für sie richtig wäre und es ist besonders schön, dass wir auch die Musik, die auch eine Partnerschaft miteinander haben, gewinnen können.

Ich hoffe, dass ich viele von euch an diesem Anlass sehen werde und dass wir dort wirklich auch hören können, denn ihre Pläne sind herausfordernd und sie müssen ganz viel Unterstützung bekommen, damit sie eben auch realistisch werden können, damit man sie umsetzen kann.

Deshalb danke ich euch ganz herzlich für eure Unterstützung. Ihr habt gesehen, es geht nicht nur um den Anlass, wir haben aktuell wirklich keinen Budgetposten hierfür und wir haben die Gelegenheit genutzt, eine Art Rahmenkredit zu holen. Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt und welche Unterstützungsmöglichkeiten sich noch auftun, aber damit wir nicht jedes Mal sozusagen zu spät ins Parlament kommen, bitten wir euch auch noch um diesen Rahmenkredit, damit wir auch danach im Einzelfall Blatten unkompliziert helfen können. Danke vielmals für eure Unterstützung.

Beschluss

Für die Durchführung eines Solidaritätsanlass für die Partnergemeinde Blatten sowie für weitere Unterstützungsmassnahmen der Gemeinde und Bevölkerung von Blatten wird ein Verpflichtungskredit von CHF 150'000 zu Lasten Konto Nr. 1050.3632.73 "Beiträge an Gemeinden" bewilligt.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigende Annahme)

PAR 2025/64

Oberscherli, Instandsetzung Mühlebrücke

Kredit; Direktion Planung und Verkehr

1. Ausgangslage

Die Mühlebrücke führt zwischen Oberscherli und Oberbalm über den Scherlibach und verbindet als gedeckte Holzkonstruktion die beiden Nachbargemeinden Köniz und Oberbalm. Die Gemeindegrenze verläuft an diesem Ort genau in der Bachmitte, daher sind beide Gemeinden brückenbesitzend und damit in der Verantwortung. Während diese Wegführung vor langer Zeit die Hauptverbindung zwischen den beiden Gemeinden darstellte, dient die Brücke heute als Wanderwegverbindung von Niederscherli nach Oberscherli und weiter nach Oberbalm und umgekehrt. Auch Freizeitsportlerinnen und Hundehalter nutzen das Gebiet für ihre Aktivitäten, namentlich solche aus Oberscherli.

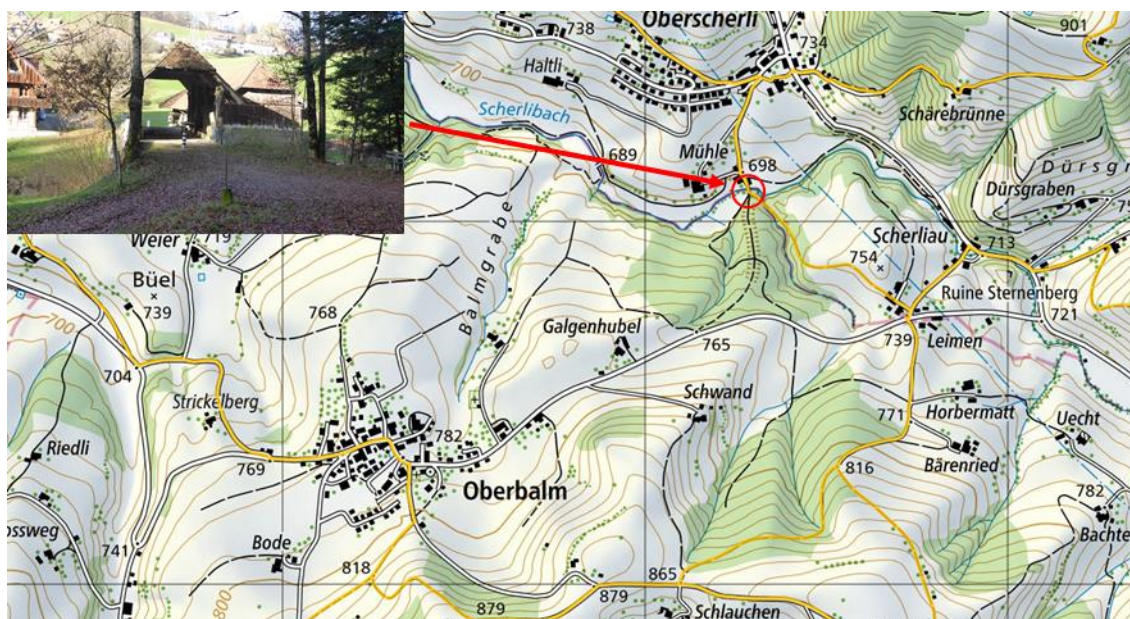


Abbildung 1: Standort und Brückenbild der Mühlebrücke zwischen Oberscherli und Oberbalm

Die Mühlebrücke über den Scherlibach von 1875 ist im Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) als Einzelelement von regionaler Bedeutung mit Erhaltungsziel A ausgezeichnet ("erhaltenswert").

Aufgrund ihres Zustands ist das Benützen der Brücke für den Strassenverkehr aktuell nicht zugelassen. Eine erneute Zustandsüberprüfung (Beilage 1) hat gezeigt, dass Verstärkungsmassnahmen nun auch für die Benutzung durch Fussgängerinnen und Fussgänger nötig sind. Ohne Instandstellung muss die Brücke absehbar für jede Benutzung gesperrt werden. Aufgrund der historischen Bedeutung und der Bedeutung für die lokale Bevölkerung soll die Brücke mit einem Brutto-Kredit von 448'000 CHF wieder instandgesetzt werden. Davon fallen Nettokosten von CHF 393'000 für die Gemeinde Köniz an.

2. Instandsetzungs- und Verstärkungskonzept

Für das Projekt wurden zwei Varianten geprüft: Als Minimalvariante soll die Tragkonstruktion so verstärkt werden, dass anschliessend die Brücke durch Fahrzeuge bis 3.5 Tonnen Gesamtgewicht befahren werden kann. Die erforderlichen Verstärkungsarbeiten für Fussgängerinnen und Fussgänger sind identisch mit den Massnahmen für Einwirkungen unter Fahrzeugen bis 3.5 Tonnen. Als Variante wurde die Befahrbarkeit bis 16 Tonnen untersucht. Mit den Instandsetzungsarbeiten muss zudem die Dauerhaftigkeit wieder gewährleistet sein.

Verschiedene Bauteile der Holzkonstruktion, dies zeigt die statische Überprüfung, erfüllen die Tragsicherheit nicht mehr und müssen auf jeden Fall verstärkt werden. So namentlich die Querhölzer und die Bundbalken (Verbindungen). Die Zustandserhebung zeigte zudem fallweise Holzfäulnis sowie Spuren von Holzschädlingen. Gewissen Aufhängungen weisen Korrosionsschäden und Lochfrass auf. In der Dachkonstruktion wurden gebrochene Latten sowie Verschiebungen festgestellt. Diese wirken sich negativ auf den Zustand der Portale aus. Diese Schäden müssen behoben werden, um eine Schliessung der Brücke zu verhindern. Wird die Brücke für die Nutzung bis 16 Tonnen instandgesetzt, so müssen zusätzlich die Bodenbalken verstärkt und Querbalken mit höherem Querschnitt eingesetzt werden. Genaue Angaben zu den Arbeiten finden sich im Konzept (Beilage 1).

Die Widerlager der Brücke wurden nur visuell geprüft. Es wurden keine Materialprüfungen oder statische Überprüfungen ausgeführt. Sichtbar sind Schäden am Sandstein und an den Kronensteinen. Diese sollen ausgebessert und der Verputz erneuert werden. Vereinzelt werden Betonelemente saniert und eine Natursteinmauer wird vollständig erneuert. Bei allen Arbeiten werden die bestehenden Holzbretter sowie die bestehenden intakten Dachziegel wieder eingebaut.

3. Ertüchtigung für landwirtschaftliche Fahrzeuge (bis 16 Tonnen)

Bis 2018 wurde die Brücke von einem Landwirt aus Oberscherli genutzt, um mit seinen Maschinen das Land auf der anderen Uferseite des Scherlibachs bewirtschaften zu können. Bei der Brückeninspektion im Jahr 2018 wurde festgestellt, dass sich die Brücke in einem "alarmierenden Zustand" befindet. Als Sofortmassnahme wurde die Durchfahrt für jeglichen motorisierten Verkehr – und damit auch für landwirtschaftliche Fahrzeuge – mit baulichen Massnahmen verhindert.

Bereits zu Beginn der Abklärungen im Jahr 2023 wurde mit dem betroffenen Landwirt Kontakt aufgenommen und seine Bedürfnisse abgeklärt: Aufgrund der Sperrung der Brücke fallen für ihn etliche Zusatz-Fahrten an, geschätzte 260 Fahrten pro Jahr. Diese Umweg-Fahrten fallen weg, wenn er den Scherlibach wieder via Brücke überqueren kann. Eine intakte Brücke ist für ihn von grosser Bedeutung. Deshalb hat er sich bereit erklärt, sich an den Mehrkosten einer Ertüchtigung für landwirtschaftliche Fahrzeuge namhaft zu beteiligen.

Die erforderlichen Verstärkungsarbeiten für Fussgängerinnen und Fussgänger sind identisch mit den Massnahmen für Einwirkungen unter Fahrzeugen bis 3.5 Tonnen. Wie erwähnt müssen für die Ertüchtigung für landwirtschaftliche Fahrzeuge (bis 16 Tonnen) die Bodenbalken und die Querbalken stärker dimensioniert werden. Dies führt zu Mehrkosten von CHF 35'000. Der Landwirt hat schriftlich zugesagt, sich mit maximal CHF 30'000 an den Mehrkosten zu beteiligen. Dank dieser Mitfinanzierung wird das Projekt mit der Instandstellung für eine Befahrbarkeit bis 16 Tonnen weiterverfolgt.

4. Instandstellung versus Ersatz

Ein erstes Gutachten von 2023 kam zum Schluss, dass die Brücke bereits 1875 erhebliche bauliche und statische Mängel aufgewiesen habe. Der Gutachter rät deshalb von einer Sanierung der bestehenden Brücke ab, da die grundsätzlichen Mängel auch mit einer Sanierung nicht zu beheben seien.

Einem Abbruch steht entgegen, dass die kantonale Denkmalpflege das Bauwerk als historisch wertvoll einstuft und es im Inventar der schützenswerten Ortsbilder als erhaltenswert eingetragen ist. In Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege wurde deshalb entschieden, dass die Brücke nicht durch einen Neubau ersetzt werden darf. Die Holzkonstruktion soll soweit möglich erhalten bleiben und instandgesetzt werden, da es sich beim Objekt um ein erhaltenswertes Baudenkmal handelt.

5. Finanzen

5.1 Beteiligung der Gemeinde Oberbalm

Die Brücke steht exakt auf der Gemeindegrenze zwischen Oberbalm und Oberscherli/Gemeinde Köniz. Die Verantwortlichen der beiden Gemeinden sind im Austausch bezüglich Finanzierung der Instandstellung. Die Federführung liegt bei Köniz. Zwischen den beiden Gemeinden wurde ein Kostenteiler vereinbart. Gemäss den Absprachen trägt die Gemeinde Oberbalm 6% der Kosten. Eine entsprechende Vereinbarung wird zum Zeitpunkt der Erarbeitung der Parlamentsunterlagen (Juli 2025) erstellt.

5.2 Kostenschätzung

Die Kostenschätzung beläuft sich auf eine Genauigkeit von +/- 30 Prozent. Detaillierte Angaben zum Kostenvoranschlag finden sich im technischen Bericht (Beilage 1.1)

Brutto-Kredit

Instandsetzung Holzkonstruktion	CHF	160'000
Instandsetzung Widerlager und Flügelmauern	CHF	125'000
Honorare	CHF	57'000
Nebenkosten	CHF	17'000
Reserve (rund 15 %)	CHF	54'000
Verstärkung für Fahrzeuge bis 16t	CHF	35'000

beantragter Brutto-Kredit, inkl. 8.1 % MWST.	CHF	448'000
---	------------	----------------

Dem Parlament wird der Brutto-Kredit beantragt, da die entsprechenden Vereinbarungen noch nicht unterzeichnet sind.

Netto-Kredit

Brutto-Kredit Instandsetzung	CHF	448'000
Übernahme Mehrkosten Ertüchtigung 16t	CHF	- 30'000
Anteil Gemeinde Oberbalm (6% nach Abzug Kosten 16t, gerundet)	CHF	- 25'000
<u>Voraussichtlicher Netto-Kredit</u>	<u>CHF</u>	<u>393'000</u>

Im IAFP 2025 sind dafür folgende Beträge eingestellt:

	2025	2026	Total
Oberscherli, Mühlebrücke, Fussverbindung	320'000	10'000	330'000

Im IAFP 2025 besteht eine Differenz von CHF 118'000 gegenüber der Planung brutto, abzüglich der Kostenbeteiligungen des Landwirtes sowie der Gemeinde Oberbalm in der Höhe von insgesamt CHF 55'000, beläuft sich die Differenz auf netto CHF 63'000 gegenüber den im IAFP eingestellten Geldern.

Im noch nicht genehmigten IAFP 2026 der aktuellen Budgetierung sind die Beträge aufgestockt.

6. Folgen bei Ablehnung

Wird der Kredit abgelehnt, kann die Brücke nicht instand gestellt werden. Eine regelmässige Zustandsprüfung ist nötig. Bei einer weiteren Verschlechterung der Tragfähigkeit wird die Brücke für den Fussverkehr gesperrt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Für die Instandstellung der Mühlebrücke in Oberscherli wird ein Brutto-Kredit von CHF 448'000 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 2420.5010.2531, Oberscherli, Mühlebrücke Instandstellung; bewilligt.
1. Das Parlament nimmt zur Kenntnis, dass rund CHF 55'000 durch Privatbeiträge bzw. Gemeindebeiträge refinanziert werden.

Köniz, 13. August 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Technischer Bericht Sanierung Mühlebrücke Oberscherli (4. April 2025)
- 2) Folgekostentabelle

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Wir kommen zu Traktandum 5, Oberscherli, Instandsetzung Mühlebrücke. Das ist ein Kredit der Direktion Planung und Verkehr. Die Sitzungsakten sind wie folgt: Bericht und Antrag des Gemeinderates.

Das Vorgehen ist wie folgt: Zuerst hat die GPK-Referentin das Wort, danach folgen die Voten der Fraktionen, die Einzelvoten, der Gemeinderat und dann die Abstimmung.

Monika Röthlisberger, Grüne: Besten Dank dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Unterlagen zu diesem Geschäft und die Beantwortung der zahlreichen Fragen aus der GPK.

Die Mühlebrücke, die gedeckte Holzbrücke über den Scherlibach, welche Oberscherli mit Oberbalm verbindet, wurde 1875 gebaut. Anscheinend von vorbeireisenden Handwerksgesellen oder man müsste fast vermuten, von Leuten, die sich als solche ausgegeben haben, denn diese Brücke hatte schon von Anfang an ernsthafte bauliche Mängel - eine Pfuschbrücke. Mittlerweile musste sie für Fahrzeuge gesperrt werden und die Fussgänger:innen können auch bald nicht mehr darüber, wenn man nichts unternimmt. Die Brücke ist seit 2014 als erhaltenswertes Baudenkmal im Inventar der schützenswerten Ortsbilder in der Schweiz inventarisiert und dieser Status ist im Rahmen des Baugesuchsprozesses des vorliegenden Projekts noch einmal bestätigt worden.

Das bedeutet, dass man in der Nähe nicht eine neue, günstige Brücke aufbauen kann und sie abbrechen oder verfallen lassen darf oder sonst irgendeine andere Idee umsetzen kann. Es gibt keinen Spielraum, der Gemeinderat hat dies konkret abgeklärt.

Der Gemeinderat beantragt also dem Parlament einen Bruttokredit von CHF 448'000. Das heisst, schlussendlich soll die Gemeinde hier weniger zahlen müssen: Die Gemeinde Oberbalm wird noch CHF 25'000 beisteuern, das sind 6% der Kosten und der Verteiler zwischen Köniz und Oberbalm wurde aufgrund der Einwohnerzahl so festgelegt. Der Landwirt, der seinen Betrieb gerade bei der Mühlebrücke hat und ennet dem Scherlibach doch einige Plätze, muss heute einen Umweg von rund 20 Minuten fahren und erreicht sein Land über eine umständliche, steile Zufahrt. Wenn er wieder mit seinen Fahrzeugen über die sanierte Mühlebrücke fahren könnte, wäre das für ihn eine grosse Erleichterung und darum ist er auch bereit CHF 30'000 der CHF 35'000 Franken, die es zusätzlich braucht, damit man die Brücke für Fahrzeuge bis 16 Tonnen tauglich machen kann, zu zahlen. Ohne diesen Beitrag hätte der Gemeinderat nur die Variante bis 3,5 Tonnen realisiert. Zudem sind auch noch Beitragsgesuche beim Mobilienfonds «Brücken und Stege» und beim Berner Heimatschutz hängig.

Soweit zu den Finanzen. Jetzt kommen wir sozusagen zum gemütlichen Teil, denn diesen gibt es durchaus bei dieser Brücke. Sie eignet sich nämlich sehr gut als sommerliches Festlokal. Ein lauschiges Plätzchen im Trockenem mit Feuerstelle in unmittelbarer Nähe. Der Ortsverein Oberscherli hat dort früher zum Beispiel 1. August-Feiern veranstaltet. Ihr habt alle einen Brief bekommen vom Ortsverein, es liegt ihnen viel an dieser Brücke. Vielleicht wäre der Verein auch bereit, eine stimmige Einweihungsfeier zu gestalten, damit mehr Könizer:innen auf diese schöne Brücke aufmerksam werden und sie kennenlernen können?

Die GPK ist einstimmig der Meinung, dass die Unterlagen dem Parlament erlauben, einen Entscheid zu diesen beiden Anträgen des Gemeinderates zu fällen und sie empfiehlt dem Parlament ebenfalls einstimmig, den beiden Anträgen zuzustimmen.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Frage an den Gemeinderat: Gibt es neue Erkenntnisse oder Ergänzungen zum schriftlichen Bericht? Das ist nicht der Fall. Ist das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

Ein Hinweis: Falls die Ziffer 1 des Antrags in den Voten nicht bestritten ist, werden wir über diese nicht abstimmen. Über Ziffer 2 wird auf jeden Fall abgestimmt.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Toni Eder, Die Mitte: Es war einstimmig bei uns in der Fraktion und jetzt noch die Gründe dazu: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion ist die Brückenbauer-Fraktion, sie ist Brückenbauerin. Damit ist ja alles klar. Und ich persönlich als Brückenbauer, als ich mal jung war, hatte ich das noch studiert und ich habe einige Brücken gebaut, da kann ich eigentlich auch beinahe nicht dagegen sein. Also, wir stimmen dem Antrag des Gemeinderates zu.

Besten Dank für die Unterlagen, sie sind kurz und bündig, sie sind gut. Ja, es kostet etwas, CHF 390'000, das ist nicht wenig. Es ist auch nicht gerade ein Hauptverbindungsachse. Ich bin aber froh, dass die Verwaltung nicht nur die Sanierung angeschaut hat, sondern sehr offen alle möglichen Varianten – von Abbruch, vergammeln lassen, die Brücke an einem anderen Ort aufbauen oder anderes Mögliches. Der Vergleich der Varianten ist schlüssig und das Ergebnis ist klar.

Auch die Ertüchtigung auf 16 Tonnen ist klug. Zudem bezahlt ja der Bauer, der den Nutzen hat, die Mehrkosten. Die Brücke ist, wie wir gehört haben, im Inventar der schützenswerten Ortsbilder in der Schweiz, im ISOS, eingetragen. Ich war und bin immer noch ein bisschen zurückhaltend beim Inventar: Man muss aufpassen, dass nicht vor lauter geschützter Objekte keine Entwicklung mehr möglich ist. Es kann sehr teuer werden. Im vorliegenden Fall ist das anders, die Brücke ist als Bauwerk, aber auch als

historische Verkehrsverbindung zwischen Oberscherli und Oberbalm wertvoll. Die meisten dieser Brücken mussten aufgrund der Verkehrsentwicklung abgebrochen werden und sind nicht mehr da, deshalb ist der Erhalt dieser Brücke sinnvoll.

Die Unterlagen sind gut. Ich muss gestehen, dass ich weder die Lastannahme geprüft noch die Statik nachgerechnet habe, aber ich habe ein gutes Gefühl. Die Kostenschätzung ist seriös, die Kostenaufteilung mit Oberbalm nachvollziehbar. Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion stimmt, wie gesagt, dem Antrag des Gemeinderates zu.

Fraktionssprecher SP/JUSO, Urs Mumenthaler, SP Männer: Der Brief des Ortsvereins Oberscherli hat auch mich erreicht. Es hat einfach nur noch da draussen das Spalier gefehlt, wie das letzte Mal beim FC Wabern.

Wir reden heute nicht nur über eine alte Holzbrücke, wir reden heute über ein Stück Geschichte. Die Mühlebrücke wurde 1875 gebaut und verbindet nicht nur Oberscherli mit Oberbalm, sie verbindet auch Menschen. Wanderer, Familien, Sportlerinnen und Sportler nutzen sie täglich. Es ist ein Ort der Begegnung, wie am 1. August. Sie ist auch ein wichtiges Element im Wandernetz. Auch für die Landwirtschaft ist sie von zentraler Bedeutung. Ein betroffener Landwirt muss jährlich 260 Zusatzfahrten leisten, seit diese Brücke gesperrt ist. Eine Sanierung bringt ihm eine Belastung und reduziert gleichzeitig die Umweltbelastung und vielleicht auch die Nerven der Autofahrer.

Die Brücke ist im Bauinventar des Kantons Bern als erhaltenswert eingestuft. Sie bildet zusammen mit angrenzenden Häusern am Mühlegässli eine historisch wertvolle Gebäudegruppe. Gerade jetzt, im Jubiläumsjahr von 150 Jahren, ist es sehr wichtig, ein starkes Zeichen zu setzen, das Kulturgut nicht verfallen zu lassen, sondern bewusst zu bewahren. Und die Finanzierung wird solidarisch getragen, durch die Gemeinde Köniz und durch Oberbalm und den betroffenen Landwirt. Das ist die gelebte Verantwortungsgemeinschaft.

Eine Ablehnung hingegen heisst vollständige Sperrung, Verlust des Erholungsraums und der Begegnungszone und ein Stück weniger Integrität für Oberscherli. Deshalb stimmt die SP/JUSO-Fraktion geschlossen für die beiden Anträge zur Sanierung der Mühlebrücke und für unsere Lebensqualität, für die Landwirtschaft, für unser Kulturerbe und das soziale Miteinander in unserer Gemeinde.

Fraktionssprecher SVP, Roland Hofer, SVP: Merci für das gut übersichtliche Dossier, wir haben das sehr geschätzt. Es ist kurz und bündig und gut. Ob dies nun das beste Projekt ist? Da haben wir schon gehört, wir sind von gewissen Ämtern nun mal gezwungen, die teurere Variante zu nehmen und gut. Dem vorliegenden Projekt stimmen wir einstimmig zu. Die Breite und die Höhe sind so gut, auch für den betroffenen Landwirt, ich hatte persönlich mit ihm Kontakt. Die 16-Tonnen-Befahrung ist für uns ein Muss, damit er dort, diese 7 Hektaren Land und 3 Hektaren Wald bewirtschaften kann. Die Beteiligung von Oberbalm mit CHF 20'000 ist gut und der Bauer selber gibt auch noch CHF 30'000, dann kommt die ganze Sache gut.

Monika Röthlisberger, Grüne: Es wurde bereits viel gesagt, was ich auch auf meiner Liste habe, ich mache es deshalb kurz: Die Grünen/Jungen Grünen stimmen diesem Geschäft einstimmig zu und wir danken dem Ortsverein Oberscherli ganz herzlich für das Engagement für diese Brücke. Dass ihr noch allen geschrieben habt, das braucht auch immer wieder jemanden, der das formuliert und verschickt und die Adressen auftreibt. Merci vielmals für euer Engagement für diese Brücke.

Und wir finden, dass man einen solchen Ort, an dem man sich so gut und unkompliziert treffen kann, dass man solchen Orten in der Gemeinde besonders Sorge tragen muss.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Gibt es weitere Fraktionsvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Einzelvoten aus dem Parlament? Auch nicht? Dann wünscht der Gemeinderat das Wort?

Gemeinderat Christian Burren, SVP: Vorweg besten Dank für die gute Aufnahme des Geschäfts. Ich war mir nicht so ganz sicher, dass das so kommt, als wir das zusammengestellt haben, dieses Geschäft. Es ist nicht selbstverständlich, dass man für einen Verkehrsweg, der nicht mehr alltäglich in der Form genutzt wird, wie das früher der Fall war, bereit ist, so viel Geld auszugeben. In dem Sinn, danke vielmals. Danke, Monika Röthlisberger, für die korrekte Wiedergabe und die Prüfung dieses Geschäfts. Und ich glaube, Köniz macht hier zusammen mit der Gemeinde Oberbalm ein gutes Werk - ich hoffe für die nächsten 150 Jahre - und wir versuchen doch, wie es Monika gesagt hat, diesen Baupfusch mit dieser Restaurierung zu korrigieren und wünschen dieser Brücke weiterhin ein langes Leben und dem Ortsverein Oberscherli möglichst lange ein Kulturlokal.

Beschluss

1. Für die Instandstellung der Mühlebrücke in Oberscherli wird ein Brutto-Kredit von CHF 448'000 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 2420.5010.2531, Oberscherli, Mühlebrücke Instandstellung; bewilligt.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigende Zustimmung)

2. Das Parlament nimmt zur Kenntnis, dass rund CHF 55'000 durch Privatbeiträge bzw. Gemeindebeiträge refinanziert werden.

(Abstimmungsergebnis: einstimmige zustimmende Kenntnisnahme)

PAR 2025/65

Änderung Bildungssteuerung - Anpassung Bildungsreglement

Beschluss; Direktion Bildung und Soziales

1. Ausgangslage

Das Könizer Bildungsreglement ist seit dem 1. August 2006 in Kraft. Eine Teilrevision erfolgte per 1. August 2014 im Zuge der Reduktion auf eine einzige Schulkommission. Damals wurden insbesondere die Artikel 4, 5, 9, 10, 12, 13, 14, 15, 15bis, 17, 18, 20, 22bis, 24, 27 Abs. 3, 29, 30, 36, 37c, 37d, 37e und 40 angepasst. Damit wurde die heutige Könizer Schulführung strukturell festgelegt. Seither gab es nur noch punktuelle Änderungen.

Der Gemeinderat hat deshalb am 30. November 2023 die Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport (BSS) beauftragt, einen Revisionsprozess zur Bildungssteuerung zu starten. Gestützt auf diesen Auftrag hat der Gemeinderat dem Parlament die Einsetzung einer nichtständigen parlamentarischen Kommission «Bildungssteuerung» (NPK BS) zur Begleitung und Vorberatung dieser Revision beantragt. Diesem Antrag stimmte das Parlament am 24. Juni 2024 zu (Traktandum 2, «Änderung Bildungssteuerung – Anpassung Bildungsreglement, Einsetzung einer nichtständigen parlamentarischen Kommission»¹).

Der vorliegende Parlamentsantrag markiert nun den Abschluss des titelerwähnten Projekts: Er legt dem Parlament das im Bereich Bildungssteuerung angepasste Bildungsreglement zur Beschlussfassung vor. Vorausgesetzt, das Parlament stimmt diesem Antrag zu, endet damit der Auftrag der vom Parlament am 24. Juni 2024 eingesetzten NPK BS. Gleichzeitig sind die Grundlagen für die Umsetzung der neuen Steuerungsstruktur auf den 1. August 2026 geschaffen.

2. Warum braucht es eine Änderung der Bildungssteuerung?

Der Gemeinderat und die Schulkommission haben seit längerer Zeit Probleme in der heutigen Steuerungsstruktur erkannt. Die alleinige Führungskompetenz über die Schulleitungen (SL) liegt bisher bei den Tandems der Schulkommission (SK-T) und hängt stark von den Fähigkeiten und Verfügbarkeiten der gewählten Mitglieder ab. Daher dürften für diese Führungsfunktion eigentlich nur Personen in Frage kommen, die ausserordentlich flexibel sind, Führungserfahrung mitbringen, sich mit den Abläufen im bernischen Volksschulsystem auskennen und in Krisensituationen anspruchsvolle Prozesse gestalten, begleiten und professionell moderieren können. Dies steht im Widerspruch zum Milizgedanken, weil die nötigen Aufgaben von Milizpersonen nur in Ausnahmefällen vollständig übernommen werden können. Entsprechend mussten in der Vergangenheit auch immer wieder Geschäfte, die eigentlich in den Aufgabenbereich der Schulkommission gefallen wären, von der Verwaltung übernommen und dort zuhause der Schulkommission aufbereitet werden.

¹ https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/22005/2024-06-24_T06_Bildungssteuerung.pdf?fp=1

Auf der anderen Seite wird das derzeitige Anforderungsprofil für Mitglieder der SK zunehmend als unzureichend betrachtet. Einige der für die Personalführung der SL zuständigen SK-Tandems sind trotz grossem Engagement und Zeiteinsatz zeitweise mit ihrer Aufgabe überfordert. Der Aufwand für die SK-Tandems und die Abteilung BSS ist ausserordentlich hoch, die Kontinuität der Prozesse nicht garantiert.

Die SK hat diese Probleme ebenfalls erkannt und das Vorhaben der Direktion Bildung und Soziales von Anfang an unterstützt, auf transparente und vertiefte Weise eine Änderung des Bildungssteuerungssystems zu erwirken. Dies auch und gerade im Hinblick auf die laufend zunehmende Komplexität des gesamten Systems der Volksschule. Die Gemeinde Köniz braucht ein Bildungssteuerungssystem, das geeignet ist, auch die kommenden Herausforderungen der Schule zu meistern.

Zu diesen Überlegungen hat sich der Gemeinderat bereits ausführlich im Rahmen seiner Beantwortung der Interpellation V2311 «Quo vadis, Bildungssystem Köniz?»² geäussert.

3. Bisheriger Prozess

3.1 Projektauftrag

Am 24. April 2024 hat der Gemeinderat der Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport (BSS) einen Projektauftrag erteilt, der die Revision des Bildungsreglements in der Gemeinde Köniz umfasst. Ziel war es, unter externer Unterstützung (Dr. Markus Heinzer, politik.projekte.) eine umfassende Analyse der aktuellen Bildungssteuerung vorzunehmen und auf dieser Basis eine Auslegeordnung mit möglichen neuen Steuerungsmodellen zu erstellen. Die Ergebnisse sollten zusammen mit einer Handlungsempfehlung und einem Entwurf zur Reglementsrevision dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Der Projektauftrag formulierte dazu folgende Hauptziele:

- Die aktuelle Bildungssteuerung ist analysiert
- Eine Auslegeordnung bzw. ein Vergleich mit anderen Steuerungsmodellen ist erarbeitet.
- Vielversprechende Modelle sind von einer nichtständigen parlamentarischen Kommission «Bildungssteuerung» (NPK BS) beraten und zuhanden des Gemeinderates priorisiert.
- Eine neue Organisation der Bildungssteuerung ist vom Parlament beschlossen und wird von den involvierten Akteuren mitgetragen.
- Die neue Organisation der Bildungssteuerung ist effektiver und effizienter als die heutige. Eine professionelle Führungsstruktur ermöglicht die flexible Weiterentwicklung der Könizer Schulen.
- Im Zuge der Revision sind auch das Zusammenspiel von Unterricht und Betreuung (Tages- und Ganztageschule) sowie die gemeindeweite Steuerung der pädagogischen Ausrichtung des gesamten Volksschulangebots weiterentwickelt und im neuen Reglement fixiert.

Als Zieltermine wurden im Projektauftrag festgehalten:

- Parlamentsbeschluss über die Revision des Bildungsreglements bis Juni 2025
- Inkraftsetzung des neuen Bildungsreglements per 1. August 2026
- Anpassung der entsprechenden bildungsbezogenen Führungsstrukturen per 1. August 2026

Als ausdrücklich nicht Gegenstand des Projekts wurden bezeichnet:

- die strategische Bildungsraumentwicklung
- die Auswirkungen einer neuen Steuerungslogik auf die Abläufe innerhalb der Abteilung BSS (diese werden parallel geprüft und nach dem Parlamentsbeschluss im Detail definiert und umgesetzt).

3.2 Entscheidungsgrundlagen

Um eine fundierte Diskussion und Meinungsbildung zu ermöglichen, sind zunächst unter Begleitung und Steuerung einer verwaltungsinternen Projektgruppe umfassende Entscheidungsgrundlagen ausgearbeitet worden. Die Projektgruppe setzte sich zusammen aus:

- dem Präsidenten der Schulkommission und Vorsteher der Direktion Bildung und Soziales,
- dem Abteilungsleiter BSS (Projektleitung),
- der Leiterin der Fachstelle Bildung,
- einer Vertretung aus dem Vorsitz der Schulleitungskonferenz (SLK-V),
- einer Vertretung aus der Tagesschulleitungskonferenz (TSLK),
- sowie dem externen Experten und Projektbegleiter.

²https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/21331/2023-12-04_T15_V2311_Interpellation%20Bildungssystem.pdf?fp=1

Dieses Vorgehen sollte sicherstellen, dass die NPK BS sowie weitere involvierte Anspruchsgruppen ab Sommer 2024 eine Diskussion über real mögliche Modelle der Bildungssteuerung führen konnten. Dadurch wurde vermieden, dass «auf einem weissen Blatt Papier» begonnen werden musste, was angesichts der Komplexität von Bildungssteuerungsmodellen sowie ihrer finanziellen wie organisatorischen Auswirkungen besonders wichtig war.

Der Gemeinderat hat diese Entscheidgrundlagen zur Kenntnis genommen, eingehend diskutiert und zuhänden der NPK BS verabschiedet. Die Schulkommission, die SLK und die TSLK hatten zuvor Gelegenheit, inhaltlich dazu Stellung zu nehmen.

3.3 Meinungsbildung und Diskussion

Auf der Basis der Entscheidgrundlagen hat sich die NPK BS im zweiten Halbjahr 2024 intensiv mit den möglichen Modellen der Bildungssteuerung befasst. Dazu hat die NPK BS allen zentralen Anspruchsgruppen, der Schulleitungskonferenz (SLK), der Tagesschulleitungskonferenz (TSLK) und der Schulkommission (SK), im Vorfeld spezifische Fragen gestellt, etwa zur Definition einer professionellen Führung, zu Faktoren der Bildungsqualität, zu Erfahrungen mit der bisherigen Milizführung, zu möglichen Alternativen ohne Schulkommission und zu gewünschten Innovationsimpulsen. Anlässlich einer Sitzung konnten sich diese Gremien dann mündlich vor der NPK BS zu den Fragen äussern und ihre zuvor in den jeweiligen Gremien konsolidierten Perspektiven einbringen.

Nach eingehender Diskussion hat die NPK BS dem Gemeinderat empfohlen, drei Modelle vertieft weiterzuverfolgen. Sie stützte sich dabei auf eine umfassende Beurteilung der Modelle insbesondere im Hinblick auf die angestrebte Professionalisierung der Steuerung und Personalführung, die Sicherung der Bildungsqualität sowie die Verbindung zur Politik und Bevölkerung. Der Gemeinderat hat daraufhin einen ersten Richtungsentscheid gefällt und die Abteilung BSS in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Recht beauftragt, für drei Modelle entsprechende Bildungsreglements-Entwürfe auszuarbeiten.

Die erarbeiteten Reglementsentwürfe hat der Gemeinderat zusammen mit seiner Einschätzung und Empfehlung am 30. April 2025 der NPK BS zur weiteren Beratung und Stellungnahme übermittelt. In seiner Beurteilung hat der Gemeinderat gegenüber der NPK BS insbesondere festgehalten, dass aus seiner Sicht eine klare und schlanke Steuerungsstruktur ohne Bildungskommission vorzuziehen ist. Die NPK BS hat die Unterlagen an ihrer Sitzung vom 14. Mai 2025 eingehend geprüft und dem Gemeinderat ihre Einschätzungen sowie die daraus abgeleiteten Empfehlungen schriftlich übermittelt.

3.4 Beschlüsse

Der Gemeinderat hat am 18. Juni 2025 beschlossen, dem Parlament das Modell ohne Bildungskommission zur Entscheidung vorzulegen. Die ausgearbeitete Revisionsvorlage hat der Gemeinderat Anfang August zuhänden des Parlaments für die Sitzung vom 15. September 2025 verabschiedet. Bei diesem Geschäft wird die NPK BS anstelle der GPK als vorberatende Kommission fungieren.

3.5 Geplante Umsetzung

Nach dem Parlamentsbeschluss vom 15. September 2025 bleibt nahezu ein ganzes Schuljahr Zeit, um die neue Steuerungsstruktur bis zur Inkraftsetzung am 1. August 2026, dem Beginn des Schuljahres 2026/2027, umzusetzen. Dieser Zeitpunkt markiert gleichzeitig auch das Ende der Legislatur der aktuellen Schulkommission. Allfällige Auswirkungen auf die Organisation der Abteilung BSS werden in einem separaten Projekt parallel dazu und sorgfältig aufeinander abgestimmt erarbeitet.

4. Beschreibung des vom Gemeinderat vorgeschlagenen Steuerungsmodells ohne Bildungskommission

Das vom Gemeinderat vorgeschlagene Bildungssteuerungsmodell funktioniert analog zu allen anderen Politikbereichen in der Gemeinde Köniz, nämlich ohne eine themenspezifische Kommission:

- Der Gemeinderat steuert strategisch, die Verwaltung setzt operativ um.
- Die Verwaltung besteht aus Fachpersonen; die Schulleitungen (SL) und Tagesschulleitungen (TSL) sind mit ihrem Fachwissen in die Verwaltung integriert.
- Die Verwaltung macht dem Gemeinderat Vorschläge gemäss aktuellem Stand des Fachwissens und ihrer Erfahrung.

- Das Parlament beaufsichtigt den Gemeinderat und damit die Verwaltung und nimmt über die Behandlung von Geschäften und über parlamentarische Vorstösse Einfluss.
- Das Parlament hat die Kompetenz, das Bildungsreglement zu ändern. Es kann dies jederzeit mittels Motionen veranlassen.

Im Folgenden soll das neu vorgeschlagene Bildungssteuerungsmodell mit zwei Beispielen illustriert werden: Im bisherigen System entschied die Schulkommission (SK) beispielsweise grundsätzlich über konzeptionelle Fragen zur Mitwirkung von Eltern und Schülerinnen und Schülern für alle Könizer Schulen. Die SLK wurde dazu grundsätzlich vor dem Entscheid konsultiert. Erarbeitet wurden diese und ähnliche Konzepte meist durch die Abteilung BSS. Neu wird der Gemeinderat auf Antrag der Verwaltung über solche Konzepte entscheiden. Die Verwaltung legt ihm dazu Vorschläge vor, die mit SLK und TSLK konsolidiert sind, da diese in die Verwaltung integriert sind.

Ein weiteres Beispiel: Weisungen zur Organisation der Tagesschule lagen bisher in der Kompetenz der SK. Die Direktion, die SL und die TSL waren bei der Erarbeitung eingebunden. Definitiv entschied jedoch die SK, auch dann, wenn der Entscheid finanzielle Folgen für die Gemeinde hatte. Neu wird die Verwaltung (mit SL und TSL integriert) dem Gemeinderat einen Vorschlag unterbreiten. Dieser entscheidet abschliessend und trägt dafür auch die finanzielle Verantwortung.

Die Eingliederung der Personalführung in die Verwaltung führt aufgrund der zusätzlichen Aufgaben zu einer Erweiterung der Organisationsstruktur der Abteilung BSS. Konkret soll dafür eine neue Fachstelle («Leitung Volksschule») geschaffen werden. Diese übernimmt sämtliche Aufgaben zur Führung der Schul- und Tagesschulleitungen und stellt die personelle, pädagogische und organisatorische Steuerung sicher.

Wie bei allen anderen Verwaltungseinheiten gilt auch hier, dass für die Besetzung der zusätzlich zu schaffenden Führungsfunktionen klare Anforderungsprofile erstellt werden. Die neue Fachstelle «Leitung Volksschule» soll als zusätzliche Einheit in das bestehende Organigramm der Abteilung BSS integriert werden. Damit verbunden ist eine entsprechende Ressourcierung, auf die in Kapitel 10 (Finanzen) näher eingegangen wird.

Das Modell ohne Bildungskommission hat gegenüber allen anderen geprüften Varianten einige gewichtige Vorteile:

- Im Bereich der kommunalen Schule gibt es grundsätzlich nur wenige strategische Richtungsentscheide, die keine grösseren finanzielle Folgen haben. Eine Kommission, die ohne Personalführung rein strategisch konzipiert wäre, hätte deshalb nur noch wenig zu tun. Ihre Möglichkeiten, für die Schule und die Gemeinde einen Mehrwert im Verhältnis zum Aufwand zu generieren, wäre sehr gering. Zudem ist fraglich, ob ohne Personalführung überhaupt eine genügende Nähe zum Geschehen vor Ort entstehen könnte, die auch für strategische Entscheide grundlegend wichtig ist. Eine zu weit von der Schule entfernte Kommission mit einschneidenden Entscheidkompetenzen wäre für das System heikel.
- Fast alle strategischen Richtungsentscheide haben kleinere oder grössere Kostenfolgen. Es ist deshalb sinnvoll, die Entscheidung darüber jenem Gremium zu überlassen, das auch für die Gemeindefinanzen verantwortlich ist: dem Gemeinderat (respektive dem Parlament via Budgetprozess oder für einmalige Ausgaben über CHF 200'000). Es macht systematisch wenig Sinn, wenn eine Kommission Richtungsentscheide fällt und der Gemeinderat diese anschliessend ohne eigene Mitsprache finanzieren «muss».
- Ein Steuerungsmodell ohne Kommission entspricht dem in allen anderen Politikbereichen bewährten Muster, wonach die Verwaltung die Inhalte vorbereitet und die Exekutive entscheidet. Wird die Bildungssteuerung ebenfalls nach diesem Muster organisiert, vereinfacht dies die Abläufe innerhalb der Gemeinde erheblich.
- Der Einfluss der Parteien auf das Schulwesen wird ohne spezifische Bildungskommission nicht kleiner. Er bleibt gleich gross wie in allen anderen Politikbereichen und funktioniert sowohl über institutionalisierte Verfahren (Wahlen, Einsitz in Gemeinderat und Parlament, Vorstösse) als auch über direkten Kontakt mit den Verantwortlichen. Mitglieder kommunaler Schulkommissionen sind oft nicht besonders eng mit ihren Parteien verbunden, und der Einfluss der Parteien auf die Geschehnisse in der Schule ist eher marginal. Zudem hatten die Könizer Ortsparteien in den letzten Jahren vermehrt Schwierigkeiten, überhaupt noch geeignete Personen für dieses Amt vorzuschlagen, weil die zunehmende Komplexität des Aufgabenbereichs, die hohe Arbeitslast und die nötige Verfügbarkeit abschreckend wirkten.
- Es gibt keinen Grund, warum die Schule stärker in der Gemeinde und bei den Einwohnerinnen und Einwohnern verankert sein sollte als andere sensible Bereiche wie etwa die Sozialhilfe. Das föderalistische politische System in der Schweiz garantiert ohnehin eine ausserordentlich gute

Verankerung der lokalen Politik in der Gemeinde. Dies gilt auch für die Schule, selbst wenn sie gemäss dem üblichen Muster über Verwaltung und Exekutive gesteuert wird. Die Mitglieder des Gemeinderats sind meist sehr gut in der Gemeinde vernetzt und können den Puls genauso gut fühlen wie Schulkommissionsmitglieder.

Das Bildungssteuerungsmodell ohne Schulkommission wird bislang nur in wenigen Gemeinden im Kanton Bern angewandt (etwa eine von zwanzig Gemeinden). Die Gemeinden sind in dieser Hinsicht allerdings nur schwer vergleichbar. So sind es vielfach kleinere Gemeinden, die ihre Schulkommissionen abgeschafft haben. Auf der anderen Seite hat die überwiegende Mehrheit der Berner Gemeinden ein Steuerungsmodell, in dem die Personalführung bei der ressortverantwortlichen Person aus dem Gemeinderat liegt, die auch die Schulkommission präsidiert. Diese Schulkommissionen haben als Kommission keine Führungsaufgabe mehr. Sie haben vor allem noch eine beratende, allenfalls auch strategische und aufsichtsrechtliche Funktion. Parlamentarische Kommissionen, die Aufgaben einer Schulkommission gemäss Volksschulgesetz übernehmen, gibt es in keiner Gemeinde im Kanton Bern.

Die grossen Gemeinden (Bern, Biel, Thun, Langenthal, Burgdorf, Interlaken), zu denen sich auch Köniz zählt, verfügen alle über eine oder mehrere Schulkommissionen. Die Gründe dafür sind bisher nicht systematisch untersucht worden. Bei den vergangenen Reformprozessen in Biel, Burgdorf und Thun wurde offenbar eine Abschaffung der Schulkommission bereits sehr früh kategorisch ausgeschlossen. Dies obwohl die meisten anderen Politikbereiche auch in diesen Gemeinden und Städten problemlos ohne eigene Kommissionen auskommen. Im vorliegenden Prozess hin zur Änderung der Bildungssteuerung war von Anfang an zentral, dass alle möglichen Modelle einander gegenübergestellt werden. Die Auswahl konnte damit aufgrund nachvollziehbarer Argumente und deren Abwägung gegeneinander erfolgen.

5. Geprüfte Modelle mit Einordnung und Bewertung durch den Gemeinderat

Die Auslegeordnung, die in der Phase der Entscheidungsgrundlagen unter Aufsicht einer internen Projektgruppe erarbeitet wurde, umfasste sieben verschiedene Schulsteuerungsmodelle. Damit lagen dem Gemeinderat und der NPK BS von Beginn an prinzipiell alle für Köniz denkbaren Modelle vor. Im Folgenden werden alle geprüften Modelle zuerst erläutert und dann bewertet.

5.1 Köniz IST: Eine parteipolitisch zusammengesetzte Schulkommission

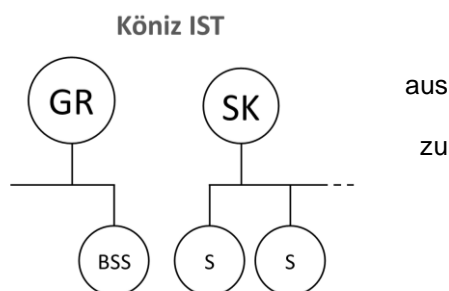
Das aktuelle Bildungssteuerungsmodell in der Gemeinde Köniz weist, wie oben beschrieben, verschiedene Mängel und offene Fragen auf. Die Erfahrung zeigt, dass eine Kommission Milizpersonen nicht für die Personalführung einer derart grossen Fachorganisation zuständig sein sollte. Die Gefahr ist gross, dass im Einzelfall die nötige Kompetenz, Konstanz und Qualität nicht gewährleistet werden können.

Die heutige Schulkommission (SK) ist als Milizkommission mit Zweierteams bzw. Tandems organisiert, die jeweils für einzelne Schulbezirke zuständig sind und als Vorgesetzte der Schulleitungen fungieren.

Der Inhalt und Umfang der bisherigen Tätigkeiten der SK Köniz, basierend auf den im Bildungsreglement definierten Aufgaben, lassen sich grob wie folgt zusammenfassen:

- (1) Strategische Aufgaben (ca. 30% der anfallenden Geschäfte)
- (2) Personalführung (ca. 40% der anfallenden Geschäfte)
- (3) Kommunale Aufsicht: (ca. 20% der anfallenden Geschäfte)
- (4) Verwaltung / Organisation (ca. 10% der anfallenden Geschäfte)

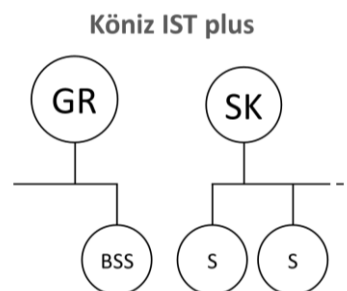
Aufgrund der unterschiedlichen Kompetenzprofile, der Verfügbarkeit und der Fluktuation der Kommissionsmitglieder kann so keine einheitliche, professionelle Führung und Aufsicht sichergestellt werden. Zudem ist es für die Ortsparteien sehr schwierig, passende Mitglieder zu finden. In Frage kommen fast nur Personen, die Teilzeit arbeiten, über Personalführungserfahrung verfügen und einen fachlichen Hintergrund im Bildungswesen haben. Das bestehende Anforderungsprofil kann in den allermeisten Fällen nicht eingehalten werden.



5.2 Köniz IST plus: Eine parteipolitisch zusammengesetzte Schulkommission mit mehr Ressourcen

Funktionsweise des Modells:

- Strategische Führung durch parteipolitisch zusammengesetzte Kommission (9 Mitglieder)
- Personalführung der SL durch SK-Tandems pro Schulbezirk
- Stab der Kommission durch eigene Geschäftsstelle
- Entlohnung Kommissionsmitglieder



das

Um das Modell «Köniz IST» funktionaler zu machen, ohne zentrale Eckpunkte des Modells verändern zu müssen, zeigt Modell «Köniz IST plus» verschiedene Verbesserungsmöglichkeiten auf:

- Gezielte Unterstützung der SK-Mitglieder und -Tandems, der SL und der Verwaltungsabteilung durch zusätzliche Ressourcen (personell und finanziell) in den Bereichen Recht und Human Resources
- Schaffung einer verwaltungsinternen Geschäftsstelle für die Organisation und Unterstützung der SK (Sitzungsmanagement, Protokollierung, Prozessberatung, etc.), analog der aktuell seit Frühling 2024 installierten externen Geschäftsstelle
- Allenfalls zusätzliche Unterstützung der Beteiligten durch Ressourcen für Projektarbeiten (Projektplanung, -durchführung, -assistenz)
- Konsequenter Durchsetzung des Anforderungsprofils durch den Gemeinderat und das Parlament (bei der Wahl der Mitglieder)
- Gezielte obligatorische Weiterbildung der SK-Mitglieder (Einführungstage, Wiederholungskurse, Weiterbildungskurse etc.)
- Adäquatere Entschädigung der SK-Mitglieder und umgekehrt Einforderung der zugesagten Verfügbarkeit und Arbeitsleistung. Neu müsste mindestens ein 20%-Pensum gefordert und mit 25'000 CHF pro Jahr entlohnt werden (gegenüber «Köniz IST»: 6'000 CHF pro Jahr ohne Angabe einer Aufwand-Verpflichtung).

Beim Modell «Köniz IST plus» würden trotzdem grosse Fragezeichen bestehen bleiben: Eine Kommission aus Milizpersonen sollte nicht für die Personalführung einer derart grossen Fachorganisation zuständig sein. Die Gefahr ist zu gross, dass die nötige Kompetenz, Konstanz und Qualität nicht sichergestellt werden können.

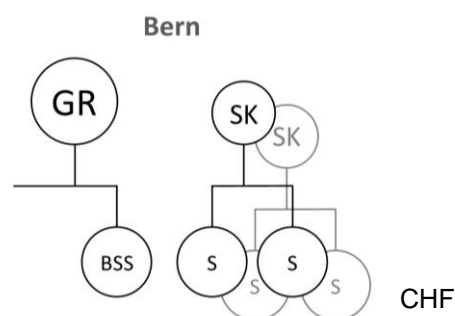
Die SK wäre weiterhin als Milizkommission in Zweierteams/Tandems konzipiert, die für Schulbezirke zuständig sind. Dies gewährleistet aufgrund der Kompetenzprofile, der Verfügbarkeit und der Fluktuation der Kommissionsmitglieder keine einheitliche, professionelle Führung und Aufsicht.

Zudem bleibt es für die Ortsparteien sehr schwierig, passende Mitglieder zu finden. In Frage kommen fast nur Personen, die Teilzeit arbeiten, Personalführungserfahrung und einen fachlichen Hintergrund im Bildungswesen haben. Eine konsequenter Durchsetzung des Anforderungsprofils erschwert diese Suche zusätzlich enorm.

5.3 Bern: Pro Schulbezirk eine parteipolitisch zusammengesetzte Schulkommission

Funktionsweise des Modells:

- Strategische Führung durch parteipolitisch zusammengesetzte Kommissionen (5 Mitglieder) pro Schulbezirk
- Koordination durch Konferenz aller Präsidien
- Personalführung der SL durch Kommissionspräsidien
- Stab der Kommissionen durch eigene Geschäftsstelle
- Entlöhnung Kommissionspräsidien: 20% / 25'000



Dieses Modell ähnelt demjenigen, das vor der Revision des Bildungsreglements von 2014 in der Gemeinde Köniz installiert war: Jeder Schulbezirk hatte seine eigene Schulkommission. In diesem Modell wären die SK-Präsidien für die Personalführung zuständig. Diese würden – anders als in Bern – adäquat entlöhnt.

Das Modell «Bern» weist – dies bestätigt auch die Erfahrung damit in Bern selber – grosse Fragezeichen auf: Auch hier bleibt festzuhalten, dass eine Kommission aus Milizpersonen nicht für die Personalführung einer derart grossen Fachorganisation (pro Schulkreis bis zu 10 professionelle Schulleitungen) zuständig sein sollte. Die Gefahr ist zu gross, dass die nötige Kompetenz, Konstanz und Qualität nicht sichergestellt werden können. Punktuell kann ein von einer Milizbehörde nicht leistbarer Problemlöseaufwand entstehen.

Da in diesem Modell die kommunale Aufsicht über die Schulen sogar auf mehrere Milizkommissionen aufgeteilt ist, kann eine einheitliche Führung und Aufsicht noch weniger gewährleistet werden.

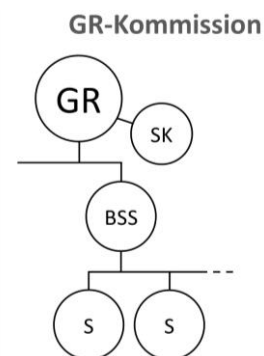
Für die Parteien wäre es sehr schwierig dafür passende Personen zu finden. In Frage kommen fast nur Personen, die Teilzeit arbeiten, Personalführungserfahrung und einen fachlichen Hintergrund im Bildungswesen haben. Eine Durchsetzung des Anforderungsprofils würde auch aufgrund der grossen Menge von zu findenden Schulkommmissionsmitgliedern aussichtslos (für die Gemeinde Köniz bräuchte es mindestens 30 SK-Mitglieder, davon 6 personalführende Präsidien).

In diesem Modell würde sich der Einfluss des Parlaments, des Gemeinderats und der Verwaltung auf die Schulen gegenüber heute noch einmal stark verringern, was für keine Akteursgruppe von Interesse sein kann.

5.4 GR-Kommission: Verwaltungsmodell mit gemeinderätlicher Fachkommission Bildung

Funktionsweise des Modells:

- Strategische Führung durch GR
- Personalführung der SL/TSL durch Verwaltungsabteilung oder analog Geschäftsleitungs-Modell
- Fachkommission (analog Bau- und Planungskommission) berät den GR
- Der/die Bildungsdirektor/in hat den Vorsitz der Kommission.
- Die Kommission hat Antragsrecht an den GR.



Dieses Modell mit einer gemeinderätlichen (Experten)Kommission entspräche der Struktur im Verwaltungsbereich Bau und Planung in der Gemeinde Köniz: Hier wählt der Gemeinderat eine Bau- und Planungskommission aus Fachexpert:innen, die durch den Vorsteher der Direktion Planung und Verkehr geleitet wird und dem Gemeinderat beratend (bei Bauvorhaben und vor allem bei der Beurteilung von Baugesuchen) zur Seite steht.

Dieses Modell gehört zu den Verwaltungsmodellen, weil die Personalführung der SL und TSL durch die Verwaltungsabteilung sichergestellt würde. Wie bei allen Verwaltungsmodellen gilt, dass für die Besetzung von Führungsfunktionen Anforderungsprofile erstellt werden. Dabei würden hier sicher pädagogische Kompetenzen und Führungskompetenzen verlangt, je nach Aufgabengebiet auch weitere Kompetenzen (Finanzen, etc.).

Wie ein solches Modell im Bildungsbereich funktionieren würde, darüber gibt es keine Erfahrungen, da ein solches Modell im Kanton Bern für den Schulbereich nirgends angewandt wird. Wahrscheinlich würde eine solche Dopplung der Expertise – die Verwaltung besteht ja auch bereits aus Fachpersonen und Bildungsexpert:innen – als schwierig angesehen. Auf der anderen Seite könnte eine Fachkommission die Expert:innen in der Verwaltung auch fachlich stützen.

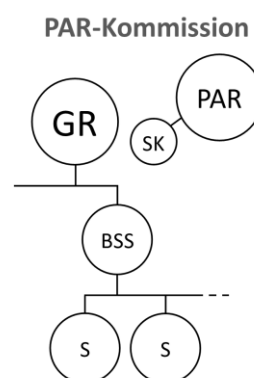
Bei diesem Modell würden Parlament, Gemeinderat und Verwaltungsabteilung wegen der Verlagerung der Personalführung in die Verwaltung wie bei allen Verwaltungsmodellen stufengerecht Einfluss auf den Schulbereich gewinnen. Die demokratische Einflussnahme würde analog den anderen Politikbereichen funktionieren. Für den Gemeinderat stellt sich aber die Frage, was damit gewonnen werden könnte: Eine Schulkommission im engeren Sinn gäbe es trotzdem nicht mehr. Die Verbindung zu den Ortsparteien wäre nicht mehr vorhanden. Die Kommission wäre nur noch in Fachkreisen verankert, aber nicht in der Könizer Bevölkerung.

5.5 PAR-Kommission: Verwaltungsmodell mit parlamentarischer Bildungscommission

Funktionsweise des Modells:

- Strategische Führung durch GR
- Personalführung der SL/TSL durch Verwaltungsabteilung oder analog Geschäftsleitungs-Modell
- Eine parlamentarische Bildungscommission (analog Finanzkommission) berät den GR und berät PAR-Geschäfte vor.

Dieses Modell mit einer parlamentarischen Kommission entspräche der Struktur im Verwaltungsbereich Finanzen in Köniz: Hier wählt das Parlament aus seinen Mitgliedern eine Finanzkommission. Diese berät Finanzgeschäfte des Parlaments vor und wird vom Gemeinderat bei der Erarbeitung der finanzstrategischen Dokumente einbezogen.



Dieses Modell gehört zu den Verwaltungsmodellen, weil die Personalführung der SL und TSL durch die Verwaltungsabteilung sichergestellt würde. Wie bei allen Verwaltungsmodellen gilt, dass für die Besetzung von Führungsfunktionen Anforderungsprofile erstellt werden. Dabei würden hier sicher pädagogische Kompetenzen und Führungskompetenzen verlangt, je nach Aufgabengebiet auch weitere Kompetenzen (Finanzen, etc.). Denkbar wäre auch ein Führungsorganigramm wie im Modell «Geschäftsleitung».

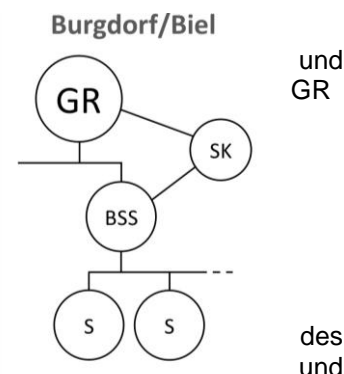
Wie ein solches Modell im Bildungsbereich funktionieren würde, dazu gibt es keine Erfahrungswerte, da ein solches Modell im Kanton Bern für den Schulbereich nirgends angewandt wird. Ein mögliches Fragezeichen wäre allenfalls, dass diese parlamentarische Bildungscommission nur sehr wenige Entscheidungskompetenzen hätte. Sie könnte die Erarbeitung der strategischen Dokumente nur begleiten. Als vorberatende Kommission für Parlamentsgeschäfte im Bereich Bildung käme sie wohl höchstens einmal pro Jahr zum Zug, da es nur wenige Geschäfte im Bildungsbereich in Parlamentskompetenz gibt. Um der Kommission etwas mehr Gewicht zu verleihen, müsste ihr wohl folgerichtig die Aufsicht über die Schulverwaltung übertragen werden. Dies wäre allerdings ungewöhnlich, denn bei allen anderen Verwaltungsbereichen ist die GPK die Aufsichtskommission. Wie sich diese beiden Kommissionen miteinander arrangieren würden, ist offen.

Bei diesem Modell würden Parlament, Gemeinderat und Verwaltungsabteilung wegen der Verlagerung der Personalführung in die Verwaltung wie bei allen Verwaltungsmodellen stufengerecht Einfluss auf den Schulbereich gewinnen. Die demokratische Einflussnahme würde analog den anderen Politikbereichen funktionieren. Der Gemeinderat sieht allerdings keinen Mehrwert in dieser zusätzlichen Kommission. Der Einfluss des Parlaments und der Parteien ist über die normalen Instrumente genügend gesichert.

5.6 Burgdorf/Biel mit Entscheidungskompetenzen: Verwaltungsmodell mit parteipolitisch zusammengesetzter Bildungscommission

Funktionsweise des Modells:

- Strategische Führung durch parteipolitisch zusammengesetzte vom PAR gewählte Kommission in Zusammenarbeit mit dem
- Die Bildungscommission entscheidet über strategische Geschäfte ohne Finanzfolgen selbst.
- Bei Geschäften mit Finanzfolgen entscheidet der GR. Die Bildungscommission erhält die Möglichkeit zur Stellungnahme.
- Personalführung der SL/TSL durch Verwaltungsabteilung oder analog Geschäftsleitungs-Modell



In Burgdorf, Biel und in Steffisburg ist seit mehreren Jahren eine Form Verwaltungsmodells implementiert. Die SL und TSL werden personell fachlich über die Verwaltung geführt. Dies allerdings mit sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen: In Burgdorf führt die Leiterin Volksschule acht SL und drei TSL, in Biel hingegen führt der Abteilungsleiter direkt mehr als 40 SL. In beiden Gemeinden existiert auch eine Bildungscommission, die für strategische Fragen zuständig ist. Gemäss Rückfragen bei den Beteiligten in diesen Gemeinden funktioniert dieses Modell für sie gut. Es erfolgte aber offenbar bis dato keine systematische Evaluation.

Wie bei allen Verwaltungsmodellen gilt, dass für die Besetzung von Führungsfunktionen Anforderungsprofile erstellt werden. Dabei würden hier sicher pädagogische Kompetenzen und Führungskompetenzen verlangt, je nach Aufgabengebiet auch weitere Kompetenzen (Finanzen, etc.).

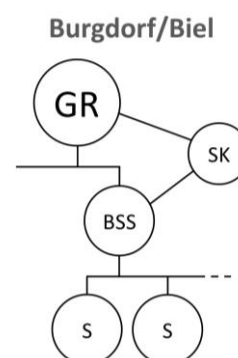
Weil in diesem Modell weiterhin eine Bildungscommission mitwirkt, müssten die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung der verschiedenen Instanzen sehr sorgfältig definiert werden. Speziell heikel wäre es, der Bildungscommission nur wenige reale Kompetenzen zuzuordnen. Gremien mit wenig Kompetenzen haben oft nachteilige Auswirkungen auf das Selbstwirksamkeitserleben der Kommissionsmitglieder (Missverhältnis von Aufwand zu Ertrag).

Bei diesem Modell würden Parlament, Gemeinderat und Verwaltungsabteilung wegen der Verlagerung der Personalführung in die Verwaltung wie bei allen Verwaltungsmodellen stufengerecht Einfluss auf den Schulbereich gewinnen. Zu beachten ist weiter, dass die klare Abgrenzung der jeweiligen Kompetenzen in einem solchen Modell anspruchsvoll wäre und ein erhöhtes Konfliktrisiko mit sich bringen könnte. Dies gilt grundsätzlich auch für die im folgenden beschriebenen Modelle unter 5.7 und 5.8.

5.7 Burgdorf/Biel mit Recht zur Stellungnahme: Verwaltungsmodell mit parteipolitisch zusammengesetzter Bildungscommission

Funktionsweise des Modells:

- Strategische Führung durch den GR in Zusammenarbeit mit einer parteipolitisch zusammengesetzten und vom PAR gewählten Kommission
- Bei allen strategischen Geschäften entscheidet der GR. Die Bildungscommission erhält die Möglichkeit zur Stellungnahme.
- Personalführung der SL/TSL durch Verwaltungsabteilung oder analog Geschäftsleitungs-Modell



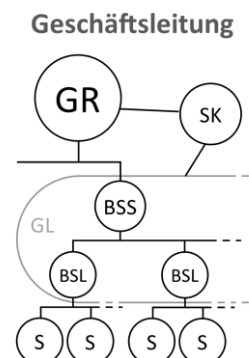
Dieses Modell unterscheidet sich geringfügig vom vorher dargestellten. Denn der Einfachheit und Stringenz halber könnte die Bildungscommission auch grundsätzlich nur als stellungnehmende Behörde konzipiert werden. Alle Abläufe bei allen Geschäften würden dann den gleichen Weg nehmen: Die Bildungscommission nimmt Stellung zu allen bildungsbezogenen Geschäften der Direktion.

Dieses Modell wäre zwar stringenter als dasjenige mit einer Kommission nach Vorbild von Burgdorf/Biel mit einigen wenigen Entscheidungskompetenzen, aber hätte neben den vollständig wegfallenden Entscheidungskompetenzen auch alle Nachteile des vorher genannten Modells. Speziell ist zu befürchten, dass es nachteilige Auswirkungen auf das Selbstwirksamkeitserleben der Kommissionsmitglieder hätte (Missverhältnis von Aufwand zu Ertrag). Ein solches Modell wird nirgends im Kanton Bern angewandt.

5.8 Geschäftsleitung: Verwaltungsmodell mit parteipolitisch zusammengesetzter Bildungskommission. Führung der SL durch Bezirks-SL

Funktionsweise des Modells:

- Strategische Führung durch parteipolitisch zusammengesetzte und vom PAR gewählte Kommission in Zusammenarbeit mit dem GR
- Entscheidkompetenzen analog Kapitel 5.6 und 5.7, wobei beide Varianten denkbar sind.
- Personalführung der SL/TSL durch Verwaltungsabteilung mit Zwischenstufe Bezirks-SL.
- Verwaltung und Bezirks-SL bilden die Geschäftsleitung.



Dieses Modell weist grosse Ähnlichkeiten mit den Modellen «Burgdorf/Biel» auf, insofern als die Personalführung der SL und TSL nicht mehr bei der Milizkommission angesiedelt wäre, sondern in der Verwaltung. Der Unterschied zu den Modellen «Burgdorf/Biel» bestünde darin, dass für die direkte Führung der SL und TSL pro Schulbezirk durch eine aufgewertete Bezirks-SL erfolgen würde. Diese sechs Bezirks-SL würden zusammen mit der Abteilungsleitung (die wiederum ihre vorgesetzte Person wäre) eine Art Geschäftsleitung bilden. Die Geschäftsleitung würde koordinative Funktionen übernehmen und die Schulen operativ führen.

Wie bei allen Verwaltungsmodellen gilt, dass für die Besetzung von Führungsfunktionen Anforderungsprofile erstellt werden. Dabei würden hier sicher pädagogische Kompetenzen und Führungskompetenzen verlangt, je nach Aufgabengebiet auch weitere Kompetenzen (Finanzen, etc.).

Wie ein solches Modell im Bildungsbereich funktionieren würde, dazu gibt es keine Erfahrungswerte, da ein solches Modell im Kanton Bern für den Schulbereich nirgends angewandt wird.

Weil auch in diesem Modell weiterhin eine Bildungskommission mitwirkt, müssten die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung der verschiedenen Instanzen sehr sorgfältig definiert werden. Speziell heikel wäre es, der Bildungskommission nur wenige reale Kompetenzen zuzuordnen. Gremien mit wenig Kompetenzen haben oft nachteilige Auswirkungen auf das Selbstwirksamkeitserleben der Kommissionsmitglieder.

Das Geschäftsleitungsmodell wäre auch eine mögliche Organisationsform für folgende Modelle (anstelle einer direkten Verwaltungsorganisation):

- GR-Kommission (allerdings bestünde die Gefahr von zu vielen fachlich ähnlich kompetenten Instanzen)
- PAR-Kommission
- Ohne Kommission

Bei diesem Modell würden Parlament, Gemeinderat und Verwaltungsabteilung wegen der Verlagerung der Personalführung in die Verwaltung wie bei allen Verwaltungsmodellen stufengerecht Einfluss auf den Schulbereich gewinnen.

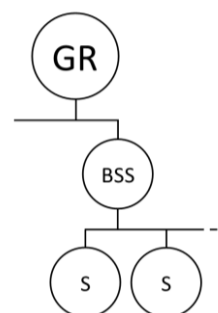
5.9 Ohne Kommission: Verwaltungsmodell ohne Bildungskommission

Funktionsweise des Modells:

- Strategische Führung durch GR
- Personalführung der SL/TSL durch Verwaltungsabteilung
- Keine spezifische Bildungskommission

Dieses Modell wird vom Gemeinderat als Zukunftsmodell für die Gemeinde Köniz vorgeschlagen. Es wird weiter oben im Kapitel 4 ausführlich besprochen.

Ohne Kommission



6. Empfehlungen der NPK BS und Reaktion des Gemeinderates

In ihrer Rückmeldung an den Gemeinderat vom 14. Mai 2025 hat die NPK BS zu dem vom Gemeinderat vorgeschlagenen Modell einige Vorbehalte angebracht und konkrete Aufträge zur Anpassung formuliert. Im Folgenden wird dargestellt, in welchen Punkten der Gemeinderat diese Empfehlungen aufgenommen hat.

6.1 Zuordnung strategischer Kompetenzen

Entscheid über Bildungsstrategie

Die NPK empfahl dem Gemeinderat, den Entscheid über die Bildungsstrategie dem Parlament statt dem Gemeinderat zuzuordnen. Dieser Hinweis betrifft die Zeile A1 in der Tabelle im Anhang des Bildungsreglements.

Der Gemeinderat diskutierte über diese Empfehlung und kam zum Schluss, dass die Zuweisung dieser Kompetenz an das Parlament systemfremd wäre. Vergleichbare strategische Instrumente wie die Klima- und Energiestrategie (Klimaschutzreglement Art. 5 Abs. 1) oder die Wirtschafts-, Digitalisierungs- oder die Wohnstrategie werden ebenfalls durch den Gemeinderat beschlossen. Das Parlament nimmt seine Aufsichtsfunktion über periodische Berichterstattung wahr (jährlich im Rahmen des Jahresberichts über die Zielerreichung und alle vier Jahre in einem separaten Bericht gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit). Für die Bildungsstrategie erscheint dem Gemeinderat dieselbe Lösung sachgerecht, weshalb sie im Reglementsentwurf so aufgeführt ist. Die Bildungsstrategie würde demnach vom Gemeinderat beschlossen und anschliessend dem Parlament zur Kenntnisnahme unterbreitet. In diesem Rahmen hat das Parlament zudem die Möglichkeit, mittels Planungserklärungen zusätzliche Punkte einzubringen, welche bei der Umsetzung Richtliniencharakter haben.

Unterrichtsmodelle Zyklus 3 und spezSek-Niveau

Die NPK regte weiter an, dem Parlament bei gemeindeweit relevanten Veränderungen des Bildungsangebots die Entscheidkompetenz zuzuweisen. Als Beispiel nennt die NPK den spezSek-Unterricht an allen Oberstufen. Dieser ist grundsätzlich eng verknüpft mit der Frage des Oberstufenmodells. Aus der Sicht des Gemeinderates kann diese Entscheidkompetenz grundsätzlich dem Parlament übertragen werden, obwohl auch hier sinnvollerweise die Exekutive selbst entscheiden können sollte. Denn viele dieser Entscheide sind dynamisch und die Gemeinde hat z. B. bei Oberstufenmodellen nicht in jedem Fall freie Wahl, da die für die Modelle massgebenden Lektionen- und Klassenzahlen stark von den Schülerinnen- und Schülerzahlen abhängen, welche nach kantonalen Vorgaben und Zuteilungen (vgl. Richtlinien für die Schülerzahlen³) festgelegt werden. Aufgrund des politischen Hintergrunds zum Thema spezSek findet der Gemeinderat es aber in diesem Fall angemessen, dem Parlament ein explizites Mitspracherecht einzuräumen. Der Gemeinderat hat auch grundsätzlich kein Interesse daran, solche Entscheide entgegen der Haltung einer Mehrheit im Parlament zu fassen, da der Erfolg eines Modellwechsels ohnehin auf eine breite Zustimmung der Betroffenen aufgebaut werden muss. Der Weg über das Parlament ist damit einzig ein zeitlicher Umweg von einigen Monaten. Dies ist verkraftbar, da solche Modellwechsel immer einen grossen Vorlauf brauchen.

Eine Unterscheidung zwischen gemeindeweiten Beschlüssen und auf Einzelschulen bezogene Beschlüsse (wie von der NPK angeregt) ist hier allerdings nicht sinnvoll und würde zu Unklarheiten führen. So muss es z. B. unbedingt möglich bleiben, dass unterschiedliche Schulen auch unterschiedliche

³ [Richtlinien für die Schülerzahlen](#), BKD

Oberstufenmodelle führen können. Folglich sind im Reglementsentwurf alle Entscheidkompetenzen in Bezug auf Oberstufenmodelle wie auch die in der Oberstufe angewandten Niveaus (Real, Sek, spez-Sek) dem Parlament zugeordnet, nicht nur die «gemeindeweiten».

Im vorgelegten Reglementsentwurf ist der Artikel 5, der bisher die Unterrichtsmodelle auf der Oberstufe regelte, zur kompletten Streichung vorgeschlagen. Er enthält heute eine genaue Auflistung der Schulbezirke mit ihren Oberstufenmodellen. Diese werden seit längerer Zeit nicht in jedem Fall mehr so gelebt. So führt heute nur noch das Oberstufenzentrum Köniz das Modell 3a mit getrennten Klassen (Real, Sek- und spezSek), das im Absatz 2 beschrieben wird. Alle anderen Oberstufenschulen führen das Modell 3b mit gemischten Stammklassen (im Absatz 1 beschrieben). Anstatt im neuen Reglement wieder für jede Schule das Modell festzuschreiben, schlägt der Gemeinderat vor, in Zukunft über die Wechsel der Modelle entscheiden zu lassen. Da aktuell kein Wechsel geplant ist, werden alle Schulen ihr Modell vorläufig weiterführen. Wenn in einer Schule das Modell geändert werden soll, wird der Gemeinderat dies dem Parlament inklusive der nötigen Entscheidungsgrundlagen zum Beschluss vorlegen. Ebenso würde eine Veränderung der Handhabung der Niveaus (Real, Sek, spezSek) dem Parlament zum Beschluss beantragt werden.

Übernahme freiwilliger Aufgaben

Auch den Entscheid über die Übernahme freiwilliger Aufgaben möchte die NPK dem Parlament statt dem Gemeinderat zuweisen. Grundsätzlich hat die Gemeinde im Bildungsbereich nur beschränkt Spielraum für freiwillige Aufgaben, da sehr viel kantonale Regelung ist. Seitens des Gemeinderates bestehen aber keine Einwände gegen eine solche Regelung, obwohl für diese Beschlüsse wahrscheinlich auch die bestehenden Regelungen über die Finanzkompetenzen ausreichen würden. Denn in der Regel sind freiwillige Leistungen mit relativ Kosten verbunden und unterstehen damit meistens ohnehin der Budgetkompetenz des Parlaments. Der Gemeinderat geht davon aus, dass das Parlament damit über freiwillige Aufgaben entscheiden möchte, die mit grösseren Kostenfolgen verbunden sind. Dies ist nun so im Anhang zum Reglementsentwurf umgesetzt.

Schulleitungskonferenz, Tagesschulleitungskonferenz und Stellung der Tagesschulen

Gemeinderat und NPK BS sind sich einig, dass diese Reform der Bildungssteuerung auch die Tagesbetreuung aufwerten soll. Die SLK ist heute ein sehr wichtiges Gremium und wird es auch im neuen Steuerungsmodell bleiben. Dies gilt auch für die TSLK. Neu werden SL und TSL auf der gleichen Hierarchiestufe stehen und alle direkt der neuen Stelle «Leitung Volksschule» unterstellt werden. Die Leitung Volksschule führt auch die beiden Konferenzen (bereits heute hat die Abteilungsleitung eine wichtige Stellung bei der Planung und Traktandierung der SLK- und TSLK-Sitzungen). Deshalb sind im Reglementsentwurf nun beide Konferenzen gleich geregelt (Art. 20 und 21).

Auf den Wunsch der NPK hin, die SLK als starkes Gremium für den wertvollen bezirksübergreifenden Austausch beizubehalten, ging der Gemeinderat gerne insofern ein, als er beiden Konferenzen ein Recht zur Stellungnahme bei sie betreffenden Anträgen der Abteilung an den Gemeinderat einräumt (jeweils Abs. 5). So können die Konferenzen im Fall von Unstimmigkeiten mit der Leitung Volksschule dem Gemeinderat vor Beschlüssen ihre eigene Ansicht darlegen. Damit erhalten diese Gremien ein starkes Mitbestimmungsrecht, ohne dass die neue hierarchische Unterstellung unter die Leitung Volksschule kompromittiert wird.

Der Absatz über das Abstimmungsprozedere (für die SLK bisher Abs. 5) wird durch eine umfassende Geschäftsordnung ersetzt.

Im gesamten Reglementsentwurf sind nun die Kompetenzen und die Unterstellung der TSL in ihrem Themenbereich denjenigen der SL gleichgestellt. Der Gemeinderat erachtet dies angesichts des grossen Wachstums und der Wichtigkeit der Tagesbetreuung als innovative und zeitgemässe Neuerung.

7. Konstruktionsweise der Erlasse

Im vorgelegten Reglementsentwurf wird eine neue Darstellung der Entscheidkompetenzen und Antragsrechte in Form einer Tabelle vorgeschlagen. Mit dieser Darstellung kann der grossen Komplexität und Anzahl der Aufgaben der Volksschule besser entsprochen werden. Das Bildungsreglement wird damit entschlackt und besser lesbar.

Die Tabelle im Anhang ähnelt einem Funktionendiagramm, enthält aber ausschliesslich die Entscheidkompetenzen (Buchstabe E) und Antragsrechte (Buchstaben A). Übliche weitere Buchstaben aus Funktionendiagrammen (Mitwirkung/Mitarbeit, Information/Kommunikation, etc.) gehören nicht auf diese Regelungs-Stufe.

Die fetten Tabellen-Einträge sind wichtig, sie werden durch das Parlament festgelegt und geändert, sie stehen somit auf Stufe Reglement.

Die nicht-fetten Tabellen-Einträge werden durch den Gemeinderat festgelegt und geändert, sie stehen somit auf Stufe Verordnung.

Der Einfachheit halber sind die Zuständigkeitsregelungen in einer einzigen Tabelle zusammengefasst. Die Tabelle ist Anhang des Reglements und auch Anhang der Verordnung. Änderungen werden immer in beiden Anhängen nachgetragen.

8. Weitere, nicht direkt steuerungsrelevante Änderungen im Bildungsreglement

Der Hauptfokus der vorliegenden Anpassung des Bildungsreglements lag durchgehend auf der Frage der Steuerungsrelevanz. Bei jeder einzelnen Bestimmung wurde geprüft, ob sie einen direkten Einfluss auf die künftige Führungs- und Entscheidungsstruktur im Bildungsbereich hat. Nur wenn dies zutraf, wurde die entsprechende Regelung angepasst.

Gleichzeitig bot sich die Gelegenheit, dem Parlament zusammen mit der Änderung der Bildungssteuerung auch einige wenige überarbeitungswürdige Artikel vorzulegen, die nicht direkt damit in Zusammenhang stehen. Das gültige Bildungsreglement ist seit längerer Zeit in Kraft, und naturgemäss stimmen nach dieser Zeitspanne nicht mehr alle Aussagen vollständig mit der Realität überein. In der beiliegenden Synopse sind deshalb auch Anpassungen dargestellt, die ausserhalb des eigentlichen Steuerungsprojekts liegen. Neben redaktionellen Bereinigungen betrifft dies vor allem die überholte Regelung zur Ganztageschule Oberscherli (Art. 37b). Diese Einrichtung existiert im Sinne einer heutigen, allgemein gültigen Definition von Ganztageschulen nicht mehr. Ebenso werden die Bestimmungen in Art. 39 zum Ferienheim Kandersteg aus dem Reglement gestrichen.

9. Weiterer Handlungsbedarf im Bildungsreglement nach einer allfälligen Änderung der Bildungssteuerung

Wie im vorangehenden Kapitel beschrieben, fokussiert die vorliegende Anpassung des Bildungsreglements ausschliesslich auf die Neuordnung der Steuerung im Bildungsbereich. In einer nächsten Etappe wird es jedoch notwendig sein, weitere Themen innerhalb des Bildungsreglements einer inhaltlichen Revision zu unterziehen.

Besonderes Augenmerk gilt dabei aus Sicht des Gemeinderates den Bestimmungen über die Tagesschulen (Art. 37a bis 37e). Diese wurden im Rahmen der aktuellen Revision bewusst unverändert belassen, um die dringend notwendige Anpassung der Steuerungsstrukturen nicht zu verzögern. Bereits heute ist jedoch absehbar, dass die Tagesschulen aufgrund ihres stark gewachsenen Stellenwerts und der damit verbundenen organisatorischen und pädagogischen Herausforderungen einer umfassenden Überarbeitung bedürfen.

Der Gemeinderat hat dazu im August 2024 eine externe Analyse durch die Pädagogische Hochschule Bern in Auftrag gegeben. Der entsprechende Bericht hält fest, dass die Tagesschulen der Gemeinde Köniz eine «umfassende Überarbeitung der Strukturen, der Kultur und der strategischen Ausrichtung» erfordern, um die Qualität der Betreuung zu stärken, die Arbeitsbedingungen für das Personal zu verbessern und die Zusammenarbeit zwischen Schule, Tagesschule und weiteren Angeboten der Gemeinde zu optimieren.

Auf dieser Grundlage hat der Gemeinderat die Abteilung BSS beauftragt, ein Projekt zur Weiterentwicklung der Tagesschulen zu lancieren. Ziel dieses Projekts ist es, das Leistungsfeld «Führung von Tagesschulen» sowie das Angebot, die pädagogischen Grundsätze und die organisatorischen Rahmenbedingungen in einer systematisch aufgebauten Rechtsgrundlage zu definieren. Das Projekt soll unmittelbar nach dem Entscheid über die künftige Ausgestaltung der Bildungssteuerung vom Gemeinderat in Auftrag gegeben werden. Mit einer Inkraftsetzung der neuen Regelungen ist frühestens auf das Schuljahr 2027/28 zu rechnen.

Der Abschluss des Projekts wird eine Anpassung des Bildungsreglements erforderlich machen. Damit zeichnet sich bereits heute ab, dass das Bildungsreglement nach einer allfälligen Änderung der Bildungssteuerung zeitnah durch eine inhaltliche Überarbeitung im Bereich der Tagesschulen ergänzt und weiterentwickelt werden muss.

10. Geringfügige Änderung im Geschäftsreglement des Parlaments

Mit der Änderung des Bildungsreglements muss konsequenterweise auch eine kleine Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments vorgelegt werden. Art. 25 Abs. 1 des Geschäftsreglement ist aufzuheben, da dort die Schulkommission erwähnt wird (Beilage 3).

11. Finanzen

Die Umsetzung eines Steuerungsmodells ohne Kommission führt dazu, dass die Personalführung der Schulleitungen und Tagesschulleitungen künftig vollständig in der Verwaltung verankert ist. Damit verbunden ist ein zusätzlicher Personalaufwand, dessen genauer Umfang im weiteren Verlauf noch zu definieren ist. Für die künftig hauptverantwortliche Leitungsperson der Volksschule ist dabei mit jährlichen Kosten von rund CHF 170'000 zu rechnen. Darüber hinaus ist im Zusammenhang mit der Führung von insgesamt 22 Schulleitungs- und 11 Tagesschulleitungspersonen mit weiterem personellem Aufwand zu rechnen. Der konkrete Bedarf an zusätzlichen Führungspersonen, Führungsunterstützung sowie Sachbearbeitung hängt von der endgültigen Aufbau- und Ablauforganisation ab und wird vom Gemeinderat im Zuge der weiteren Arbeiten festgelegt. Über die damit verbundenen Kosten entscheidet der Gemeinderat im Rahmen seiner Zuständigkeit. Diese werden wie üblich über den Budgetprozess oder über Nachkredite behandelt und dem Parlament im Zuge der jährlichen Budgetberatung transparent ausgewiesen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Parlament beschliesst gemäss vorgelegtem Entwurf die Änderungen des Bildungsreglements, die die Einführung des Steuerungsmodells ohne Bildungskommission vorsehen.
2. Das Parlament beschliesst die Inkraftsetzung des geänderten Bildungsreglements auf den 1.8.2026.
3. Das Parlament beschliesst die Änderung des Geschäftsreglements des Parlamentes gemäss vorgelegtem Entwurf.
4. Die Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments tritt am 1. August 2026 in Kraft.

Köniz, 6. August 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Broschüre Bildungsreglement mit Anhang (nur zur Veranschaulichung)
- 2) Änderungsvorlage / Entwurf Bildungsreglement (Synopsis, zweispaltig)
- 3) Änderungsvorlage / Entwurf Geschäftsreglement des Parlaments (Art. 25)
- 4) Entwurf Bildungsverordnung (zur Information)

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Wir kommen zum Traktandum 6, «Änderung Bildungssteuerung, Anpassung Bildungsreglement». Das ist ein Beschluss der Direktion Bildung und Soziales. Die Sitzungsakten bilden der Bericht und der Antrag des Gemeinderates sowie die Tischvorlage mit Abänderungsanträgen.

Das Vorgehen ist wie folgt: Zuerst kommt das Votum der Präsidentin der nichtständigen Kommission Bildungssteuerung. Es gibt eine allgemeine Diskussion, da kommen die Voten der Fraktionen, die Einzelvoten, der Gemeinderat und nachher eine Detailberatung, in welcher es generell um Voten zu den einzelnen Artikeln geht, die entweder Einzelvoten oder Gemeinderatsvoten sind. Danach stimmen wir ab.

Wir haben euch mit Mail vom 8. September darüber informiert, dass Anträge zum Reglementsentwurf schriftlich vorliegen müssen. Beim Versand der Tischvorlage habe ich darum gebeten, dass die Änderungsanträge zum Reglement in der Detailberatung diskutiert werden. Der Sinn dieses Wunsches ist eigentlich vor allem, dass zuerst die Begründung der Anträge erfolgt und nachher erst darüber diskutiert wird. Möglicherweise wird aber die Präsidentin der nichtständigen Kommission schon in ihrem Hauptvotum, die Anträge begründen. Das soweit zum Ablauf.

Frage an den Gemeinderat: Gibt es neue Erkenntnisse oder Ergänzungen zum schriftlichen Bericht? Das ist nicht der Fall.

Christina Aebischer, Grüne: Die nichtständige parlamentarische Kommission Bildungssteuerung - nachher nenne ich sie nur noch NPKB oder Kommission – hat am 26. Juni 2024 vom Parlament basierend auf dem Antrag des Gemeinderates den Auftrag bekommen, den Prozess zur Revision der Könizer Bildungssteuerung zu beraten und zu begleiten. Hinter diesem Auftrag sind bereits umfassende Vorarbeiten und vorhergehende Überlegungen gestanden, sowohl im Gemeinderat, wie natürlich in der Verwaltung, wie auch im Parlament in der Interpellation «Quo Vadis, Bildungssystem Köniz?».

Die Kommission hat folgende Aufgaben gefasst:

- a) Diskussion und Rückmeldung zu der von der Direktion BSS erarbeiteten Entscheidungsgrundlage und Steuerungsmodelle.
- b) Die Begutachtung und formelle Prüfung des Parlamentsgeschäfts.
- c) Die Berichterstattung im Parlament über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung dieses Geschäfts zuhanden des Parlaments.

An diesem Punkt c) stehen wir heute und ich freue mich, hier im Namen der Kommission Bericht erstatten zu können.

Das Parlament hat einen sehr umfassenden Antrag mit Beilagen über den Arbeitsprozess bekommen. Ich werde nicht alles wiederholen, sondern möchte mich auf die zentralen Überlegungen in der NPKB fokussieren und natürlich das Resultat erläutern.

Während vier Sitzungen zwischen September und Dezember 2024 hat sich die NPKB sehr intensiv mit den bestehenden Schwächen im jetzigen Steuerungsmodell, mit Stärken und Schwächen in diesen für die Gemeinden des Kantons Bern überhaupt möglichen anderen Steuerungsmodellen und nicht zuletzt auch mit den Bedürfnissen der direkt betroffenen Anspruchsgruppen, der Schulleitungskonferenz, der Tagesschulleitungskonferenz und der Schulkommission auseinandergesetzt. Die zentralen Leitfragen, an welchen sich die Kommission immer orientiert hat, waren: Was braucht es auf der Ebene der Schulsteuerung, damit wir ein qualitativ gutes Bildungswesen in Köniz haben und was brauchen unsere Schulleitungen und Tagesschulleitungen von diesem Schulsteuerungsmodell, damit sie gute Bildung und Betreuung bieten können.

Mit diesen Fragen sind wir an die hervorragend ausgearbeiteten Grundlagendokumente herangegangen, die uns die Verwaltung zur Verfügung gestellt hat und die uns erlaubt haben, uns rasch die Auswirkungen von jedem möglichen Modell auf verschiedene Bereiche der Schule zu analysieren und zu bewerten. Mit den gleichen Fragen sind wir auch an die drei Hauptanspruchsgruppen herangegangen und haben sie an eine Sitzung eingeladen, um ihre Sichtweise kennenzulernen.

Das Résumé aus dieser Arbeit während dieser vier Sitzungen bis Dezember war eindeutig: Alle angehörten Gremien und auch die Kommission eint der Wunsch nach einer professionalisierten, fachlichen und personellen Führungsstruktur. Aber es haben sich auch alle davon überzeugt gezeigt, dass es in irgendeiner Form eine Verbindung vom Bildungswesen in die Politik und in die Bevölkerung braucht.

Darum hat an dieser letzten Sitzung im Dezember 2024 die NPKB die Analyse noch vertieft und es hat rasch Einigkeit zu dem Aspekt gegeben, dass wir nur noch Modelle weiterverfolgen, bei denen die direkte Personalführung nicht mehr in den Händen der Milizpersonen ist, sondern in die Verwaltung kommt, denn die NPKB war sich einig, dass es diesen Professionalisierungsschritt unbedingt braucht. So ist dann noch die Frage geblieben, welche anderen Rollen eine Schulkommission spielen könnte? Was kann der Mehrwert einer Milizschulkommission sein und welches Modell eignet sich am besten, um diesen Mehrwert auch zu leben?

Ein zentraler Aspekt, den wir damals diskutiert haben, war die enge und auch emotionale Verbundenheit zum Thema Schule, die ganz viele Leute haben, weil auch alle Leute einen persönlichen Bezug zur Schule haben, das sich dann auch darin äussert, dass Bildungsdiskussionen eigentlich immer sehr emotional geführt werden.

Auf der Ebene der Schulgremien geht es vor diesem Hintergrund häufig auch um die Frage der lokalen Verankerung der Schule und der Schulverantwortlichen. Und deshalb hat die Kommission diese Frage noch einmal intensiv behandelt, ob die lokale Verankerung der Mehrwert einer Milizschulkommission ist und ob es überhaupt realistisch ist, dass sie das leisten kann.

Die Kommission ist zum Schluss gekommen, dass es ganz sicher eine wichtige historische und auch traditionelle Komponente in dieser Arbeit der Schulkommission gibt und eine Verbindung zur Bevölkerung theoretisch ermöglicht und praktisch von einigen Schulkommissionsmitgliedern auch immer gepflegt wurde. Aber eben nicht durchgehend, denn das hängt von vielen Faktoren ab, ob man als Schulkommissionsmitglied auch sonst am Puls des Schulkreises und des Ortsteils ist. Und es hat sich auch herauskristallisiert, dass es schwierig messbar ist, was die lokale Verankerung in der Arbeit eines Schulkommissionsmitglieds bedeutet. Wann ist es genug, wann ist es zu wenig oder gibt es sogar ein «zu viel»? Also sehr schwierig, die gewünschte Qualität dingfest zu machen und auch zu verlangen von Schulkommissionsmitgliedern.

Positiv bewertet hat aber die NPKB die Möglichkeit, über eine Schulkommission ein Gefäss zu erhalten, in welchem Bildung und unsere Schulen breiter und vor allem niederschwelliger diskutiert werden können und dass sich eine Schulkommission auch für Anliegen der Schule gegenüber dem Gemeinderat und Parlament stark machen kann – also eine Art Lobbyfunktion hat.

Darum hat die Kommission zu diesem Zeitpunkt entschieden, dem Gemeinderat drei bzw. aus Kommissionssicht waren es eigentlich zweieinhalb Modelle zur weiteren Ausarbeitung zu empfehlen:

1. Das Modell mit der parlamentarischen Kommission, bei welchem die strategischen Entscheidungsfunktionen durch das Parlament als Vertretung der Bevölkerung gewährleistet werden.
1. Ein Modell mit einer durch das Parlament eingesetzten Bildungskommission mit zwei Optionen: Mit strategischer Entscheidungskompetenz oder nur mit beratender strategischer Rolle.

Der Gemeinderat hat die Empfehlungen der Kommission entgegengenommen, diskutiert und wie das Parlament den Unterlagen entnehmen konnte, ein anderes Modell favorisiert, das aus seiner Sicht die Ansprüche besser erfüllt. Er schlägt das Modell ohne Bildungskommission vor.

Die NPKB hat sich noch einmal intensiv und systematisch damit auseinandergesetzt und ist zum Schluss gekommen, dass sie diesen Vorschlag des Gemeinderates in grossen Teilen nachvollziehen und auch unterstützen kann. Weil: Sie teilt die Auffassung, dass die Steuerung professionalisiert werden und deshalb in die Verwaltung eingegliedert werden muss, sie teilt die Auffassung, dass es eine Kohärenz zwischen strategischen Richtungsentscheiden und finanzieller Entscheidungskompetenz geben muss und sie teilt die Auffassung, dass es eine schlanke und effiziente Steuerungsstruktur braucht. Und darum, wenn man das konsequent bis zum Ende denkt, ist das Modell ohne Bildungskommission das Richtige.

Die NPKB findet aber nach wie vor und hat dies dem Gemeinderat auch kommuniziert, dass Bildung gesamtgesellschaftlich gesehen, einfach eine besondere Stellung hat und eine besondere Aufmerksamkeit von der Politik bekommen soll. Bildung soll uns hier im Parlament interessieren - es *muss* uns interessieren. Deshalb stellt die NPKB verschiedene Änderungsanträge und wir denken auch, dass wir einen guten Kompromiss gefunden haben. Das ganze Bildungsmanagement soll voll und ganz in die Kompetenz des Gemeinderates und der Verwaltung kommen, so wie das im gemeinderätlichen Vorschlag auch vorgesehen ist, aber die strategischen Fragen – und das sind wenige, die bleiben, und darum ist die NPKB auch einverstanden damit, dass man die eigene ursprüngliche Idee eines Modells mit einer ständigen parlamentarischen Bildungskommission verwirft – aber dass man die verbleibenden strategischen Fragen hier im Parlament bei den gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertretern behandelt.

Weiter ist der Kommission wichtig, noch folgende drei Punkte hervorzuheben:

1. Es ist der Kommission wichtig, dass die Tagesschule und die Schule, also Bildung und Betreuung, näher zusammenrücken und auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Mit der vorgeschlagenen Revision wird der erste Schritt in die Richtung gemacht und die Kommission begrüsst, dass der Gemeinderat nach Abschluss des vorliegenden Geschäfts hier unverzüglich die Arbeit aufnehmen wird.
2. Die Kommission hat natürlich auch die finanziellen Konsequenzen beraten. Es war uns von Anfang an klar, dass jeglicher Modellwechsel Mehrkosten bedeuten wird, weil unentgeltliche Arbeit zu bezahlter Arbeit wird. Und die Kommission geht auch einig mit dem Gemeinderat, dass man im Moment noch nicht die ganzen Kosten abschliessend budgetieren kann. Das neue Modell wird Stück für Stück aufgebaut und beginnt eben mit der Schaffung dieser neuen Stelle «Leitung Volksschule», bei der wir hier eine Grössenordnung im Antrag drin haben. Sie ist eventuell ein bisschen defensiv budgetiert, diese Zahl, die wir im Antrag finden. Das hat auch in der Kommission zu Diskussionen geführt, aber wir finden es richtig, dass man so beginnt und dass man dies ja auch weiter begleiten wird, in welche Richtung dies weiterentwickelt wird. Und die Kommission hat mit einem Augenzwinkern auch festgestellt, dass überparteilich in all unseren Wahlprogrammen die Wichtigkeit guter Bildung betont wird und dass niemand im Bildungsbereich sparen will und deshalb sollte heute Abend das Vorhaben hoffentlich auch nicht an dieser Zahl scheitern.

3. Und wenn wir diesen Schritt zu diesem Modellwechsel ohne Bildungskommission machen, dann müssen wir uns in Köniz bewusst sein und dürfen auf das auch ein bisschen stolz sein, dass wir hier echte Vorreiter sind. Es gibt nach unserem Wissenstand keine Stadt oder Gemeinde unserer Grösseordnung, die diesen Schritt der Professionalisierung in der Bildungssteuerung gemacht hat.

Auch wenn es eigentlich analog anderer Verwaltungsbereiche aufgebaut werden soll, ist es für den Bildungsbereich Neuland und deshalb ist es auch wichtig, dass wir in ein paar Jahren hier die Auswirkungen wieder anschauen. Und deshalb hat die Kommission auch noch ein paar Änderungsanträge formuliert, die ich jetzt sehr gerne schnell vorstellen würde. Vorab alle Anträge wurden durch den Rechtsdienst geprüft.

- Der erste Antrag zum Art. 37a Abs. 6 ist eine reine Formalität. Dieser Absatz ist einer von diesen, die schon lange keine Gültigkeit mehr haben und die man in dieser Revision auch gleich bereinigen will. Das ging aber vergessen. Die NPKB beantragt die Streichung.
- Mit dem zweiten Antrag zum Punkt A1 in der Tabelle «Entscheidungskompetenz und Antragsrecht» möchte jetzt die NPKB beantragen, dass die Bildungsstrategie nicht in der Zuständigkeit des Gemeinderates liegt, sondern in die Zuständigkeit des Parlaments kommt. Wir sind der Meinung, dass wir im Parlament als Vertreter:innen des Volkes die Aufgabe wahrnehmen können und müssen und dass es angesichts der Relevanz des Könizer Bildungswesens adäquat ist, wenn sich das Parlament alle vier oder sechs oder acht Jahre - die Laufzeit einer Strategie kann man flexibel definieren, - über die Bildungsstrategie beugt. Wer die bisherige Strategie kennt, weiss, sie ist auf sehr hoher Flughöhe und es gibt auch nicht wahnsinnig viel Spielraum, denn im Bildungswesen ist vieles schon kantonal vorgegeben. Aber es gibt dem Parlament die Möglichkeit, hier Schwerpunkte zu setzen und mitzugestalten, zum Beispiel beim Plan zum Ausbau von Ganztageschulen, zum Beispiel bei der Frage von Unterrichtszeiten, Blockzeiten, bei Ausbau, Gestaltung von Berufswahlangeboten, aber vielleicht sogar auch bei Fragen der langfristigen Schulraumplanung im Rahmen der Weiterentwicklung der Gemeinde. Da erhoffen wir, dass eine Rolle möglich wäre, die diese Kohärenz eben wieder zwischen strategisch und finanziell schafft. Ob es dafür dann eine punktuell eingesetzte nichtständige Kommission brauchen würde – alle vier, sechs oder acht Jahre - das ist dem Gemeinderat überlassen. Aber die NPKB findet es wichtig, dass sich das Parlament als Vertretung der Bevölkerung um Bildungsfragen kümmert.
- Und der letzte Antrag im gleichen Sinn und Geist: Der Gemeinderat und die Verwaltung haben bereits angekündigt, dass es nach ein paar Jahren eine Evaluation des neuen Steuerungsmodells geben soll. Das begrüsst die Kommission sehr und möchte hierzu eben gerade die zusätzliche Beschlussziffer festlegen, dass wir im Parlament diese Evaluation zur Kenntnisnahme vorgelegt erhalten.

Abschliessend noch ganz kurz die Beschlüsse der Kommission mit den Empfehlungen und dem jeweiligen Abstimmungsergebnis:

- Bezüglich der Anträge an das Parlament, also Antrag 1: Die NPKB beantragt dem Parlament im Entwurf Bildungsreglement inklusive Anhang, Art. 37a, Abs. 6 ersatzlos aufzuheben; hier war das Abstimmungsergebnis einstimmig.
- Beim 2. Antrag, im Anhang in der Tabelle «Entscheidungskompetenz und Antragsrechte», Punkt A 1, die Entscheidungskompetenz für die Bildungsstrategie ist dem Parlament zuzuordnen, war das Abstimmungsergebnis: 4 zustimmend, 1 Enthaltung.
- Beim 3. Antrag, dass das Parlament die zusätzlichen Beschlussziffern zu dieser geplanten Evaluation annimmt, da war das Abstimmungsverhältnis einstimmig.

Und zu den Anträgen des Gemeinderates als erstes zur Information: Die NPKB stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Und zu den anderen vier Anträgen, Ziffern 1 bis 4 kann ich zusammenfassen: Dort ist die NPKB in jedem dieser 4 Punkte einstimmig.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur allgemeinen Diskussion der Vorlage.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Géraldine Boesch, SP Frauen: Die SP/JUSO-Fraktion dankt der Kommission Bildungssteuerung, dem Gemeinderat und der Verwaltung für die sorgfältige Darlegung dieses wirklich doch komplexen Geschäfts. An dieser Stelle sei auch die Schulkommission für ihren ausdauernden Einsatz und ihr intensives Engagement für das Könizer Bildungswesen von Herzen gedankt. Das Milizgremium hat viele Krisen und schwierige Situationen mit kühlem Kopf bewältigen müssen. Chapeau.

Der Gemeinderat hat die Mängel und offene Fragen des aktuellen Modells nachvollziehbar dargelegt und schlägt als Zukunftsmodell ein Verwaltungsmodell ohne Schulkommission vor. In seiner Antwort hat er sieben weitere mögliche Modelle mit Vor- und Nachteilen vorgestellt. Die Begründung, warum sich der Gemeinderat für das Verwaltungsmodell ohne Bildungskommission ausspricht, ist im Antrag ein bisschen knapp ausgefallen, ist aber dann beim Besuch durch den Direktionsvorsteher und dem Abteilungsleiter erläutert worden. Vielen Dank an dieser Stelle für die klärende Beantwortung der Fragen.

Aktuell sind die Tagesschulen noch den Schulleitungen untergeordnet, die SP/JUSO-Fraktion befürwortet, dass neu Bildung und Betreuung gleichgestellt sein sollen.

Sie hätte sich in der schriftlichen Beantwortung des Gemeinderates mehr Informationen zu den noch zu schaffenden Stellen und zu den künftigen Kosten gewünscht – wir haben es bei Christina schon einmal gehört - aber wir verstehen die Begründung, dass man das doch laufend anschauen muss.

Zu reden gab die Zuteilung der Entscheidungskompetenzen: Für jene Entscheide für die bis anhin die Schulkommission verantwortlich war, soll neu der Gemeinderat zuständig sein und für jene, für die die Schulleiterkonferenz zuständig war, soll neu die Verwaltung BSS zuständig sein. Diese Umlage hat der SP/JUSO-Fraktion eingeleuchtet, sie kann aber allfällige Bedenken der Schulleiterkonferenz nachvollziehen, die jetzt neben dem Antrag zum Mitwirkungsrecht kaum mehr Entscheidungskompetenzen haben. Ein Punkt, der der SP/JUSO-Fraktion vor diesem Hintergrund wichtig ist, ist, dass jede Schule weiterhin eigene Entscheidungen fällen kann.

Die SP/JUSO-Fraktion folgt dem Gemeinderat und wird seinen Anträgen zustimmen.

Zu den Anträgen der nichtständigen Kommission Bildungssteuerung werde ich bei der Detailberatung etwas sagen.

Fraktionssprecherin SVP, Andrea Winzenried, SVP: Als ich vor drei Jahren in die Schulkommission gewählt wurde, haben sie mir gesagt, das sei dann nicht für Lange. Es gebe eine Änderungen in der Bildungssteuerung und jetzt haben wir diese vor uns. Grundsätzlich wäre das Konstrukt mit einer Schulkommission, die ihren Schulbezirk gut kennt und dort vernetzt und verankert ist, die Schulleiter führen kann, mit einem regelmässigen Kontakt zu den Fraktionen und zum Parlament, eine gute Sache. Aber wie es die letzten Jahre gezeigt haben, einfach nicht mehr zufriedenstellend machbar. Die Schulen und die ganze Bildungslandschaft Köniz haben sich so verändert und vor allem vergrößert, dass eine milizgeführte Kommission absolut nicht mehr zeitgemäss ist. Wir begrüßen darum, dass der Gemeinderat und die nichtständige Kommission ein Steuerungsmodell vorschlagen, bei dem die Schul- und Tagesschulleitungen durch einen Leiter Volksschule geführt werden.

Bei dieser Gelegenheit möchten auch wir uns von der SVP Köniz bei allen aktuellen und ehemaligen Schulkommissionsmitgliedern für ihre zum Teil langjährige und engagierte Arbeit für unsere Schulen bedanken. Auch danken möchten wir dem zuständigen Gemeinderat und seiner Verwaltung, vor allem Markus Willi und Markus Heinzer, für die gut verständlichen Unterlagen, die den ganzen Prozess für eine neue Bildungssteuerung genau beschreiben. Aus meiner persönlichen Sicht aus der nichtständigen Kommission kann ich mich Christina Aebischer nur anschliessen und die professionelle und konstruktive Zusammenarbeit nur loben.

In der Diskussion in unserer Fraktion haben wir viele positive Änderungen festgestellt, aber auch festgestellt, dass Bewährtes wie zum Beispiel Art. 17, Elternmitwirkung und Schülermitsprache, drin bleiben. Uns freut es, dass die Schulleiter- und Tagesschulleiterkonferenz weiterhin einen wichtigen Stellenwert bekommen und so die Leute der Basis auch weiterhin eine Mitwirkung und Mitsprache haben. Die Aufwertung der Tagesschule finden wir wichtig, so dass die Tagesschulleiter auf der gleichen Hierarchiestufe sind, wie die Schulleiter, die auch neu durch den Leiter Volksschule geführt werden.

Uns ist bewusst, dass die benannte Summe der erwarteten Kosten nie ausreichen wird. Wir gehen eher vom Dreifachen aus. Wir sind gespannt, was aus finanzieller Sicht noch auf uns zukommen wird. Wir wissen aber, dass eine Professionalisierung etwas kostet. Wir haben aber gleichzeitig auch die Erwartung, dass der neue Leiter oder die neue Leiterin Volksschule viel Erfahrung in der Personalführung mit sich bringt, so dass die neue Bildungssteuerung auch die erwarteten Verbesserungen für die Schulen und das BSS bringt. Auf den geforderten Evolutionsbericht freuen wir uns.

Es ging ja aber nicht nur um die Führung der Schulleiter, sondern mit der neuen Bildungssteuerung ändern sich auch Entscheidungskompetenzen, wie wir im Anhang in der Tabelle gut sehen können. Neu sind die finanziell relevanten Entscheidungen beim Gemeinderat angegliedert, was ja auch immer ein kritischer Punkt beim aktuellen Reglement war. Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass die Bildungsstrategie in der Kompetenz der Direktion und des Gemeinderates sein soll. Uns wurde aber versprochen, dass bei der Änderung der Bildungsstrategie eine breite Mitwirkung von verschiedenen Anspruchsgruppen und von den Fraktionen stattfinden wird.

Zusammenfassend gesagt: Wir von der SVP-Fraktion werden den Anträgen des Gemeinderates zustimmen.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Matthias Müller, EVP: Ich halte das Fraktionsvotum der EVP-GLP-Mitte-Fraktion zum Traktandum Bildungssteuerung anstelle von Katja Streiff, welche leider krankheitshalber verhindert ist. An dieser Stelle herzlich gute Besserung dir daheim, liebe Katja.

Wir beraten heute ein Reglement, das in den letzten anderthalb Jahren sorgfältig erarbeitet wurde. Ausgangspunkt waren klare Erkenntnisse: Die bisherigen Strukturen - wir haben es schon gehört - der Schulkommission, in dieser Tandemform, haben die Grenzen des Milizsystems erreicht oder überschritten. Die Anforderungen an Fach- und Führungskompetenzen sind gestiegen und die zeitliche Flexibilität ist kaum mehr vereinbar mit ehrenamtlicher Arbeit.

Wir möchten an dieser Stelle ebenfalls der Schulkommission ganz herzlich für ihre wertvolle Arbeit in den vergangenen Jahren danken. Über Jahre hinweg seid ihr es gewesen, die unsere Schulen begleitet, gestützt und mitgeformt habt und das habt ihr gut und mit viel Herz gemacht. Vielen Dank.

Das jetzt vorliegende Modell folgt einer klaren Logik: Der Gemeinderat übernimmt die strategische Führung, die Verwaltung setzt um, mit Fachpersonen, die ihr Wissen direkt einbringen und die neue Fachstelle Leitung Volksschule führt die Schulen und die Tagesschulen professionell. Damit haben wir ganz viele Vorteile, die wir erreichen: Keine Doppelspurigkeit mehr, die Fachlichkeit wird gestärkt, das Milizsystem entlastet und wir stellen sicher, dass die Entscheidungen mit den finanziellen Konsequenzen direkt beim Gemeinderat liegen. Und ein besonders wichtiger Punkt für uns ist, dass die Schulleitung und die Tagesschulleitung gestärkt werden. Beide Konferenzen werden gleichgestellt, direkt der neuen Fachstellenleitung Volksschule unterstellt und sie erhalten ein Mitspracherecht. Damit ist die fachliche Expertise der Schulleitungen systematisch eingebunden. Sie werden in der Führungskette nicht geschwächt, sondern gestärkt.

In unserer Fraktion gibt es aber natürlich auch Punkte, die wir kritisch gesehen und auch diskutiert haben: Etwa die Frage, ob das Parlament eben diese Bildungsstrategie beschliessen soll. Der Gemeinderat hat das abgelehnt, wir haben es gehört, aus systemischen Gründen. Wir teilen aber die Ansicht, dass das Parlament Einflussmöglichkeiten behalten muss, mehr dazu dann noch in der Detailberatung. Und auch die Kosten - wir haben es auch bereits gehört - gilt es nicht zu verschweigen: Die neue Fachstelle kostet, weiterer Personalbedarf wird kommen. Das ist teuer und dem müssen wir uns bewusst sein. In unseren Augen ist aber die Investition gut und nötig. Sie sichert die professionelle Steuerung, die wir schon lange wollen, und die langfristige Qualität unserer Schulen. Das ist Geld, das wir verantwortungsvoll und zielgerichtet für die Bildung unserer Kinder einsetzen.

Zusammenfassend sieht die EVP-GLP-Mitte-Fraktion, dass das Reglement eine nachhaltige Lösung darstellt. Es stärkt die Steuerung, entlastet Ehrenamtliche und schafft klare Strukturen. Wir sind überzeugt, dass es der richtige Weg für Köniz ist und darum werden wir dem neuen Bildungsreglement grundsätzlich zustimmen.

Katja ist es noch wichtig zu betonen: Sie möchte ganz ausdrücklich der Kommission und der Führung dieser Kommission danken - das habe ich mit diesem Votum erledigt.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Monika Röthlisberger, Grüne: Die Fraktion Grüne/Junge Grüne stimmt den Anträgen des Gemeinderates ebenfalls einstimmig zu. Wir begrüßen, dass der Gemeinderat Nägel mit Köpfen machen und diese Bildungssteuerung konsequent neu aufsetzen will. Das ist mutig, weitsichtig, aber auch seit Jahren dringend nötig. Ich erspare euch jetzt die entsprechenden Zitate aus den Voten der Grünen-Fraktion in den Parlamentsprotokollen der letzten Jahre. Der Sonderfall Bildung mit ganz eigenen Strukturen wäre mit dieser neuen Bildungssteuerung in Köniz Geschichte. Wir danken der nichtständigen Kommission Bildungssteuerung herzlich für ihre gute Arbeit und für all die Stunden, die sie investiert hat, um sich in der nicht ganz einfachen Welt der Bildung zurechtzufinden. Merci auch dem zuständigen Gemeinderat und ihrer Abteilungsleitung, die sich die Zeit genommen haben, um unsere zahl- und detailreichen Fragen geduldig zu beantworten. Und nicht zuletzt ein grosses Merci an die Schulkommission und ihre Mitglieder in den letzten Jahren für ihre Mega-Arbeit.

Die Bildung soll kein Sonderfall mehr in den Strukturen der Könizer Gemeindeorgane sein, sondern ähnlich funktionieren wie die anderen Bereiche auch. Das ist in unserer, in vielerlei Hinsicht immer komplexeren Welt, für einmal eine Vereinfachung. Die Führung von allen Schulleitungen und von allen Tagesschulleitungen soll von ausgewiesenen Fachleuten in der Verwaltung sichergestellt werden. Und wenn pädagogische Neuerungen etwas kosten, soll der Gemeinderat darüber entscheiden. Wir finden das sinnvoll und wir finden es auch sehr sinnvoll, die Tagesschulleitungen und die Schulleitungen gleichzustellen. Das ist ein Gebot der Zeit.

Ohne Schulkommission geht der Bezug der Bildung Köniz zur Bevölkerung nicht verloren. Im Gegenteil, nach unserer Beurteilung wird die Reform die Rolle des Parlaments in der Bildung Köniz noch stärken. Parlamentarier:innen sind ja auch in allen anderen Bereichen das Bindeglied zur Bevölkerung, warum denn nicht auch in der Bildung?

Ein Modell mit einer Bildungskommission, die einfach keine Führungsaufgaben mehr hat und dann allenfalls nur noch über die Mitwirkung von Eltern und Schüler:innen bestimmen kann oder ob Hunde in der Tagesschule sein dürfen oder solche Sachen, macht in unseren Augen keinen Sinn. Da ist es nur konsequent, dass wir die Schulkommission jetzt gehen lassen, auch wenn es mir persönlich halt trotzdem auch noch ein bisschen im Herz wehtut, wenn es diese Kommission nicht mehr gibt. Ich durfte dort viel Spannendes lernen, viel Schönes erleben, aber musste eben auch Schweres tragen und Entscheide fällen, die eigentlich nicht in der Hand von Milizler:innen sein sollten.

Es ist klar, dass mit dem heutigen Entscheid erst ein Spatenstich für eine grössere und wahrscheinlich auch längere Bauzeit eines Gebäudes gemacht wird, bei dem noch vieles nicht so ganz klar ist, wie es denn aussehen soll. Die organisatorischen Strukturen der BSS müssen entsprechend angepasst werden. Das Zusammenspiel von Verwaltung und Schulleiterkonferenz, Tagesschulleiterkonferenz und diesen Konferenzen untereinander und mit den einzelnen Schulleitungen und Tagesschulleitungen, das muss sich dann noch ergeben. Dabei wollen wir deutlich davor warnen, dass man mit der Aufhebung der Schulkommission noch viele weitere Aufgaben der Schulleiterkonferenz und der Tagesschulleiterkonferenz in die Verwaltung verschiebt. Da befürchten wir eine Bürokratisierung der Schule.

Die Tabelle Entscheidkompetenz und Antragsrecht hat bei unserer Fraktion in diesem Zusammenhang zu reden gegeben: Nach den Erläuterungen des zuständigen Gemeinderates und der Abteilungsleitung verzichten wir aber auf weitere Anträge und geben dem Plan so, wie er ist, jetzt einmal eine Chance. Wir können immer noch Vorstösse machen, wenn es dann in unseren Augen nicht so läuft, wie wir uns das vorgestellt haben.

Um es kurz zu machen, wir stimmen auch den Anträgen der Kommission einstimmig zu, denn ihre Argumente sind durchaus schlüssig. Wir sehen nicht, dass wir dies aus unserer Sicht noch länger begründen wollen.

Fraktionssprecher FDP, Mark Kobel, FDP: Wir danken dem Gemeinderat und der Direktion Bildung und Soziales für die sehr ausführlichen und sehr detaillierten Unterlagen zu diesem Geschäft «Änderung der Bildungssteuerung – Anpassung Bildungsreglement».

Als gewähltes Mitglied der nichtständigen Parlamentskommission durfte ich diesen Prozess direkt mitverfolgen und mitgestalten. Als eigentlicher Verfechter des alten bestehenden Modells mit einer Milizschulkommission als Bindeglied von der Schule zur Bevölkerung, habe ich aber im Laufe dieser Kommissionsarbeit die Notwendigkeit des Systemwechsels erkannt und langsam zu verstehen gelernt. Mich persönlich, aber sicher auch andere Mitglieder der FDP-Fraktion, ärgerte es natürlich zu Beginn oder hat es vor allem zu Beginn ein bisschen geärgert, dass ein über Jahrzehnte sehr erfolgreiches Modell, das in der Bevölkerung eingebettet war, plötzlich durch ein Verwaltungsmodell abgelöst werden muss. Aufgrund der immer komplexeren Einbettung der Schule in der Gesamtgesellschaft, der Notwendigkeit der Betreuung von Schüler- und Lehrpersonen sowie der Anspruch auf die Professionalisierung der Aufsicht, wurde relativ rasch ersichtlich, dass das aktuelle Modell einfach nicht mehr genügt. Alleine die notwendige Zeit konnten die Kommissionsmitglieder zum Teil einfach nicht mehr zur Verfügung stellen. Doch es ist mir aber hier auch ganz wichtig, wie allen anderen Vorrednern, genau diesen Schulkommissionsmitgliedern aus der Vergangenheit ein grosses Merci zu sagen, für ihren endlosen und hohen Einsatz zugunsten einer guten Schule.

Vor uns liegt jetzt ein Antrag, ein Entwurf eines Bildungsreglements, hinter dem auch die Fraktion FDP.Die Liberalen, stehen kann. Das, obschon eben einerseits wieder in der Verwaltung neue Stellen geschaffen werden müssen, neue Personalkosten generiert werden und der direkte Einfluss des Kontrollorgans der Schule aus der Bevölkerung heraus wegfällt.

Die Fraktion FDP. Die Liberalen haben während der Fraktionssitzung auch Markus Willi als Gast empfangen dürfen und er konnte uns die notwendigen Fragen entsprechend geradlinig und direkt beantworten. Wir danken ihm und Gemeinderat Hans-Peter Kohler für die klaren Antworten, die uns doch geholfen haben, das Geschäft entsprechend zu beurteilen.

Da sowohl die Kommissionspräsidentin, aber auch alle anderen Vorredner bereits auf sehr viele einzelne Punkte eingegangen sind und die Unterlagen auch sehr, sehr ausführlich waren, verzichte ich jetzt auf eine weitere umfassende Betrachtung im Detail. Aus unserer Sicht speziell erwähnenswert ist doch aber die zukünftige Gleichstellung der Schul- und Tagesschulleiter an den jeweiligen Standorten. Genau diesen neuen Punkt in der Organisationsstruktur mit den gleichgestellten Leitungen, den gleichen Pflichten und Rechten, erachten wir als grossen Gewinn innerhalb dieses neuen Systems.

Die Fraktion FDP. Die Liberalen wird dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zustimmen. Ich komme auch noch gleich zu den Anträgen der Kommission: Dort wird bezüglich der Tischvorlage der NPK-Bildungssteuerung die Fraktion die Streichung des Artikels 37a Absatz 6 und auch dem Antragspunkt 5 bezüglich der Evaluation einstimmig zustimmen. Punkt A1, zur Bildungsstrategie, wird die FDP grossmehrheitlich ablehnen, da die Fraktion der Meinung ist, dass die Strategie in die Hände der Exekutive gehört.

2. Vizepräsidentin Selin López, FDP: Nur ganz kurz nochmals: Ich will auf zwei Sachen eingehen, die gesagt wurden. Einerseits von Matthias Müller, man wolle nicht die ganze Bildung aus der Hand geben – das macht man ja auch nicht, also auch wenn man die Strategie nicht hat, man hat immer noch die Möglichkeit, eine Motion einzugeben und das Reglement direkt zu beeinflussen. Also, Angstmacherei, finde ich, ist jetzt hier nicht angebracht und auch das Vertrauen schenken ist ja etwas, wo wir immer wieder sagen haben, warum soll man das Vertrauen nicht dem Gemeinderat schenken, dass die eine gute Strategie erarbeiten.

Das war das Erste, und noch ganz kurz: Monika Röthlisberger hat gesagt, die Miliz soll nicht leiten, aber dann gleichzeitig eine Strategie erstellen, das finde ich auch ein bisschen einen Widerspruch, also vielleicht noch einmal darüber nachdenken.

Christina Aebischer, Grüne: Aufgrund der Fraktionsvoten gehe ich davon aus, dass die Anträge des Gemeinderates eine klare Mehrheit finden werden und das bedeutet implizit auch, dass die nichtständige parlamentarische Kommission Bildungssteuerung am Ende dieser Parlamentssitzung aufgelöst wird und darum möchte ich gerne als Präsidentin auch noch einige Dankesworte sagen.

Ich möchte im Namen der Kommission als erstes Gemeinderat Hans-Peter Kohler und Abteilungsleiter Markus Willi herzlich danken. Sie waren für uns immer erreichbar und schnell verfügbar für den Austausch und wir danken auch für das rechtzeitige und kompetente Bereitstellen aller nötigen Informationen.

Die Kommission konnte sich sehr schnell in diese Materie vertiefen, dank der Vorarbeit der verwaltungsinternen Projektgruppe, die aus dem Abteilungsleiter BSS als Projektleiter, also Markus Willi, einem Präsidium der Schulleitungskonferenz, einer Vertretung der Tagesschulleitungskonferenz, dem Präsidenten der Schulkommission, der Fachstelle Bildung und als externer Projektbegleiter, Markus Heinzer, bestand. Diese Projektgruppe hat Grundlagendokumente erarbeitet, die es uns sehr einfach gemacht haben, diese Arbeit zu machen. Und das sind Grundlagendokumente mit einer Analysematrix und mit Erläuterungen - diese sind druckreif und ich bin sicher, diese sind auch für andere Gemeinden hilfreich, die sich allenfalls dieser Frage stellen wollen.

Dann möchte ich auch ganz herzlich den Vertreterinnen der Schulleitungskonferenz, der Tagesschulleitungskonferenz und der Schulkommission danken, die bereit waren, unsere Fragen in ihre Gremien zu nehmen, dort vorzubereiten, zu konsolidieren und an unserer Sitzung teilzunehmen und diese zu beantworten. Und wie das schon von gewissen Vorredner:innen gesagt wurde, auch die Kommission als Ganzes möchte allen aktuellen und früheren Schulkommmissionsmitgliedern herzlich danken, die sich während Jahren mit viel Engagement und Herzblut für die Schulen Köniz eingesetzt haben. Es ist der Kommission bewusst, dass dieser hier vorliegende Vorschlag nicht für alle sehr einfach zu akzeptieren ist und es ist uns wichtig zu betonen, dass dieser Schritt zur Professionalisierung, den wir hier planen, nicht eine Kritik an der Schulkommission ist, sondern ein Schritt, den es der Könizer Schule erlauben soll, sich diesen immer grösseren Herausforderungen im Bildungssystem mit einer professionalisierten Steuerungsstruktur zu stellen.

Dann noch ein ganz herzlicher Dank unserer Kommissionssekretärin Ursula Wüst, die heute auch da ist, die immer kompetent, flexibel und effizient uns durch die Arbeit begleitet hat und besonders mir als Präsidentin eine strukturierte Arbeit überhaupt erst ermöglicht hat.

Und zum Schluss möchte ich auch allen Kommissionsmitgliedern ganz herzlich danken. Wir waren an sämtlichen Sitzungen vollzählig vorbereitet und engagiert und es war eindrücklich zu merken, dass wir trotz unterschiedlicher politischer Ausrichtung alle für das Gleiche einstehen, nämlich für die bestmögliche Qualität im Künzler Bildungswesen. Merci vielmals.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Merci, Christina, für das Votum und selbstverständlich auch für die Leitung dieser Kommission.

Gemeinderat Hans-Peter Kohler, FDP: Stellt euch vor, ich würde nichts zu diesem Geschäft sagen, das wäre ja wirklich ein Skandal. Es war mir immer ein grosses Anliegen. Ich bin jetzt ja etwa acht Jahre im Amt und ich habe in diesen acht Jahren gesehen, dass es gereift ist, dass man es in die Hand nehmen muss, dass es nicht mehr weitergeht und es war auch immer mein persönliches Ziel - ich wurde von den Fraktionen angesprochen, von der GEPK angesprochen - dass man es noch in dieser Legislatur machen kann. Es ist ja nicht für mich, aber es hätte mich doch belastet, wenn ich das meiner Nachfolgerin oder meinem Nachfolger hätte übergeben müssen.

Es ist jetzt wirklich Zeit. Es ist ein sehr grosser Schritt, den wir hier machen, das wurde in den Voten auch gesagt, aber ein wichtiger Schritt für die viertgrösste Gemeinde im Kanton Bern, für fast 4'500 Schülerinnen und Schüler, für die Schulleitungen und die Tagesschulleitung und ich bin sehr froh über die, ja doch grosse Zustimmung, da habe ich sehr, sehr Freude.

Ich möchte mit dem Danke sagen beginnen, bei der nichtständigen parlamentarischen Kommission für die Zusammenarbeit. Danke der Präsidentin und besten natürlich auch an die Kommissionsmitglieder, alle Anspruchsgruppen, die wir befragt haben und ein grosses Merci, das darf man nicht vergessen, auch an die Verwaltung, die Rechtsabteilung, verwaltungsintern, direktionsintern, die externe Begleitung, welche wir hatten – da wurde viel, viel gearbeitet bei all jenen, die ich jetzt genannt habe und ohne das hätte es nicht funktioniert.

Und auch besten Dank – die Schulkommission ist noch nicht aufgelöst heute Abend – für die Arbeit die geleistet wurde und für die Arbeit, die noch geleistet wird, bis dann der Wechsel stattfindet. Also besten Dank an alle, die ich genannt habe. Dass wir jetzt das Ziel erreichen konnten und dass wir heute Abend den doch grossen Schalter, welchen wir dann umkippen, zusammen auch machen können.

Vielleicht noch zu einzelnen Punkten, weil es immer wieder genannt wurde, damit ich es einfach auch nochmals als Bildungsvorsteher betont habe: Ganz wichtig ist, dass diese Tagesschulen mit den Schulleitungen gleichgestellt sind. Ich habe dies ab Tag 1 als Bildungsvorsteher gar nie verstanden, wieso einfach irgendwo noch die Tagesschulen sind. Auch hierarchisch waren sie nicht gleich und das ist ein wichtiger Schritt, welchen wir hier auch machen, dass diese gleichgestellt sind. Das ist wichtig, es geht um die gleichen Kinder, im gleichen Schulhaus und es kann ja nicht sein, dass das so bleibt. Es war historisch gewachsen, ich will auch niemandem die Schuld geben, aber man muss es jetzt lösen und mit dieser neuen Bildungssteuerung können wir das auch lösen.

Mehrkosten: Es ist nicht, dass wir etwas nicht sagen möchten, aber wir müssen das schrittweise machen. Wir suchen diesen Leiter, diese Leiterin, das geht analog zu den finanzkompetenten Organen selbstverständlich. Es wird einen Gemeinderatsantrag geben etc., und wir werden hier nicht übermarchen. Es gibt Gemeinden, bei denen die Führungsspannen extrem klein sind, andere Gemeinden, in denen es anders ist, aber wir werden da wirklich schauen, dass wir das sorgfältig entwickeln und ihr werdet alles ja sowieso sehen, was wir dort planen. Ja, es kostet etwas, ja, es braucht Stellenprozente, aber es ist danach auch eine professionelle Führung, von welcher sicherlich alle einen Nutzen davon haben.

Die Schulleitung wurde noch genannt: Es ist mir wichtig, die Schulleitungen haben genau die gleichen Kompetenzen wie heute, aber die Anträge stellen sie bei jemand anderem. Die Mitsprache und das Antragsrecht und alles, das ist ja auch noch nach einem Hinweis aus der Kommission, in einen Artikel eingeflossen. Das bleibt bestehen. Die Linie ist einfach anders oder die Führungslinie ist eine andere, aber es ist mir wichtig zu sagen: Wir nehmen niemandem irgendwie etwas weg oder dass man nichts mehr sagen darf, das ist also nicht der Fall. Deswegen bin ich auch sehr, sehr zuversichtlich, dass sich das gut entwickelt und der Startpunkt ab Schuljahr 2026/2027, das ist sehr realistisch, dass man da bereit ist. Darum sind wir jetzt ja auch im September ins Parlament gekommen.

Wir reden ja noch über die Anträge, aber trotzdem: Art. 37a Abs. 6, das kann ich schon sagen, das ist einfach ein Fehler gewesen, das muss man ändern, dazu werde ich nachher nicht nochmals etwas sagen. Und die zusätzliche Beschlussziffer 5, das ist absolut im Sinne des Gemeinderates. Es ist wichtig, dass das Parlament eine Evaluation sieht, das zeigen kann - das ist auch intern sehr wichtig – dazu werde ich auch nichts mehr sagen. Aber zum anderen Antrag, da schaue ich zum

Parlamentspräsidenten, das diskutieren wir ja jetzt noch und dann führe ich natürlich die Haltung des Gemeinderates noch ein bisschen aus.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Damit schliessen wir die allgemeine Diskussion und kommen zur Detailberatung. Es gibt zwei konkrete Änderungsanträge zur Vorlage und einen Antrag auf eine weitere Beschlussziffer.

Frage: Gibt es jemanden, der zu irgendeinem anderen Thema als diese noch etwas sagen will? Wenn ja, würden wir durch das Gesetz durchgehen, wenn nein, nicht. Dies ist nicht der Fall, dann gehen wir direkt zum Art. 37a Abs. 6, das ist der Streichungsantrag. Will dazu noch jemand etwas sagen? Das ist nicht der Fall. Dann gehen wir zum Anhang des Bildungsreglements. Dort ist - wie von Hans-Peter erwähnt - der Antrag, dass das Parlament für die Verabschiedung der Bildungsstrategie zuständig ist.

Géraldine Boesch, SP Frauen: Genau, zu dem Artikel: Ich muss vielleicht vorausschicken, wir sind geteilter Meinung. Es wird noch spannend, weil gewisse Argumente, die schon genannt wurden, jetzt noch einmal innerhalb der gleichen Fraktion kommen.

Die Mehrheit der Fraktion ist der Ansicht, dass der sogenannte Draht zur Bevölkerung, der ja immer wieder genannt wird, ausreichend mit dem Parlament, welches über die Strategie - wie auch über alle anderen Strategien, die wir haben - befinden kann, gewährleistet ist. Die Kompetenzverschiebung hat voraussichtlich - sagen wir eher *wahrscheinlich* - zur Folge, dass eine nicht ständige Kommission Bildungsstrategie oder wie auch immer sie dann heissen wird, gebildet werden müsste, die diese Strategie ausarbeitet. Das generiert gemäss der Mehrheitsmeinung Aufwand und Kosten, ohne dass damit der Draht zur Bevölkerung in irgendeiner Weise gestärkt werden würde.

Warum der Draht zur Bevölkerung in der Bildung stärker gewichtet werden soll, als beispielsweise bei der Strategie Wohnen, Klimastrategie, Wirtschaftsstrategie, das ist für die Mehrheit der Fraktion nicht nachvollziehbar. Die Minderheit ist der Meinung, dass die Geschichte der Schulkommission gezeigt hat, wie emotional und intensiv die Diskussionen über strategische Bildungsfragen geführt worden ist und immer noch wird und befürwortet einen stärkeren Einbezug des Parlaments bei der Bildungsstrategie durch die Schaffung einer nichtständigen Kommission, welche die Bildungsstrategie ausarbeitet.

Matthias Müller, EVP: Zum Punkt A1 der Bildungsstrategie: Wir haben es gehört oder wir haben es lesen können, dass der Gemeinderat die Bildungsstrategie künftig alleine beschliessen möchte. Wir sind aber überzeugt, dass das Parlament hier eine verbindliche Rolle haben muss.

Warum? Weil die Bildungsstrategie mehr ist, als ein verwaltungsinternes Führungsinstrument. Sie legt die Leitlinien für die Zukunft unserer Schulen fest und damit für einen der zentralsten Bereiche unserer Gemeinde.

Bildung betrifft alle: Familien, Kinder, die gesamte Bevölkerung. Ein solch grundlegendes Dokument oder Richtungsgebung darf nicht nur im Gemeinderat beraten werden, sondern muss im Parlament diskutiert und beschlossen werden. Nur so ist nach unserer Ansicht die demokratische Verankerung gewährleistet. Nur so, denken wir, bleibt die Verbindung, der Draht, wie es Géraldine gesagt hat, zur Bevölkerung vorhanden.

So wird sichergestellt, und das ist mir jetzt wichtig zu betonen, dass alle politischen Kräfte, ihre Sicht einbringen können und die Strategie auf einem breiten Konsens und in der Öffentlichkeit erarbeitet, basiert. Das erhöht die Legitimität und die Akzeptanz. Deshalb unterstützt unsere Fraktion EVP-GLP-Mitte den Antrag der Kommission einstimmig.

Reto Zbinden, SVP: Da es jetzt scheinbar wirklich sehr, sehr knapp wird, bei dieser Abstimmung, komme ich jetzt noch, um schnell etwas zu sagen: Leider haben wir Fritz Hänni nicht mehr unter uns. Als er noch bei der Fraktion war, hat er manchmal, wenn man sich in einem Thema etwas verrannt hatte, sich einen Schritt zurückgenommen und das Ganze ein bisschen von weiter oben angeschaut. Ich glaube, es würde uns jetzt allen gut tun, wenn wir hier einen Schritt zurück machen. Was beschliessen wir jetzt hier, wenn wir diese Strategie dem Parlament zuweisen?

Wir würden uns noch mehr Arbeit auf, wir hatten in den letzten Jahren auch so schon viele Wechsel. Wir müssten das definitiv mit einer ausserparlamentarischen Kommission lösen, anders ginge es gar nicht. Es ist eine riesige Arbeit und schlussendlich haben wir nirgends eine Strategie, die das Parlament ausarbeitet, das ist wirklich einfach ein Fehler, wenn wir das jetzt hier machen, das ist falsch.

Wir müssen wenn schon darauf hinwirken, dass wir in einer Mitwirkung irgendwo unsere Gedanken hineingeben könnten, welche Meinung wir vertreten. Schlussendlich können wir diese Strategie im Parlament zur Kenntnis nehmen, also notfalls nehmen wir dann halt ablehnend Kenntnis. Aber jetzt hier das ganze Mechano auf den Kopf zu stellen, nur weil wir jetzt hier in einem einzelnen Punkt das Gefühl

haben, der Gemeinderat könne das nicht, finde ich wirklich definitiv falsch. Das wäre ein Präzedenzfall, den wir nicht machen dürfen.

Ich hoffe, dass der Gemeinderat vielleicht auch in Aussicht stellt, dass er eine Mitwirkung in so einem Fall machen würde, das hat er nämlich in der Vergangenheit bei diesen Bildungsstrategien auch immer gemacht, da konnten wir immer mitreden. Dann können die Parteien mitreden, dann können alle Betroffenen mitreden – das ist der richtige Weg, aber sicherlich nicht eine solche Strategie dem Parlament zuzuweisen. Das ist wirklich falsch. Ich bitte euch, das abzulehnen.

Gemeinderat Hans-Peter Kohler, FDP: Nicht, dass ich es noch vergesse, wegen der Mitwirkung: Selbstverständlich, das kann man gar nicht anders. Der Gemeinderat kann nicht einfach etwas schreiben und die betroffenen Leute nicht mitwirken lassen, das ist ein normaler Prozess, das würde so laufen. Ich weiss nicht, wer die rechtlichen Einschätzungen gesehen hat: Der Gemeinderat ist nach wie vor der Meinung, eben weil es eine Strategie ist, analog zu anderen Strategien, dass dies zur Exekutive gehört. Wenn man die Gemeindeordnung anschaut, ist klar, dass der Gemeinderat für Strategien zuständig ist. Wenn man aber Art 34 und 35 des kantonalen Volksschulgesetzes anschaut, ist eine Übertragung an andere politische Gremien möglich. Es war ja auch bei der Schulkommission gewesen, deswegen ist es auch möglich rechtlich, also es ist nicht falsch, ich sage es hier einfach nochmals, dass man das auch dem Parlament zuweisen könnte. Rechtlich ist dies also machbar und möglich.

Aber jetzt gibt es natürlich einen Punkt: Das Parlament macht nicht an einer Sitzung, mal am Abend, während 1.5 Stunden eine Strategie für die Gemeinde Köniz. Ich kann mir das – und nicht nur ich – gar nicht anders vorstellen, da braucht es dann ziemlich viel Arbeit, das wird nicht ohne nichtständige parlamentarische Kommission gehen, alles andere wäre erstaunlich. Das muss man sich natürlich bewusst sein, das ist auch eine Arbeit über mehrere, nicht Wochen, sondern Monate, in denen man das entwickelt. Einfach, damit man dann weiss, man muss auch die Leute stellen und das sind dann auch jene Leute, die irgendwo eine Bezug zu den Schulen haben müssen, das ist eine Voraussetzung, sonst kann man das nicht. Man kann das nicht einmal traktandieren und eine Strategie machen, das ist einfach betreffend das Prozessuale, wie man das macht.

Und einen Bericht zur Kenntnis nehmen: Klar, man kann Vorstösse machen, das Reglement bleibt ja beim Parlament. Darum zusammenfassend, ist es die Meinung des Gemeinderates, dass es bei der Exekutive bleibt.

Aber wir haben jetzt eine sehr gute Diskussion gehabt, wir sind einen riesigen Schritt weiter. Der Entscheid liegt beim Parlament, der Entscheid ist nicht beim Gemeinderat, ich habe gesagt, der Gemeinderat möchte es bei sich behalten, aber das entscheidet jetzt das Parlament.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Dann haben wir noch den Antrag auf eine weitere Beschlussziffer der Kommission. Wollte dazu jemand aus dem Parlament etwas sagen? Das ist nicht der Fall. Der Gemeinderat hat sich schon geäussert. Dann schliesse ich die Detailberatung.

Beschluss

Abstimmung über Abänderungsantrag der NPK Bildungssteuerung zu Art. 37a Abs. 6 des Bildungsreglements:

Das Parlament stimmt der Streichung von Art. 37a Abs. 6 des Bildungsreglements zu:

~~Bei einer Nachfrage von 1 bis 5 Kindern werden die Module durch die Ganztageschule Oberscherli geführt.~~

(Abstimmungsergebnis: offensichtliches Mehr)

Abstimmung über Abänderungsantrag der NPK Bildungssteuerung zum Anhang des Bildungsreglements "Tabelle Entscheidkompetenzen und Antragsrechte" (Zuständigkeiten Bildungsstrategie)

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag ab:

Zuständigkeit für die Antragstellung zur Bildungsstrategie: Gemeinderat

Zuständigkeit für den Entscheid über die Bildungsstrategie: Parlament

(Abstimmungsergebnis: 20 Stimmen für Ablehnung, 16 Stimmen für Zustimmung)

Schlussabstimmung über den bereinigten Antrag des Gemeinderats Ziffer 1 (Änderung Bildungsreglement)

Das Parlament beschliesst die Änderungen des Bildungsreglements, die die Einführung des Steuerungsmodells ohne Bildungskommission vorsehen; mit folgender Änderung gegenüber dem vorgelegten Entwurf:

- Streichung Art. 37a Abs. 6 des Bildungsreglements: ~~Bei einer Nachfrage von 1 bis 5 Kindern werden die Module durch die Ganztageschule Oberscherli geführt.~~

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung)

Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats Ziffer 2

Das Parlament beschliesst die Inkraftsetzung des geänderten Bildungsreglements auf den 1.8.2026.

(Abstimmungsergebnis: offensichtliches Mehr)

Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats Ziffer 3

Das Parlament beschliesst die Änderung des Geschäftsreglements des Parlamentes gemäss vorgelegtem Entwurf.

(Abstimmungsergebnis: offensichtliches Mehr)

Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats Ziffer 4

Die Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments tritt am 1. August 2026 in Kraft.

(Abstimmungsergebnis: offensichtliches Mehr)

Abstimmung über den Antrag der NPK Bildungssteuerung zur zusätzlichen Beschlussziffer 5 (Kenntnisnahme des Parlaments der geplanten Evaluation des Steuerungsmodells)

Das Parlament stimmt dem Antrag auf folgende zusätzliche Beschlussziffer 5 zu:

⁵ Die durch den Gemeinderat geplante Evaluation des neuen Steuerungsmodells ist dem Parlament zur Kenntnisnahme vorzulegen.

(Abstimmungsergebnis: offensichtliches Mehr)

PAR 2025/66

V2504 Motion (SP-JUSO, Grüne, Junge Grüne) „Stärkung von offenen Vereinsangeboten für Kinder, Jugendliche und Familien in Köniz“

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

Der Gemeinderat schliesst die aktuelle Förderlücke für unregelmässige, öffentliche und niederschwellige Vereinsangebote für Kinder, Jugendliche und Familien. Er bezieht die betroffenen Vereine resp. die Dachorganisation KJGO in die Überarbeitung der entsprechenden Reglemente/Weisungen mit ein. Er stellt zusätzliche Ressourcen bereit, damit die Schliessung der Förderlücke nicht auf Kosten anderer Unterstützungsbeiträge für Vereine geht.

Begründung

Offene Anlässe und Veranstaltungen von Vereinen bieten eine wichtige Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche und Familien und sorgen für Vernetzung innerhalb der Ortsteile und der Gemeinde. Sie fördern die gegenseitige Unterstützung und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die meist unregelmässig stattfindenden Anlässe sind öffentlich zugänglich und kostengünstig oder gar kostenfrei. Das offene Angebot ist - gerade dadurch, dass keine Vereinsmitgliedschaft oder Verpflichtung zu einer regelmässigen Teilnahme herrscht - sehr niederschwellig. Kinder, Jugendliche und Familien in diversen Lebenssituationen und mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen profitieren von dieser Flexibilität und Ungebundenheit: Das offene Vereinsangebot leistet eine wichtige integrative Funktion.

Aktuell besteht bei den offenen, unregelmässigen und niederschweligen Vereinsangeboten eine Förderlücke. Bis 2024 haben jene Vereine und Organisationen (meist sind es Familienvereine oder Elternclubs), welche ein unregelmässiges, öffentliches und niederschwelliges Angebot ohne Verpflichtung anbieten (z.B. Spielnachmittage mit wechselnden Kindern und Jugendlichen), in der Regel einen individuell vereinbarten Gemeindebeitrag erhalten. Der jährliche Betrag bewegte sich je Verein im niedrigen vierstelligen Bereich.

Ende 2023 hat die Gemeinde ihre Weisung für die Ausrichtung von Beiträgen an Vereine und Organisationen im Sozialbereich überarbeitet. Dabei wurde die Höhe der Beiträge je Verein auf max. CHF 1'000.- pro Jahr festgelegt. Dies bedeutet für die betroffenen Vereine eine erhebliche Einbusse und gefährdet die Weiterführung der Angebote.

Vereine und Organisationen, welche ein unregelmässiges, öffentliches und niederschwelliges Angebot ohne Verpflichtung anbieten, können nicht von einem Pro-Kopf-Förderbeitrag der Gemeinde profitieren. Die Pro-Kopf-Beiträge richten sich an Vereine im Freizeitbereich, welche ein regelmässiges Angebot bieten, das sich primär an die eingeschriebenen Vereinsmitglieder richtet. Es ist wichtig, dass bei einer Schliessung der Förderlücke zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden, damit die Förderung der offenen Vereinsangebote nicht auf Kosten der Pro-Kopf-Beiträge oder anderer Förderbeiträge geschieht.

Eingereicht

17.03.2025

Unterschrieben von 20 Parlamentsmitgliedern

Géraldine Boesch, Monika Röthlisberger, Selin López, Janka Hamm, Bülent Celik, Urs Mumenthaler, Sara Gasser, Arlette Mürner, Rahel Gall, David Müller, Mayra Faccio, Casimir von Arx, Franziska Adam, Isabelle Steiner, Klaus von Muralt, Laura Hoffman, Lukas Erni, Christina Aebischer, Roger Tanner, Brigitte Rohrbach

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor.

2. Ausgangslage

Die Ausrichtung von Beiträgen für Kinder und Jugendliche an Vereine und Organisationen im Freizeitbereich war seit 1981 in den "Grundsätzen über die Ausrichtung von Beiträgen für Kinder und Jugendliche an Vereine und Organisationen im Freizeitbereich" geregelt. Darin wurden unter Punkt 2.1 die Voraussetzungen für den Erhalt der Pro-Kopf-Beiträge beschrieben und unter Punkt 2.2 die Ausrichtung von "Anderen Beiträgen". Obwohl das Kostendach dieser anderen Beträge auf max. 1'000.- CHF pro Jahr festgelegt war, wurden dabei teilweise auch höhere Beiträge von max. 3'000.- CHF geleistet. In den letzten Jahren haben jeweils nur jeweils zwei Vereine "andere Beiträge" beantragt.

Am 15.11.2021 wurde das Postulat (EVP-glp-Mitte-Fraktion, FDP) "Die Gemeinde erstellt ein Reglement, wie Organisationen unterstützt werden" als erheblich erklärt. Der daraus resultierende Auftrag zur Überarbeitung der Weisung gemäss Parlamentsbeschluss zum Postulat wurde zum Anlass genommen, die beiden Beitragsmodelle ("Pro-Kopf-Beiträge" und "Andere Beiträge") der Transparenz halber in zwei separaten Weisungen zu regeln:

- A) eine Weisung zu den Pro-Kopf-Beiträgen
- B) eine Weisung über die Vereinsbeiträge im Sozialbereich.

Während in Weisung A (Pro-Kopf-Beiträge) die bereits zuvor gültigen Voraussetzungen und die Beitragshöhe für die regelmässige Teilnahme an Freizeitangeboten übernommen und teilweise ergänzt wurden, hat die Weisung B einige grundlegende Neuerungen erfahren: So sind Einrichtungen von den Beiträgen ausgeschlossen, wenn sie für die gleiche Zielsetzung bereits andere Gemeindebeiträge erhalten. Zudem wurde der Gegenstandsbereich der Unterstützungsbeiträge im Sozialbereich ausgeweitet auf den Integrations- und Altersbereich. Die Angebote müssen sich im Rahmen der konzeptionellen Grundlagen des Kinder- und Jugendkonzepts, des Integrations- und des Alterskonzept bewegen, ein breites Publikum erreichen und öffentlich zugänglich sein. Die Beitragshöhe wurde festgelegt auf "in der Regel max. 1'000.- CHF pro Jahr und beitragsberechtigtem Verein." Die Beitragshöhe stützt sich auf den ausgewiesenen Finanzierungsbedarf. Sie wird durch die zuständige Fachstelle festgelegt und ist abhängig vom bereits bestehenden Angebot und dem zur Verfügung stehenden Budget.

Nach der Genehmigung der überarbeiteten Weisungen durch den Gemeinderat am 25.10.2023 hat das Parlament das Postulat am 11.12.2023 abgeschrieben. Seit 1.1.2024 sind die Weisungen in Kraft und seither werden die Modalitäten der Unterstützungsbeiträge und Gesuchseinreichung auf der Homepage der Gemeinde publiziert

(www.koeniz.ch/freizeit/vereine/unterstuetzungsbeitraege.page/1559).

Die vorliegende Motion des Parlaments geht davon aus, dass durch die Überarbeitung der Weisungen eine Förderlücke für unregelmässige, öffentliche und niederschwellige Vereinsangebote für Kinder, Jugendliche und Familien entstanden ist. Diese Angebote seien von wesentlicher Bedeutung für die Förderung der Vernetzung innerhalb der Ortsteile und der Gemeinde, die Stärkung der gegenseitigen Unterstützung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Motionär:innen beantragen eine Überarbeitung der entsprechenden Reglemente/Weisungen und die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen, um sicherzustellen, dass die Förderung der offenen Vereinsangebote nicht auf Kosten anderer Unterstützungsbeiträge für Vereine geht.

3. Einschätzung des Handlungsbedarfs

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die aktuelle Weisung über die Vereinsbeiträge im Sozialbereich eine flexible Handhabung bei der Ausrichtung von Unterstützungsbeiträgen vorsieht und entsprechend keine Förderlücke besteht. Die Bedürfnisse der offenen Vereinsangebote können bereits heute adäquat

berücksichtigt werden. Es steht den Angeboten frei, ein Gesuch einzureichen, welches ihre spezifischen Bedürfnisse und Anforderungen aufzeigt.

Die Festlegung des Kostendachs auf CHF 1'000.- pro Vereinsangebot und Jahr erlaubt mit der Formulierung "in der Regel" die Ausrichtung höherer Beträge, wenn diese entsprechend den Vorgaben zur Gesuchseinreichung dokumentiert und begründet sind und das entsprechende Budget vorhanden ist. So können Vereine, die ein offenes, unregelmässiges, öffentliches und niederschwelliges Angebot ohne Verpflichtung anbieten, wie z.B. Spielnachmittage mit wechselnden Kindern und Jugendlichen, bereits heute einen höheren Gemeindebeitrag beantragen.

Aus Sicht des Gemeinderats bildet die 2023 überarbeitete Weisung eine tragfähige Grundlage für die Unterstützung auch unregelmässiger und niederschwelliger Vereinsangebote. Sie erlaubt eine flexible Handhabung, orientiert sich am ausgewiesenen Bedarf und ist seiner Meinung nach ausreichend, um die Anliegen der Motionär:innen zu berücksichtigen. Eine Anpassung drängt sich deshalb aus heutiger Sicht nicht auf.

4. Finanzen

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass eine Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Ressourcen, wie es die Motionär:innen verlangen, nicht notwendig ist, da die Anfragen um Unterstützungsbeiträge bisher gering waren und im Rahmen des bewilligten Budgets geblieben sind.

5. Fazit

Insgesamt besteht kein Handlungsbedarf für eine Überarbeitung der Weisung. Die vorliegenden Instrumente erfüllen die Anliegen der Motionär:innen. Die Festlegung des Kostendachs auf in der Regel CHF 1000.- pro Jahr erlaubt bereits heute die Ausrichtung höherer Beträge. Die Berücksichtigung der spezifischen Rahmenbedingungen von offenen Angeboten ist bereits abgedeckt und es steht den betreffenden Vereinsangeboten frei, ein Gesuch einzureichen, welches ihren konkreten Bedarf aufzeigt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird erheblich erklärt.

Die Motion wird abgeschrieben.

Köniz, 13.08.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

1) Formelle Prüfung der Motion vom 3.4.2025

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: «Stärkung von offenen Vereinsangeboten für Kinder, Jugendliche und Familien in Köniz». Das ist eine Beantwortung mit dem Antrag auf Abschreibung der Direktion Bildung und Soziales. Das Wort hat die Erstunterzeichnerin Géraldine Boesch.

Erstunterzeichnerin, Géraldine Boesch, SP Frauen: Vielen Dank an den Gemeinderat und die Verwaltung für die Beantwortung der Motion. Dass der Gemeinderat vorschlägt, die Motion erheblich zu erklären, bevor er sie abschreiben will, das zeigt, dass er das Anliegen grundsätzlich unterstützt. Das ist erfreulich.

Dass er sie im gleichen Zug abschreiben will, zeigt, dass er der Ansicht ist, dass es keinen zusätzlichen Handlungsbedarf gibt. Dazu möchte ich gerne folgenden Kontext geben: Die eingereichte Motion ist im Austausch mit KJGO, der Könizer Jugendgruppe Dachorganisation, und den von der Weisungsänderung betroffenen Familienvereinen entstanden. Diese Vereine haben ab 2024 plötzlich teilweise nur noch einen Drittel des bisherigen Unterstützungsbeitrags erhalten. Die betroffenen Vereine haben deshalb, wie es der Gemeinderat in seiner Antwort vorschlägt, ein Gesuch auf einen höheren Pauschalbetrag gestellt.

Im ausführlichen Gespräch mit der Verwaltung sind aber die Vereine darauf hingewiesen worden, dass ihnen jetzt nur noch der maximale Pauschalbetrag von CHF 1'000 ausgezahlt werden kann. Mit anderen Worten, hier hat die Umsetzung der Weisung bei den Vereinen mit dem offenen Angebot, die aufgrund der Schwankungen und der Niederschwelligkeit nicht für Pro-Kopf-Beträge geeignet sind und seit der Überarbeitung der Weisung auf einen höheren Pauschalbetrag angewiesen sind, gehapert.

Die Formulierung in der Weisung «in der Regel CHF 1'000» impliziert die Ausrichtung von höheren Beträgen, wenn mal etwas Besonderes ansteht. Die betroffenen Vereine brauchen höhere Beiträge, aber jedes Jahr. Sie werden jetzt – und da hat die Antwort die Klärung gebracht – die betroffenen Vereine werden jetzt mit mehr Selbstbewusstsein und wiederkehrend entsprechend ihrem Finanzbedarf höhere Pauschalbeträge beantragen. Das mit der Erwartung, dass die Beträge im Budget angepasst werden, wenn man sieht, dass das Kostendach nicht reichen wird.

Der Gemeinderat schreibt, es handle sich um zwei betroffene Vereine, das ist richtig. In der Gemeinde gibt es aber auch nur drei oder vier Vereine, die so ein offenes Angebot anbieten. Es ist weniger relevant, wie viele Vereine von dieser Weisungsänderung betroffen sind, sondern vielmehr, wie viele Personen das niederschwellige Angebot der Vereine nutzen. Das offene Vereinsangebot leistet eine wichtige integrative Funktion, sie bietet niederschwellige Anlaufstellen für Kinder, Jugendliche und Familien und sorgt für Vernetzung innerhalb der Ortsteile und der ganzen Gemeinde. Wenn die Gemeinde das Angebot selber aufrecht erhalten möchte, so würde dies um ein vielfaches Teurer.

Wir gehen mit dem Gemeinderat einig, dass die Weisung rechtlich gesehen ausreichend ist und stimmen der Erheblichkeitserklärung und der Abschreibung zu. Das jedoch mit der Erwartung - und das ist nicht nur meine und die der SP/JUSO-Fraktion, sondern auch die der betroffenen Vereine - dass die in der Weisung schriftlich vorhandene Flexibilität künftig auch tatsächlich im Sinn der offenen Vereinsarbeit gehandhabt wird.

Fraktionssprecherin FDP, Selin López, FDP: Nur ganz kurz: Wir begrüßen die Antwort des Gemeinderates. Wir sehen, dass hier schon Leistungen erbracht werden und dass eben auch Ausnahmen gemacht werden von diesen CHF 1'000 gemäss den Ausführungen.

Wir waren einfach ein bisschen erstaunt, dass es überhaupt so weit gekommen ist, dass es diesen Vorstoss gegeben hat. Wir hatten das Gefühl, das hätte man auch schlanker machen können. Das vielleicht noch als kleine Ergänzung. Denkt doch an die Effizienzsteigerung im Parlament.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Gibt es weitere Fraktionsvoten? Das ist nicht der Fall. Gibt es weitere Einzelvoten? Das ist auch nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat das Wort?

Gemeinderat Hans-Peter Kohler, FDP: Merci, nur ganz kurz: Ich bin sehr froh, dass wir uns jetzt einig sind und es ist mit diesen höheren Beiträgen wirklich möglich. Uns war es einfach auch wichtig zu zeigen, dass wir dies eigentlich erst gerade hier drin hatten, dass man dies geändert hat und dass man dies jetzt nicht wieder hinterfragt. Aber man hat sich gefunden und da bin ich sehr froh und wir werden hier Lösungen finden, weil diese Tausend nicht sakrosankt sind, so wie es hier geschrieben ist.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Géraldine Boesch, wünschst du das letzte Wort?

Erstunterzeichnerin, Géraldine Boesch, SP Frauen: Vielen Dank noch einmal für die Antwort, Hans-Peter Kohler.

Noch kurz zur Effizienzsteigerung und wäre das nicht auch anders möglich gewesen: Das Ding ist, die Vereine, das sind Laien, das sind nicht Juristinnen und Juristen, diese sind auf die Beratung, die sie von der Verwaltung bekommen, angewiesen. Und natürlich geht es um Effizienzsteigerung im Parlament, da sind wir uns alle einig, aber es geht auch um Effizienzsteigerung für die Vereine, damit sie weniger

administrative Arbeit haben. Und es geht auch um eine Effizienzsteigerung für die Verwaltung. Und die Gespräche, wie sie bisher gelaufen sind, dass man versucht hat, händeringend andere Lösungen zu finden, um diesen – man hat das eben so kommuniziert - fixen CHF 1'000 Betrag irgendwie zu kompensieren, das hat ebenfalls sehr viele Ressourcen gebunden. Jetzt mit dieser Klärung wird es andere Lösungen geben, von daher bin ich sehr froh, dass wir dies für die Vereine und auch für die Verwaltung so klären konnten.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Damit schliessen wir die Diskussion. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates, die in den Voten nicht bestritten wurden. Daher verzichte ich auf eine Abstimmung und erkläre die Anträge des Gemeinderates als genehmigt.

Beschluss

Die Motion wird erheblich erklärt und abgeschrieben.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigend)

PAR 2025/67

V2506 Motion (EVP-glp-Mitte-Fraktion, Grüne/junge Grüne-Fraktion) „Förderung von Photovoltaik-Anlagen in der Gemeinde Köniz“

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Vorstosstext

Der Gemeinderat unterbreitet dem Parlament eine Vorlage, bzw. Vorschläge zur Förderung von Photovoltaik Anlagen in der Gemeinde. Dabei trägt er insbesondere dem Bedarf an Winterstrom und dem begrenzten finanziellen Spielraum der Gemeinde Rechnung. Er stützt sich dabei auf die Erfahrungen aus anderen Gemeinden.

Begründung

Im Herbst 2024 wurde Köniz zum vierten Mal als «Energistadt Gold» ausgezeichnet. Dabei liegt das Hauptgewicht der Förderung von Wärmeverbünden und Fernwärmenetzwerke (z.B. Wärmeverbund Schlieren), insbesondere für Planung und Bau.

Bezüglich Solarstrom liegt Köniz dagegen trotz Wachstum im Rückstand: Gemäss energiereporter.ch (Zugriff: 18.2.2025) wird in Köniz erst 7.8 % des realisierbaren Solar-Potenzials auf Dachflächen bereits für die Stromproduktion mit Photovoltaik (PV) Anlagen genutzt. Zum Vergleich: Biel liegt gemäss derselben Quelle bei 8.3 %, Ittigen bei 8.7 %, Thun bei 9.6 %.

Für eine Förderung von solchen Projekten verweist die Gemeinde ausschliesslich auf die regionalen, kantonalen Stellen, bzw. Bundesstellen. Direkte kommunale Fördermöglichkeiten oder Erleichterungen z.B. als Anreiz für die Erstellung einer Photovoltaikanlage bietet die Gemeinde bisher nicht an. Auch die Informationen, die auf koeniz.ch verfügbar sind, wirken nicht sehr übersichtlich und teilweise nicht mehr aktuell.

Andere Gemeinden wie Ittigen, Thun, Aarau, Bulle, Muri-Gümligen, Epalinges, Freiburg (FR), Freienbach, Stabio, Thalwil, Kloten, oder Winterthur kennen dagegen PV-Förderprogramme. Die Gemeinde Köniz kann auf den Erfahrungen dieser Gemeinden und auf öffentlich verfügbaren Empfehlungen wie sie beispielsweise auf energiestadt.ch oder energieberatungbern.ch aufbauen. Diese Quellen zeigen auch kostengünstige Möglichkeiten, um die Installation einer Solaranlage attraktiver zu machen (z.B. hinsichtlich Beratung, Bewilligungsprozess und Überbrückung).

Im Jahr 2026 wird auf Bundesebene das neue Energiesgesetz in Kraft treten. Dieses ermöglicht den lokalen Handel von Strom. Auf kantonomer Ebene hat die Stimmbewölkerung dem Gegenvorschlag zur Solarinitiative zugestimmt. Auf diese neuen Entwicklungen soll auch Köniz reagieren.

Eingereicht

17.03.2025

Unterschrieben von 25 Parlamentsmitgliedern

Andreas Hauser, David Müller, Selin López, Klaus von Muralt, Roger Tanner, Sara Gasser, Christina Aebischer, Urs Mumenthaler, Matthias Müller, Katja Streiff, Toni Eder, Roland Akeret, Fabienne Marti Locher, Sandra Röthlisberger, Bülent Celik, Rahel Gall, Géraldine Boesch, Janka Hamm, Arlette Mürger, Mayra Faccio, Monika Röthlisberger, Lukas Erni, Laura Hoffman, Brigitte Rohrbach, Casimir von Arx

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag (siehe Beilage 1).

2. Ausgangslage

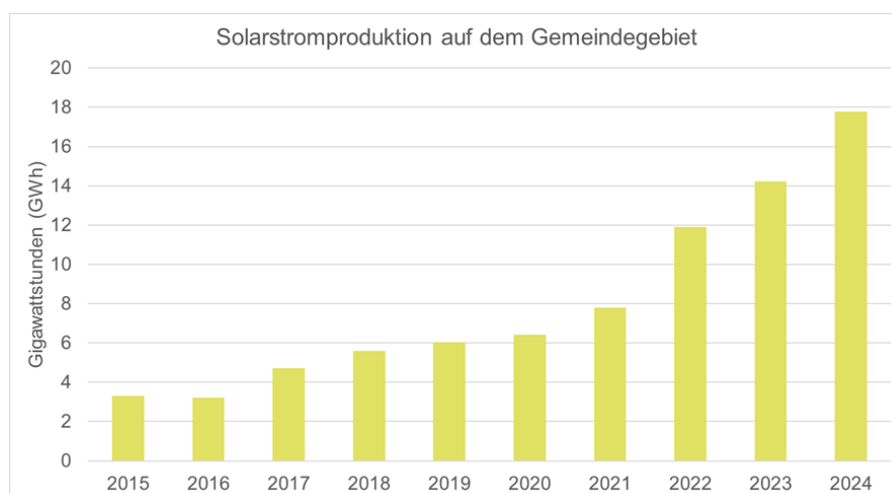
Die Solarenergie ist zusammen mit der Windkraft die kostengünstigste und ökologischste Form der Stromproduktion⁴. Sie ist deshalb ein zentraler Baustein zum Erreichen der Klimaziele und einer ausreichenden, breit gefächerten, sicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung. Zur Beschleunigung des Solarenergieausbaus sind auf allen drei Staatsebenen Massnahmen in Planung oder in Umsetzung.

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion selbst liegt die grösste Herausforderung darin, den Ausbau möglich netzverträglich auszugestalten, um den teuren Stromnetzausbau zu begrenzen. Dafür sorgen neue Technologien in Effizienz und Speicherung sowie neue Möglichkeiten zur lokalen Nutzung des Solarstroms.

3. Aktueller Stand des Solarausbaus in Köniz

Im Jahr 2024 wurden in Köniz rund 18 Gigawattstunden (GWh) Solarstrom produziert, dies bei einem Gesamtstromverbrauch von 182 GWh. Im Jahr 2020 waren es noch 6.5 GWh Solarstromproduktion. Innert fünf Jahren hat sich die Produktion also fast verdreifacht. Per Ende 2024 waren in Köniz knapp 1'000 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 17.7 Gigawattpeak installiert.

Abbildung 1: Solarstromproduktion in Köniz seit 2015. Quelle: BKW.



Dennoch wird das technisch und wirtschaftlich realisierbare Potenzial auf den Dachflächen von Köniz erst zu 8.8 % genutzt (EnergieReporter, per 31. Mai 2025). Das Gesamtpotenzial liegt gemäss

⁴ Fraunhofer Institut, 2025: Stromgestehungskosten erneuerbarer Energien

sonnendach.ch des BFE bei 212 GWh pro Jahr⁵. Die Hinderungsgründe sind vielfältig. Sie lassen sich zusammenfassen in wirtschaftliche Gründe (zu hohe Investitionen bei zu langen Amortisationszeiten), bauliche und baukulturelle Gründe (technische Hemmnisse, Baudenkmäler), Hürden bei der Baubewilligung, Schwierigkeiten bei der Entscheidungsfindung (Eigentumsverhältnisse) oder schlicht unzureichendes Wissen über die Nutzung der Solarenergie. Die zu tiefe Einspeisevergütung, die zu tiefen Investitionsbeiträgen und das komplizierte Baubewilligungsverfahren wurden in diversen Studien als die Haupthemmnisse genannt⁶.

Nimmt man das kantonale Ziel von 3'400 Gigawattstunden im Jahr 2035⁷, so müssten in Köniz bis 2035 rund 150 GWh Solarstrom produziert werden, was einen Ausbau um Faktor 8 bedeutet. Die aktuelle Ausbaurate von 3.5 GWh pro Jahr reicht nicht, um die Ausbauziele zu erreichen. Sie müsste auf 12.3 GWh pro Jahr steigen.

4. Geplante Massnahmen

Um den Ausbau der Solarenergie zu beschleunigen, hat der Gemeinderat im Klimamassnahmenpaket vom März 2024 zahlreiche Massnahmen aufgeführt.

Für das Gemeindegebiet:

Massnahme	Aktueller Stand der Umsetzung
1.1.1 / 1.2.1 Energievorschriften in der baurechtlichen Grundordnung	Behandlung im Rahmen der Motion V2513 "Die Gemeinde Köniz nutzt ihr Solarpotenzial"
1.3.1 Revision des Richtplans Energie (...)	Die Vorbereitungsarbeiten sind am Laufen. Wo möglich und sinnvoll, werden Solarenergiethemen darin behandelt.
1.7.1 Potenzialstudien zu Fassaden-PV und PV-Flächen auf Infrastrukturanlagen (z.B. auf Parkplätzen, Lärmschutzwänden)	Start im 2026
1.7.2 Prüfung Begünstigung und Steuerungsmöglichkeiten für mehr Winterstromproduktion.	Start im 2026; Hinweis: Das Förderregime des Bundes wurde dahin gehend bereits optimiert.
1.7.3 Potenzialstudie ZEV und LEG und Prüfung von Unterstützungsmöglichkeiten im Bereich ZEV/LEG	Dies wird im Rahmen des Projektes "Energieverbund Mittelhäusern" abgehandelt (siehe Kapitel 6).
1.7.4 Einforderung und Umsetzung PEQ bei der Abgabe von gemeindeeigenem Bauland im Baurecht (Daueraufgabe)	Aktuelle Beispiele: Baufeld F, Ried und Rappentöri in Köniz.
1.7.5 Prüfung von Möglichkeiten zur Beteiligung Dritter an Solaranlagen (Beteiligungsmodelle)	Start im 2026
4.5.1 / 4.5.2 / 4.5.3 Diverse Massnahmen im Bereich der zielgruppenspezifischen Information und Kommunikation im Energie- und Klimabereich	An Informationsveranstaltungen und Workshops wird spezifisch auf das Thema Solarenergie eingegangen. Diese Formate haben sich bewährt und werden fortgeführt. Die Website wird hinsichtlich der Solarenergienutzung ausgebaut. Artikel im INNERORT wurden und werden spezifisch zum Thema Solarenergie und Netzausbau verfasst. Zusätzlich werden Videos produziert und auf Social Media und der Website publiziert.

Für die Gemeindeverwaltung:

⁵ Wirtschaftlich und technisch realisierbares Potenzial. Dachflächen >10m², 70 % Belegung mit PV-Modulen mit einem Wirkungsgrad von 20 %

⁶ Bspw. [Stadt Zürich/ETH Zürich, 2025: Studie zu Entscheidungen bezüglich PV-Anlagen bei Dachsanierungen oder Neubauten in der Stadt Zürich; S. 26](#)

⁷ [Aktualisierte Energiestrategie 2006 des Kantons Bern; S. 29.](#)

Massnahme	Aktueller Stand der Umsetzung
1.6.1 Potenzialanalysen für Produktion und Speicherung an Gebäude und Infrastrukturflächen- und anlagen der Gemeinde durchführen bzw. aktualisieren	Start im 2026; Abklärungen werden objektspezifisch laufend gemacht. Neue Themen wie Batteriespeicher und LEG werden mitgedacht (z.B. beim Werkhof).
1.6.2 Prüfung Finanzierungs- und Betreibermodelle (Contracting) und Beteiligungsmodelle (Bürgerbeteiligungen) für Solaranlagen	Start im 2026
Realisierung und Unterhalt der Anlagen, Monitoring (Daueraufgabe)	Daueraufgabe. Bei Neubauten und Dachsanierungen werden grundsätzlich PV-Anlagen installiert. Heute sind auf gemeindeeigenen Dächern 19 Solaranlagen mit einer Leistung von insgesamt 685 kWp in Betrieb.

5. Finanzielle Förderung von Solaranlagen

Solaranlagen werden heute vom Bund finanziell gefördert. Die finanziellen Mittel stammen von der Bundesabgabe auf den Strom (2.3 Rp./kWh). Die Förderung wird über die Pronovo AG abgewickelt. Das Förderregime ist mittlerweile sehr komplex geworden. Eine Übersicht zeigt die folgende Abbildung von Swissolar:

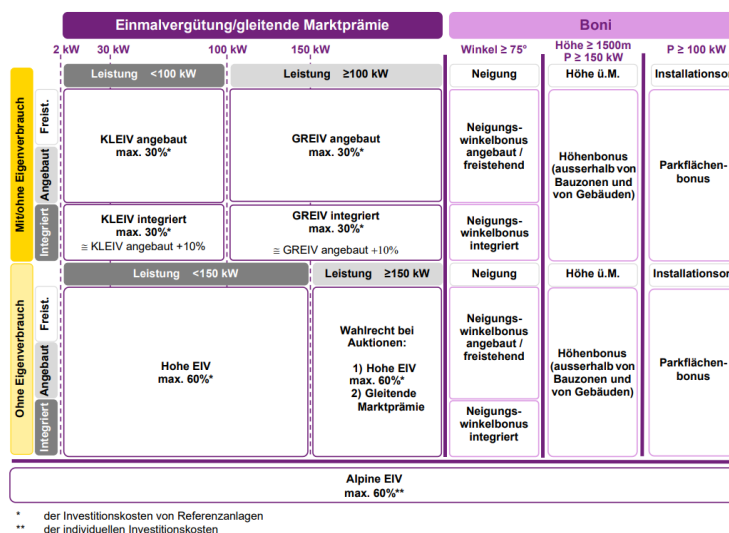


Abb. 1: Übersicht der Fördermittel für Photovoltaik-Anlagen. EIV=Einmalvergütung; KLEIV= Kleine Einmalvergütung; GREIV= Grosse Einmalvergütung. Quelle: Swissolar

In diesem Förderregime erhalten stark geneigte Anlagen einen Bonus. Damit wird die Winterstromproduktion zusätzlich gefördert. Die Gemeinde ihrerseits kann ihre PV-Anlagen auf die Winterstromproduktion optimieren. Dieser Strom wird in Zukunft sehr wertvoll werden.

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass eine zusätzliche finanzielle Förderung durch die Gemeinde angesichts der komplexen und dynamischen Förderlogik des Bundes und aufgrund von beträchtlichen Mitnahmeeffekten nicht sinnvoll ist. Vielmehr sollen marktwirtschaftliche und regulatorische Rahmenbedingungen für mehr Investitionsanreize sorgen. Solche Anreize wurden mit dem "Gesetz über die sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien" (Mantelerlass) geschaffen und müssen nun den Weg in die Praxis finden:

- Ermöglichung von virtuellen Zusammenschlüssen zum Eigenverbrauch (vZEV)
- Ermöglichung von Lokalen Elektrizitätsgemeinschaften (LEG; ab. 1.1.2026)⁸
- Minimalvergütung für den eingespeisten Solarstrom von PV-Anlagen⁹

⁸ Eine anschauliche Übersicht von ZEV, vZEV und LEG bietet die Website <http://www.lokalerstrom.ch>

⁹ Für Anlagen <30 kWp gibt es ab dem 1.1.2026 mindestens 6 Rp./kWh. Für Anlagen von 30 kWp bis 150 kWp mit Eigenverbrauch wird die Minimalvergütung berechnet mit der Formel 180 geteilt durch Leistung in kWp

- Netzentgeltbefreiung für Batteriespeicher
- Baubewilligungsfreiheit für genügend angepasste Fassaden-Solaranlagen (voraussichtlich ab 1.7.2026)

Auf Kantonsebene tritt voraussichtlich per 1.1.2026 der Gegenvorschlag zur Solarinitiative in Kraft. Geeignete Dächer von Neubauten müssen ab dann vollständig mit Solaranlagen ausgerüstet werden¹⁰.

Neben den genannten regulatorischen Rahmenbedingungen werden der weiter voranschreitende Preiszerfall für PV-Module und der Batterien für einen weiteren Ausbau sorgen.

Nicht zuletzt hat das Parlament mit dem Beschluss des Klimaschutzreglements am 19. Juni 2023 festgehalten, dass die finanziellen Mittel aus der Spezialfinanzierung Klimaschutz für "Massnahmen der Gemeinde" reserviert sind. Die finanzielle Förderung von privaten Vorhaben über die Spezialfinanzierung Klimaschutz ist deshalb grundsätzlich nicht möglich (möglich sind Entnahmen für Pilot- und Demonstrationsanlagen; vgl. Art. 8 Abs. 2 Klimaschutzreglement).

6. Reallabor "Energieverbund Mittelhäusern"

Um die Machbarkeit einer 100 % erneuerbaren Energieversorgung für Strom, Wärme und Mobilität unter den neuen Rahmenbedingungen des Mantelerlasses zu prüfen, hat die Abteilung Umwelt und Landschaft eine Studie in Auftrag gegeben. Das übergeordnete Ziel besteht darin, die Energieversorgung für die Könizer Bevölkerung insgesamt günstiger als heute, ökologischer und sicherer zu machen.

Aufgrund der Grösse, der Siedlungsstruktur und den netztopologischen Eigenschaften eignet sich der Ortsteil Mittelhäusern für eine solche Machbarkeitsstudie. Sofern die Machbarkeit aus technischer und wirtschaftlicher Sicht gegeben ist, soll in einem zweiten Schritt ein Reallabor entstehen.

Die Studie beleuchtet insbesondere den Einfluss eines massiven PV-Ausbaus auf das Stromnetz. Sie soll Lösungsvarianten aufzeigen, um die Netzausbaukosten zu begrenzen. Die BKW Power Grid ist deshalb Partnerin des Projekts.

Die Erkenntnisse aus der Machbarkeitsstudie und dem Reallabor sollen dazu genutzt werden, das Modell auf die ganze Gemeinde auszuweiten. Die Resultate der Studie werden für Ende September 2025 erwartet.

7. Fazit

Die Massnahmen der Gemeinde und die neuen Rahmenbedingungen auf Kantons- und Bundesebene werden der Solarenergie einen weiteren Schub verleihen. Dabei ist das Gelingen der Energiewende nicht nur von der Menge des Solarstroms abhängig, sondern auch von der Integration dieses Stromes in das öffentliche Netz.

Der Gemeinderat sieht aufgrund der finanziellen Förderung durch den Bund keinen Nutzen durch eine zusätzliche finanzielle Förderung der Solaranlagen und damit auch keinen Bedarf für ein entsprechendes Förderreglement. Stattdessen sollen die geplanten Massnahmen konsequent weiterentwickelt und umgesetzt werden. Insbesondere bei den LEG sieht der Gemeinderat ein grosses Potenzial zur Förderung des PV-Ausbaus.

Der Gemeinderat ist bereit, dem Parlament innerhalb von zwei Jahren einen Bericht über die Umsetzung der Massnahmen und den Ausbau der Solarenergie vorzulegen und die Motion als Postulat anzunehmen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

(Beispiel: $180 / 50 \text{ kWp} = 3.6 \text{ Rp./kWh}$). Für Anlagen von 30 kWp bis 150 kWp ohne Eigenverbrauch beträgt die Minimalvergütung 6.2 Rp./kWh.

¹⁰ Siehe neuer Art. 39 Kantonales Energiegesetz; Dächer unter 50m² sind davon ausgenommen.

Köniz, 6. August 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 5. Mai 2025

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Traktandum 8, V2506, Motion EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Grüne/Junge Grüne Fraktion; «Förderung von Photovoltaikanlagen in der Gemeinde Köniz». Das ist eine Beantwortung der Direktion Umwelt und Betriebe. Das Wort hat der Erstunterzeichner.

Erstunterzeichner, Andreas Hauser, GLP: Mit der Photovoltaik geht es aufwärts in Köniz. Im Februar, als wir die Motion formuliert haben, war das Potenzial auf den Dachflächen gemäss Energiereport erst zu 7,8% ausgeschöpft. Im Mai, als offenbar die Fachleute der Gemeinde nachgeschaut haben, waren es bereits 8,8%. Jetzt sind wir bei 9,7%. Andererseits: Knapp 10%, ist noch weit weg von 100% und bei den Fassaden besteht noch mehr Bedarf.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat für seine sorgfältige Analyse und für die sinnvollen Massnahmen, die er anpackt. Einiges läuft bereits, viel Wichtiges ist ab 2026 geplant. Der Kurs stimmt. Inhaltlich folgen wir dem Gemeinderat. Auch wir wollen keine zusätzliche finanzielle Giesskanne. Der Motionstext verlangt dann auch kein solches finanzielles Förderinstrument. Die Gemeinde kann aber als Katalysator wirken, beraten, Player zusammenbringen. Die aktuelle Machbarkeitsstudie im Mittelhäusern ist dafür ein positives Beispiel. Und damit meine ich einfach diesen Auftrag, den die Gemeinde hier gegeben hat. Die Studie wurde ja heute publiziert, ich habe sie noch nicht gelesen, ich kann mich nicht zu dieser Studie äussern.

Der Motionstext ist offen formuliert, so dass der Gemeinderat grossen Spielraum hat. Wir halten deshalb an der Motion fest. Der Unterschied zum Postulat: Das Signal, das wir geben, ist stärker. Der Gemeinderat wird ab 2026 neu zusammengesetzt sein. Ich bitte euch, mit einem «Ja» zur Motion ein klares «weiter so» mit auf den Weg zu geben.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Frage an den Gemeinderat: Gibt es neue Erkenntnisse oder Ergänzungen zum schriftlichen Bericht? Das ist nicht der Fall. Gibt es Voten aus den Fraktionen?

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, David Müller, Grüne: Schon bald, wir haben es vorhin von Andreas gehört, hat auch Köniz 10% des Solarpotenzials auf den hiesigen Dächern ausgenutzt. Das ist eine gute Nachricht. Die schlechte Nachricht ist, dass damit Köniz immer noch hinter dem kantonalen und auch deutlich hinter dem nationalen Durchschnitt zurückliegt.

Ich möchte dem Gemeinderat und den zuständigen Personen in der Verwaltung für die gute Übersicht zur Ausgangslage in der Gemeinde Köniz danken. So ist zum Beispiel zu lesen, dass wir, um unseren Anteil zu den nationalen Ausbauzielen als Gemeinde Köniz zu leisten, die Ausbauraten von 3,5 GWh pro Jahr auf 12,3 GWh erhöhen müssen. Der Zubau müsste also in den nächsten zehn Jahren mehr als dreimal so schnell erfolgen als bis jetzt. Anders als alarmierend, kann man das nicht beschreiben. Gerade deshalb verstehe ich auch das Fazit der Antwort des Gemeinderates nicht, dass eine zusätzliche Förderung der Solarenergie auf kommunaler Ebene abgelehnt wird. Klar, auch auf übergeordneter Ebene hat sich in letzter Zeit einiges bewegt, aber einfach zu hoffen, dass das jetzt reicht, scheint mir doch ein bisschen ein frommer Wunsch zu sein. Zumindest bei bestehenden Bauten – und dort liegt ja das grosse Potential - gibt es weiterhin viel zu tun. Auch andere Gemeinden haben eine ergänzende kommunale Förderung. Im Kanton Bern weiss ich zum Beispiel von Lyss, Bremgarten, Bern, Ittigen und es gibt sicher auch noch andere. Die Gemeinden können sich dabei auch direkt an übergeordneten Fördermechanismen orientieren, zum Beispiel, dass man eine Pronovo-Bestätigung vorlegen muss oder Ähnliches und so der administrative Aufwand für die Gemeinde auch klein gehalten werden kann.

Im Fokus für die zusätzliche Förderung sehe ich insbesondere folgende Anlagen, für die weiterhin grössere planerische, aber auch ökonomische Hürden bestehen, als für Standardanlagen, wenn man es so nennen will, auf dem Dach.

1. Fassadenanlagen und andere vertikale Solaranlagen

1. Solaranlagen, die aus Gründen des Denkmalschutzes besondere Anforderungen erfüllen müssen.
2. Ich finde, dass auch eine Förderung der Erstellung von Batterien bzw. Quartiers speichern in Kombination mit PV-Anlagen zumindest geprüft werden müsste.

Bei diesen genannten Punkten – auch wenn die Motion das nicht explizit und ausschliesslich fordert – möchte ich trotzdem auch eine Lanze für ein stärkeres finanzielles Engagement der Gemeinde brechen, denn genau da könnte der Unterschied gemacht werden.

Jetzt habe ich einige Sachen kritisiert, aber positiv zu nennen ist z.B. auch die in der Antwort ersichtliche finanzielle Förderung von Pilot- und Demonstrationsanlagen und auch das Potential im Bereich CEF und LEG sollten unbedingt, wie es der Gemeinderat eben auch schreibt, weiterverfolgt werden.

Sehr erfreulich ist auch die vom Erstunterzeichneten bereits erwähnte Studie in Mittelhäusern, bei welcher ich natürlich auch sehr gespannt bin, die Ergebnisse noch zu lesen.

Sehr zu begrüßen sind eben auch die Massnahmen, die im Jahr 2026 geplant sind: Potentialstudien Windenergie und so weiter. Diese würden ja dann auch beste Voraussetzungen bieten, ein kommunales Förderreglement zu ergänzen. Das noch als Nebenbemerkung.

Generell kann neben der finanziellen Förderung, aber eben auch, wie das der erste Unterzeichner schon gesagt hat, auch sonst Unterstützung von Privaten geleistet werden beim Ausbau der Solarenergie.

Ich kürze hier ein bisschen ab, ihr habt es vorhin schon gehört. Aus unserer Sicht heisst es aber klar: Das Eine tun, das Andere nicht lassen. In dem Sinn sind wir seitens Grüne und Junge Grüne für die Aufrechterhaltung der Motion, denn das Potential ist gross und wir hinken dem Ausbauziel deutlich hinterher.

Fraktionssprecher SVP, Reto Zbinden, SVP: Guten Abend noch einmal, ich beginne mit einem Zitat von meinem Votum zur damaligen Debatte über die Klimastrategie: Gemäss Strategie will die Gemeinde vor allem auf Regulierung, Vorschriften und Gesetze setzen, das widerstrebt der SVP-Fraktion grundlegend. Wir würden uns wünschen, dass die Gemeinde stattdessen Vorbild ist und Privatpersonen und Unternehmen unterstützt, statt behindert.

Unglaublich, aber vielleicht hat der Gemeinderat damals tatsächlich zugehört. Die Antwort auf den Vorstoss lässt ein bisschen darauf schliessen und die Medienmitteilung zum Energieverbund Mittelhäusern, die uns heute erreicht hat, hat mich auch sehr gefreut. Denn diese bestätigt nämlich das Votum auch ein bisschen. Die Gemeinde unterstützt hier und genau so sollte es sein. Die Privaten, die Politik und das Gewerbe ziehen an einem Strick und auch noch in die gleiche Richtung - alles auf freiwilliger Basis. Das kann ein Könizer Aushängeschild sein, weit über die Gemeindegrenzen hinaus, das sich dann auch noch hochskalieren lassen würde. Ich wünsche den Verantwortlichen auf jeden Fall viel Erfolg und bin auch gerne bereit, dort einen Beitrag zu leisten.

Jetzt zur vorliegenden Motion: Wir danken dem Gemeinderat für die ausführlichen und klaren Antworten. Der Gemeinderat zieht ein klares Fazit, er verzichtet aber etwas darauf, Klartext zu sprechen.

Der erste Punkt: Es werden die kantonalen und nationalen Förderinstrumente betont. Was man nicht sagt: Diese Motion ist schlicht und einfach nicht stufengerecht, das wäre nämlich die genaue Aussage zu dem, was wir hier vorlegend haben. Wie erwähnt, wird das Anliegen in anderen Geschäften und im Klimamassnahmenpaket bereits adressiert - ich frage mich ein bisschen, wie viele Vorstösse es denn noch braucht, denn jeder neue Auftrag produziert vor allem Personal, Papier und verzögert eigentlich die Umsetzung, wir haben damit kein einziges Kilowatt mehr Strom produziert.

Was kann der Gemeinde wirklich machen? Eben mehr solche Projekte wie in Mittelhäusern unterstützen, welche möglichst breit abgestützt sind. Dann den Handlungsspielraum punkto Baubewilligung vollständig ausnützen: Wir haben im Grossrat in den letzten Jahren viele Vorstösse überwiesen, welche die Bauregulierungen lockern sollen, damit die Hauseigentümer einfacher Photovoltaikanlagen montieren können. Ich habe diese zum Beispiel auch immer unterstützt, das würde ich super finden, wenn wir dort auch in Köniz noch einen Schritt in diese Richtung machen können, damit das auch für die Leute, die wollen, wirklich möglich ist und es einfacher wird, das umzusetzen.

Dann Lastenmanagementspeicher, intelligente Steuerungen: Man hat es vorhin schon gehört, Zusammenschluss zu Eigenverbrauch und neu eben dieses LEG – lokale Energie- und Elektrizitätsgemeinschaften – das ist für Köniz eine Riesenchance, da sich solche auch über das ganze Gemeindegebiet erstrecken lassen. Da sehe auch ich ein riesiges Potenzial, wenn dort die Gemeinde unterstützt.

Sehr zentral ist auch der Winterstromanteil zur Höhe des PV-Stroms, denn im Sommer haben wir effektiv schon jetzt genug und werden sicher in Zukunft genug haben - wir brauchen Winterstrom. Leider geht der Vorstoss nicht wirklich auf die Unterstützungen ein, sondern er fordert vor allem, Könizer Steuergelder mit zusätzlichen Subventionsschlaufen zu verteilen und das lehnen wir natürlich ab. Wenn schon finanzielle Mittel, dann müsste man vielleicht noch einmal über den Klimafonds und dessen Reglement sprechen. Ich glaube nämlich, auch hier haben wir etwas überreguliert und haben jetzt einfach Geld in einem Topf, statt dass man Massnahmen ergreifen würde, die schnell wirken.

Dann noch zur Aussage, es gehe zu wenig, es gehe nichts: Nein, das stimmt wirklich nicht. Wir hatten den Gegenvorschlag zur Solarinitiative im Kanton, diesen haben wir angenommen, auch mit meiner Unterstützung, jetzt lässt uns diesen zuerst einmal umsetzen. Auch der Bundesrat hat gerade letzte Woche wieder bekannt gegeben: Die Klimapolitik nach 2030, da ist eine Revision des CO₂-Gesetzes im Fokus. Es hat diverse Massnahmen drin, zum Beispiel beim Emissionshandel - da frage ich mich doch sehr, wohin das führt - aber es geht wirklich etwas. Diese Aussage, es gehe nichts, das stimmt schlicht und einfach nicht und man braucht manchmal einfach etwas Zeit. Gerade in der Politik kann man nicht alles von heute auf morgen ändern.

Und zum Schluss noch ein Punkt – die Berner Solarinitiative: Die Könizer haben auch hier mit 58% «Nein» gesagt. Dieses Signal sollte man vielleicht auch einmal etwas beachten, bevor man dann wieder mit dem nächsten Vorstoss kommt.

Gut, der Gemeinderat will das jetzt als Postulat annehmen. Er hat eigentlich schon eine sehr klare und ausführliche Antwort gegeben, darum, wenn schon annehmen, dann kann man es auch gleich abschreiben, ich beantrage hier die Mitabschreibung und danke für die Aufmerksamkeit.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Ich halte fest, dass die Abschreibung beantragt ist.

Fraktionssprecher FDP, Dominic Amacher, FDP: Vieles wurde bereits gesagt, jetzt auch noch von Reto Zbinden, was wir als FDP auch teilen.

Es geht jetzt primär darum, die Frage zu stellen, wie viel diese Förderung denn überhaupt kostet? Das wissen wir heute einfach noch nicht. Es ist eine Art Blankoscheck, welchen wir hier beschliessen. Wir können nicht sagen, wer das dann genau hier am Schluss bezahlt.

Der finanzielle Spielraum ist knapp, das ist auch etwas, das Fakt ist und für uns als FDP war vor allem der Grund, also das, was uns aufgefallen ist, das es einmal mehr auch die Bürokratie ist, welche uns hier bremst. Wenn man sieht: Bundesstufe, Kantonsstufe und jetzt haben wir noch ein Reglement oder etwas auf der Gemeindestufe zu fördern – irgendwann bremsen wir uns einfach dann auch aus. Und das wollen wir nicht, wir müssen einfach vorwärts machen, dort, wo man etwas machen kann. Die Gemeinde hat gewisse Sachen schon in den Weg geleitet, wir haben den Massnahmenkataloge gesehen und wir hätten mitgeholfen, das Postulat zu überweisen, aber an der Motion halten wir nicht fest und würden diese ablehnen und unterstützen gleichzeitig auch den Antrag der SVP.

David Müller, Grüne: Ich möchte noch etwas zum SVP-Votum sagen: Auf der nationalen Ebene, es würde da schon viel gehen. Das ist etwas sehr positiv formuliert, wenn man schaut, wo wir stehen, was die Ziele sind, dann besteht ein Riesengap. Das, was im Moment das CO₂-Gesetz auf nationaler Ebene bewirkt – zugegeben, ein bisschen ketzerisch zusammengefasst – könnte man sagen, es ist mehr oder weniger das Gleiche vom bisherigen, abgesehen von dem, was die EU geändert hat und wir jetzt übernehmen. Also die Vorreiterrolle sieht definitiv anders aus.

Dann Kantonal: Ja, die Solarinitiative wurde abgelehnt, was man aber vielleicht auch sagen kann, der Gegenvorschlag wurde äusserst deutlich angenommen und wenn ich mich nicht ganz falsch erinnere, dann wäre das sehr schwer als Votum gegen zusätzliche Anreize, wie es so schön heisst, für den Solarausbau zu interpretieren. Also das als Argument vorzubringen, dass man hier nichts machen sollte, verstehe ich hinten und vorne nicht.

Und dann noch zum Blankoscheck von Seite FDP: Anders formuliert könnte man auch sagen, der Gemeinderat hat Spielraum für eine Umsetzung, die eben Sinn ergibt.

Andreas Hauser, GLP: Nur ganz kurz: Es wurde jetzt viel in den Vorstoss hineininterpretiert. Ich bitte euch einfach den Vorstosstext zu lesen. Es heisst da zum Beispiel: «Eine Vorlage bzw. Vorschläge zur Förderung» und auch in der Begründung ist genau beschrieben, wie breit die Umsetzungsmöglichkeiten sind. Also es gibt hier kein Korsett und es ist kein vorgespurtes Instrument. Wenn der Gemeinderat eines vorschlagen würde, dann würde das wieder hier ins Parlament hinein kommen.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Gibt es weitere Einzelvoten? Keine. Wünscht der Gemeinderat das Wort?

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne: Ihr habt es in den Unterlagen lesen können, in den letzten fünf Jahren hatten wir eine Verdreifachung der Solarstromproduktion in Köniz. Aber, das muss man auch sagen, es hat sich zwar etwas verlangsamt, aber doch, da ist wirklich viel gegangen in den letzten fünf Jahren. Wir sind jetzt, wie erwähnt, auf etwa 10% des Stroms, welchen wir verbrauchen, also es wird 18 Gigawattstunden Solarstrom produziert und Köniz als Gemeinde verbraucht 182 Gigawattstunden. Wir decken also bereits 10% unseres Verbrauchs.

Es wurde ebenfalls erwähnt: Auf Bundesebene haben wir eine massgebliche und auch sehr komplexe Förderung der Solaranlagen, das seht ihr in dieser komplizierten Darstellung in den Unterlagen, und es gibt neue Möglichkeiten des CEF, des virtuellen CEF und neu ab 1. Januar 2026, also ab anfangs nächsten Jahres, die Möglichkeit der lokalen Elektrizitätsgemeinschaft. Da komme ich dann noch darauf zurück.

Der Kanton, da haben wir auch ab 1. Januar 2026, dann tritt der Gegenvorschlag zur Solarinitiative in Kraft. Damit geeignete Dächer von neuen Gebäuden über 50m² vollständig mit Solaranlagen ausgerüstet werden müssen. Das wird auch einen Effekt haben. Und auf Gemeindeebene, da haben wir euch auch im Detail aufgelistet, was wir alles für Massnahmen im Rahmen des Klimamassnahmenpakets planen. Und da will ich doch eine Massnahme noch besonders hervorheben: Ihr habt es gesehen, die Medienmitteilung von heute, diese Machbarkeitsstudie Energieverbund Mittelhäusern, ein Modell für die Schweiz, heisst es dort noch. Ich kann vielleicht den Inhalt ganz kurz zusammenfassen: Es wird dort untersucht, ob sich Mittelhäusern zu 100% mit erneuerbarer Energie versorgen könnte, auch wenn die ganzen noch fossilen, Heizungen, Mobilität und was KMU's brauchen, wenn man das auch mit Strom decken würde. Also der Stromverbrauch würde in Mittelhäusern deutlich zunehmen bis 2050. Aber es zeigt, das kann man mit lokalem Solarstrom decken, zusammen mit der 50% der Wasserkraft, die wir schon installiert haben in der Schweiz. Das ist der eine Teil der Studie und der Andere zeigt auch, ob man mit dieser lokalen Elektrizitätsgemeinschaft, ob das eine Lösung wäre, dass man diese in Mittelhäusern wirtschaftlich betreiben könnte, so, dass Produzenten von Solarstrom leicht höhere Abnahmepreise für den produzierten Strom bekommen und gleichzeitig, dass die Stromkunden, die dort mitmachen, den Strom ein bisschen günstiger und eben ökologischer, weil lokal und von der Sonne produziert, beziehen können. Und die Studie zeigt, ja, das ist möglich, das ist sozusagen eine Win-Win-Situation. Was diese Studie noch etwas einzigartig macht ist, und das hat bisher niemand so richtig untersucht und war jetzt auch hier kein Thema: Man sagt einfach immer, so viel Solarstrom wie nur möglich. Bis 10% geht das vielleicht, aber wenn wir dann viel höher sind, dann bekommen wir ein Problem mit dem Netz. Es kann dann sein, dass man sehr, sehr teure Netzausbauten machen muss. Klar, die kann die BKW dann auf die Allgemeinheit abwälzen, aber das gibt dann schon auch volkswirtschaftliche Kosten. Und deshalb sollte man schauen, wie man den Solarausbau macht, damit das nicht sehr hohe Netzausbaukosten zur Folge hat. Und auch hier gibt diese Studie sehr spannende Antworten und auch Beispiele, wie man das machen könnte. Zum Beispiel mit dezentralen Batteriespeicher, das würde in vielen Fällen die teuren Netzausbauten erübrigen. Aber damit das möglich wäre, bräuhete es noch einige Änderungen der Rahmenbedingungen.

Ich komme noch zu den einzelnen Voten: Ja, Andreas Hauser, Köniz ist weit weg von den 100%. Wir hinken auch im nationalen Mittel ein bisschen hinterher, aber das ist so bei den Agglomerationen und noch mehr bei den Städten, das ist einfach der schwierigen Bebauungssituation geschuldet, der dichten Bebauungssituation. Es ist viel einfacher, in einer ländlichen Gemeinde die grossen Bauernhausdächer zu decken, dann kommt man schnell auf einen höheren Anteil.

Merci, für deine Einschätzung, dass der Kurs, den wir eingeschlagen haben in Köniz und in der Verwaltung, dass dieser stimmt, und ich gehe mit dir einig, dass wir keine Giesskanne in der Förderung von Photovoltaikanlagen wollen, das ist das letzte, was wir wollen. Und so argumentieren wir auch, es ist bei dieser komplexen Förderstruktur, welche der Bund bereits hat, ein bisschen schwierig, dass die Gemeinde hier auch noch mitfördert. Die Gefahr von Mitnahmeeffekten ist hier riesig. Da muss man ganz genau hinschauen, dass es keine Mitnahmeeffekte gibt.

David Müller, du hast noch geschildert, wo sich die Gemeinde noch mehr engagieren könnte. Zum Beispiel bei Fassadenanlagen. Ja, diese sind sinnvoll, diese produzieren im Verhältnis mehr Winterstrom als Sommerstrom im Vergleich zu normalen Photovoltaikanlagen. Aber die werden jetzt schon von der Bundesförderung her neu bevorzugt, diese bekommen einen etwas höheren Satz. Von daher muss man jetzt auch beobachten, wie sich das entwickelt. Es wurden auch die Einschränkungen auf Bundesebene gelockert. Batterien oder Quartierspeicher, ich glaube, das muss man ein bisschen im Zusammenhang sehen und da würde ich eigentlich von der BKW ein Entgegenkommen erwarten, wenn

sie schon nicht teure Netzausbauten machen, dass sie zumindest im Gegenzug diese Batteriespeicher fördern könnten, aber da wäre eigentlich die BKW in der Pflicht, denn mit dem könnten sie sehr viele Netzausbauten sparen und das wäre volkswirtschaftlich absolut sinnvoll.

Zu Reto Zbinden: Da habe ich eigentlich das Wichtigste schon gesagt. Ich bin mit dir einig, ich sehe auch in diesen lokalen Elektrizitätsgemeinschaften eine grosse Chance, dass man es auf rein marktwirtschaftlicher Ebene hinbringt, wenn sich solche LEG's bilden und wenn sich Private engagieren, dass es möglich ist, für den Solarstrom ein bisschen mehr zu zahlen und zu ermöglichen, dass die Strombezügler ein bisschen weniger zahlen müssen. Diese Win-Win-Situation müssten wir erreichen, nicht nur in Mittelhäusern, sondern in ganz Köniz. Und das zeigt auch diese Studie, sie würde sich auf ganz Köniz ausdehnen lassen.

Ja, ich bitte euch darum, also der Gemeinderat empfiehlt oder beantragt, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird, denn wir würden euch sehr gerne in zwei Jahren in einem Bericht zeigen, wie sich die ganzen neuen Förderungen auf allen Ebenen, wie sich das konkret beim Ausbau der Photovoltaik umgesetzt hat.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Andreas Hauser, wünschst du das letzte Wort? Das ist nicht der Fall, dann ist die Debatte geschlossen.

Beschluss

Abstimmung über Erheblicherklärung

Die Motion wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 24 Stimmen dafür, 11 Stimmen dagegen)

Abstimmung über Antrag der SVP-Fraktion auf Abschreibung

Das Parlament lehnt die Abschreibung ab.

(Abstimmungsergebnis: 25 Stimmen gegen die Abschreibung, 11 Stimmen für Abschreibung)

PAR 2025/68

V2505 Postulat (Grüne, Junge Grüne-Fraktion, GLP-EVP-Mitte-Fraktion, SP Juso-Fraktion) „Windenergie in Köniz“

Beantwortung und Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird gebeten,

1. das Potenzial und die Machbarkeit von Windkraftanlagen an geeigneten Standorten zu prüfen.
2. das Potenzial für privat betriebene Kleinwindkraftanlagen in geeigneten Ortsteilen zu prüfen.

Begründung

Windenergie ist eine der günstigsten, saubersten und effizientesten Formen der Energieerzeugung. Sie reduziert nicht nur die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und fördert die regionale Wertschöpfung, sondern erhöht auch die Versorgungssicherheit durch eine dezentrale Energieproduktion. Sie ist ein wesentlicher Baustein der Energiewende und wird in vielen Ländern erfolgreich genutzt, um eine klimafreundliche und unabhängige Energieversorgung sicherzustellen. Sie ist eine ideale Ergänzung zur Solarenergie.

Die Schweiz und der Kanton Bern haben sich Klimaziele gesetzt und streben den Ausbau der Windenergie an. Dennoch schreitet dieser nur langsam voran. Um den Ausbau zu fördern und potenzielle

Lücken in der Stromversorgung aus eigener Produktion zu schliessen, braucht es lokale Initiativen, die konkrete Möglichkeiten prüfen und vorantreiben. Köniz verfügt aufgrund seiner Topografie über potentiell interessante Standorte, wie beispielsweise den Ulmizberg oder die Zingghöchi.

Windkraftprojekte generieren oft Widerstand, basierend auf Bedenken wegen Lärmbelastung, Vogel-schlag und der Sorge um das Landschaftsbild. Auch das sogenannte NIMBY-Phänomen („Not in my backyard“ – „nicht in meinem Garten“) bremsst viele Vorhaben, selbst wenn die Mehrheit der Menschen Windenergie grundsätzlich begrüssen.

Die geforderte Prüfung der Windenergie in Köniz beinhaltet deshalb die Abklärung der planungsrechtlichen Möglichkeiten sowie folgende Aspekte: Energiepotenzial, Wirtschaftlichkeit, bestehende oder zu schaffende Netzanbindung, bestehende oder zu schaffende Transportinfrastruktur, potentielle Standortkonflikte, potentielle Lärmbelastung, potentielle ökologische Auswirkungen und Auswirkungen auf das Landschaftsbild.

Sofern die Machbarkeitsstudie positive Resultate zeigt, soll Köniz ein klares YIMBY-Signal („Yes in my backyard“ – „ja, in meinem Garten“) setzen und zeigen, dass auch in der Region Köniz Bereitschaft besteht, zur Energiewende beizutragen.

Köniz, 17.3.2025 / Christina Aebischer

Eingereicht

17.03.2025

Unterschrieben von 27 Parlamentsmitgliedern

Christina Aebischer, Andreas Hauser, Isabelle Steiner, Monika Röthlisberger, Matthias Müller, Laura Hoffman, David Müller, Klaus von Muralt, Sara Gasser, Lukas Erni, Selin López, Mayra Faccio, Rahel Gall, Urs Mumenthaler, Géraldine Boesch, Janka Hamm, Brigitte Rohrbach, Arlette Münger, Bülent Celik, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Franziska Adam, Fabienne Marti Locher, Roland Akeret, Katja Streiff, Toni Eder, Casimir von Arx

Antwort des Gemeinderates

1. Ausgangslage

Heute produzieren Windenergieanlagen in der Schweiz lediglich 0.2 % (170 GWh) des Schweizer Strombedarfs. Die 47 grossen Windenergieanlagen versorgen etwa 45'000 Haushalte mit erneuerbarem Strom. Gemäss den Energieperspektiven des Bundes soll die Stromproduktion aus Windkraft bis 2050 rund 10 % des Schweizer Strombedarfs decken, vor allem im Winter, wenn die Solaranlagen weniger Strom produzieren¹¹. Die Windenergieanlagen leisten somit einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zu den Klimazielen der Schweiz und damit auch für Köniz.

Das Potenzial für Windenergie wird in der Schweiz jedoch nur ungenügend genutzt. Oft scheitern Projekt für Windparks an lokalen Widerständen, wie jüngste Beispiele in Tramelan, Sonvilier, Vechigen, Wohlen oder Kirchlinten zeigen. Umso wichtiger ist es, die Standorte für Windenergieparks aus einer überregionalen Perspektive sorgfältig abzuklären, Interessen abzuwägen und die Bevölkerung frühzeitig miteinzubeziehen.

2. Arten der Windenergieanlagen und Bewilligungsverfahren

2.1 Kleinwindanlagen

Technische Eigenschaften und Verwendungszweck

Kleinwindanlagen (KWA) werden meist für den privaten Gebrauch für die Stromproduktion eingesetzt. Kleinstwindanlagen oder Mikrowindanlagen mit einer Nennleistung bis max. 1.5 kW sind meist Vertikalachsenanlagen und werden auf Gebäuden oder privaten Freiflächen aufgestellt. Als Mindestanforderungen werden in der Literatur 4.5 m/s Durchschnittsgeschwindigkeit genannt (Windgeschwindigkeiten in Köniz siehe Abb. 1 in der Beilage 1). Eine hilfreiche Lektüre hat der Kanton Zürich zu den Kleinst-

¹¹ Quelle: EnergieSchweiz

und Kleinwindanlagen herausgegeben¹². Der Bund empfiehlt im "Windkonzept Schweiz" (S. 10)¹³, Kleinwindanlagen nur im Siedlungsgebiet oder bei fehlendem Netzanschluss zu realisieren.

Bewilligungsverfahren

Kleinstanlagen sind als Nebenanlage zu einem Gebäude baubewilligungsfrei, wenn der Rotor-Durchmesser kleiner als 2.0 m, die Gesamthöhe (inkl. Rotor) unter 2.50 m und der Grenzabstand ab Rotoraussenbegrenzung für Nebengebäude eingehalten sind. Windenergieanlagen auf Gebäuden und alle übrigen Windenergieanlagen sind baubewilligungspflichtig.

KWA bis zu einer Höhe von 30 m können als Einzelanlage auch ohne Grundlage in der Richt- und Nutzungsplanung als zonenkonforme Anlage bewilligt werden. Sie sind in der Regel nur im Nahbereich von bestehenden grösseren Bauten und Anlagen zulässig, insbesondere bei fehlendem Netzanschluss. Ausserhalb der Bauzonen müssen die Baugesuchsunterlagen eine qualifizierte Interessenabwägung ermöglichen. Alternativ-Standorte sind zu prüfen und zu dokumentieren.

Wirtschaftlichkeit und finanzielle Förderung

Für KWA belaufen sich die spezifischen Investitionskosten zwischen 3000.- und 10'000.- CHF pro kW Leistung (Bericht Kanton Zürich, 2025). Zum Vergleich: Für eine PV-Anlage (Klasse zwischen 2-10 kWp) betragen die Investitionskosten um die CHF 3'000.- pro kWp. Die Wirtschaftlichkeit von KWA hängt wie bei der Photovoltaik von vielen Faktoren ab, namentlich von den Windverhältnissen, von den Strompreisen und vom Eigenverbrauchsanteil. KWA erhalten keine finanzielle Förderung durch den Bund. Wird der Strom ins Netz eingespeist, vergütet der Verteilnetzbetreiber gemäss den gültigen Einspeisetarifen.

2.2 Grosswindanlagen in Windparks

Technische Eigenschaften und Verwendungszweck

Grosswindanlagen (GWA) haben eine Nabenhöhe von über 30 Metern. Heutige Windräder sind bis zu 250 m hoch bei einer Nabenhöhe von bis zu 160 m und haben eine Leistung zwischen 4 und 6 MW. Sie produzieren – je nach Windverhältnissen - etwa 6 GWh Strom pro Jahr, was dem Stromverbrauch von etwa 1700 Haushalten entspricht. 70 % erzeugen sie im Winterhalbjahr.

Bewilligungsverfahren

Die Festlegung von geeigneten Gebieten für die Nutzung der Windenergie ist Sache der Kantone. Das eidg. Energiegesetz verpflichtet die Kantone, geeignete Gebiete für die Wasser- und Windkraftnutzung in ihren Richtplänen festzusetzen. GWA sind gemäss der Kantonalen Wegleitung zu den Windenergieanlagen an geeigneten Standorten zu Windparks mit mindestens drei Windturbinen zusammenzufassen. Bei der Standortwahl kommen eine Vielzahl von Eignungs- und Ausschlusskriterien zur Anwendung, wie beispielsweise das Windangebot, der Abstand zum bebauten Gebiet (Lärm), der Landschafts- und Kulturgüterschutz, die Flugsicherheit oder die Naturschutzinteressen von Bund, Kanton und Gemeinde.

¹² Bericht Kanton Zürich, 2025: <https://www.zh.ch/content/dam/zhweb/bilder-dokumente/themen/umwelt-tiere/energie/energieplanung/Bericht%20Kleinwindanlagen%202025.pdf>

¹³ ARE 2020, Windkonzept Schweiz

Im Rahmen der kantonalen und regionalen Richtplanung und der nachgelagerten grundeigentümergebundenen Nutzungsplanung werden die massgeblichen Konflikte bereinigt, die Standortfragen geklärt und eine Abwägung der öffentlichen Interessen vorgenommen. Der Kanton Bern bezeichnet im Richtplan sogenannte Windenergieprüfräume, die von den Regionalkonferenzen resp. Regionen konkreter überprüft werden müssen. Die Ergebnisse der daraus entstehenden regionalen Windenergieplanungen werden als Windenergiegebiete in den kantonalen Richtplan übernommen und ersetzen dort die entsprechenden Prüfräume. Für die Gemeinde Köniz wurde im Kantonalen Richtplan weder ein Windenergiegebiet noch ein Windenergieprüfraum ausgewiesen (siehe Abb. 1).

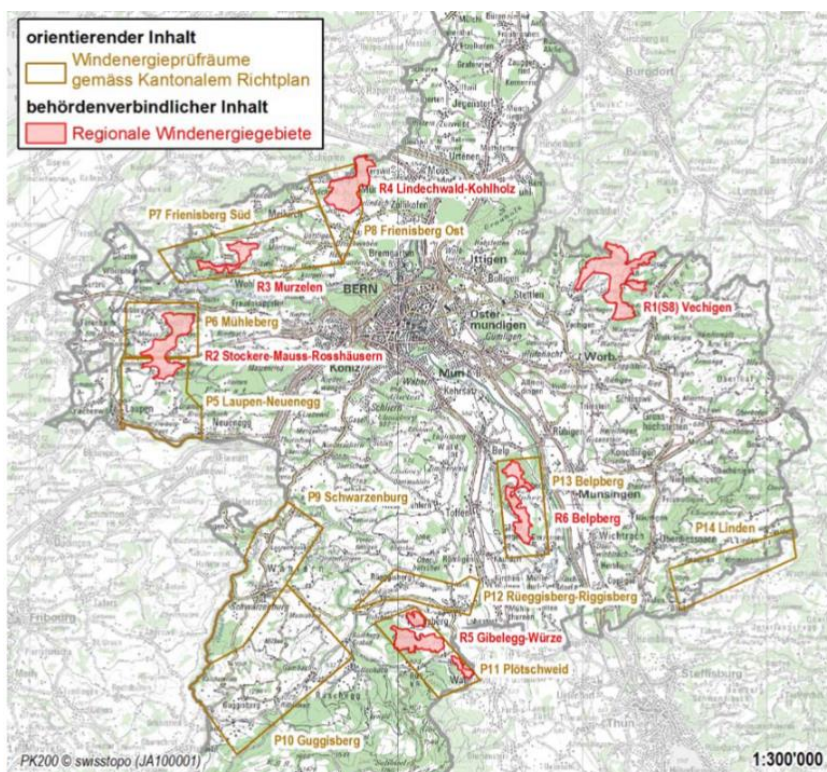


Abbildung 2: Windenergieprüfräume und regionale Windenergiegebiete.

Wirtschaftlichkeit und finanzielle Förderung

Zusammen mit der Photovoltaik haben GWA die tiefsten Stromgestehungskosten aller Stromproduktionstechnologien¹⁴. Auch bei GWA ist die Wirtschaftlichkeit von vielen Faktoren abhängig.

GWA werden finanziell vom Bund gefördert (Investitionsbeiträge, Projektierungsbeitrag, Gleitende Marktpremie). Gefördert werden nur Anlagen, die in den kantonalen Richtplänen verankert sind.

Neue Windenergiegebiete sind zwar grundsätzlich möglich, sie müssen aber innerhalb der kantonalen Windenergieprüfräume liegen. Es sei denn, die durchschnittliche Windgeschwindigkeit beträgt mindestens 4.5 m/s (100 m über Boden). Weitere Kriterien für die Aufnahme neuer Windenergiegebiete in den Kantonalen Richtplan sind im Massnahmenblatt C21 ersichtlich (Beilage 2).

Im nachgelagerten Baubewilligungsverfahren kann sich die Baubewilligungsbehörde auf die Prüfung der Gesetzeskonformität beschränken. Für Anlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 5 MW ist ausserdem eine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig.

3. Windpotenzial in Köniz

Die Kartendarstellung "Abbildung 1" in der Beilage 1 veranschaulicht die Windgeschwindigkeiten über 4.5 m/s in Köniz auf 100m Höhe über Boden (pro Hektar). Die Windgeschwindigkeiten wurden auf Grundlage von Messungen modelliert. Sie unterliegen einer grossen Unsicherheit (+/- 0.8 m/s) und müssen vor Ort mit Messungen verifiziert werden.

Auffallend sind die durchschnittlichen Windgeschwindigkeiten auf dem Gurten (ca. 5.5 m/s), auf dem Ulmizberg (ca. 5.6 m/s), auf dem Grossgschneit (ca. 5.4 m/s), auf der Zingghöchi (ca. 5.3 m/s), dem

¹⁴ Fraunhofer Institut, 2024: <https://www.ise.fraunhofer.de/de/veroeffentlichungen/studien/studie-strom-gestehungskosten-erneuerbare-energien.html>

Bursthofer (ca. 5.4 m/s) oder dem Mengestorfberg (5.3 m/s). Das theoretische Potenzial nimmt jedoch deutlich ab, wenn die bewaldeten Flächen, die bebauten Gebiete mit einem Pufferabstand und alle Schutzinteressen von Bund, Kanton und Gemeinde überlagert werden (siehe Abbildung 3 in der Beilage 1). Einzig zwischen Herzwil und Liebewil stünde eine genügend grosse Fläche für einen Windpark zur Verfügung. Ob ein Windpark aus technischer und wirtschaftlicher Sicht machbar wäre, wurde im Rahmen dieser Berichterstattung jedoch nicht geprüft.

Windparks in Wäldern sind zwar theoretisch ebenfalls möglich, angesichts der vielfältigen Funktionen des Waldes und den hohen Hürden für Waldrodungen steht der Gemeinderat einem solchen Vorhaben aber kritisch gegenüber.

Die Windgeschwindigkeiten steigen mit der Höhe über dem Boden und sinken mit der Rauigkeit des Bodens, verursacht durch das Terrain, die Gebäude oder Bäume. Insofern erstaunt es nicht, dass die modellierten Windgeschwindigkeiten in den Siedlungsgebieten tiefer sind als auf den Anhöhen (siehe Abbildung 4 in der Beilage 1). Die Ergiebigkeit von Kleinanlagen ist deshalb begrenzt. Ganz allgemein sind grosse Anlagen an geeigneten Standorten den Klein- und Kleinanlagen vorzuziehen, weil der Ertrag überproportional zum Anstieg des Rotordurchmessers steigt.

4. Fazit

Der Gemeinderat anerkennt die Windenergie als einen wichtigen Pfeiler der erneuerbaren Stromversorgung, insbesondere für den Winter. Das Potenzial ist für Klein- und Grosswindanlagen in Köniz in wenigen Gebieten vorhanden, im Vergleich zu Standorten im Jura oder in den Voralpen und Alpen jedoch von untergeordneter Bedeutung. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass für die Grosswindanlagen nur eine überregionale Planung zum Erfolg führt. Sie sollten deshalb in den richtplanerisch verankerten Windenergiegebieten im Kanton Bern realisiert werden. Für diese Gebiete wurde eine Potenzialstudie durchgeführt und die Interessen von Energieversorgung, Umwelt- und Landschaftsschutz abgewogen. Sofern für Köniz bei einer Revision des Kantonalen Richtplans ein Windprüfraum ausgeschieden werden sollte, unterstützt der Gemeinderat die Prüfung im Rahmen seiner Möglichkeiten.

Die geforderte Machbarkeitsprüfung gemäss Punkt 1 des Postulats verursacht hohe Kosten und ist aus Sicht des Gemeinderats nicht stufengerecht. Mit dem vorliegenden Bericht sieht der Gemeinderat das Anliegen der Urhebenden des Postulats als erfüllt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Postulat wird erheblich erklärt.
2. Das Postulat wird abgeschrieben.

Köniz, 6. August 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Kartenserie Windpotenzial in Köniz
- 2) Massnahmenblatt C21 Kantonaler Richtplan

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: V2505 Postulat Grüne/Junge Grüne-Fraktion, EVP-GLP-Mitte-Fraktion, SP/JUSO-Fraktion, «Windenergie in Köniz». Das ist eine Beantwortung der Direktion Umwelt und Betriebe, wobei auch hier ein Antrag auf Abschreibung vorliegt. Das Wort hat die Erstunterzeichnerin, Christina Aebischer.

Erstunterzeichnerin, Christina Aebischer, Grüne: Wir danken dem Gemeinderat für die fundierte und informative Antwort inklusive extra erstellter GIS-basierter Windkarte. Damit ist die Ausgangslage zum ersten Mal dargelegt und gibt uns im Parlament eine erste Diskussionsgrundlage über das Potential von Windenergie. Der Umstieg auf erneuerbare Energie geht voran, aber das geht langsam oder auch nicht so langsam, wie wir zuvor gehört haben und die Windenergie kann in unseren Breitengraden sehr komplementär zur Solarenergie sein.

Im Grundsatz gehen wir mit dem Gemeinderat einig: Die Windenergie ist in der Schweiz stark unternutzt und auch in Köniz gibt es ein grosses Potential, es gibt laufend technische Verbesserungen sowohl bei Kleinwindanlagen wie auch bei Grossanlagen und es gibt aber auch verschiedene Zuständigkeiten und verschiedene Interessen, die man gegeneinander abwägen muss.

Bevor man aber überhaupt zu dem Punkt kommt, bei welchem es um die Interessensabwägungen konkret geht, muss auf der Basis des neusten Standes der Windkrafttechnologie abgeklärt werden, wo denn überhaupt genug Wind bläst.

Mit der vorliegenden Antwort des Gemeinderates haben wir für das Potential in Köniz einige erste Anhaltspunkte, aber wir finden, mit dem Postulat sind noch nicht alle Fragen ausreichend und abschliessend geklärt oder nicht genug geklärt, um es gerade abzuschreiben. Für einen eruierten potentiellen Standort zwischen Liebewil und Herzwil hat es noch gar keine weiterführenden technischen und wirtschaftlichen Abklärungen gegeben und so ist aus unserer Sicht der Auftrag dieses Postulats noch nicht erfüllt. Es wird auch gesagt, dass die geforderten Abklärungen gemäss Punkt 1 hohe Kosten verursachen. Uns würde interessieren, wie hoch die Kosten etwa sind, da hätten wir gerne mehr Klarheit. Und die Finanzierung einer Machbarkeitsstudie muss ja auch nicht allein bei Köniz liegen. Es gibt durchaus Möglichkeiten zu initiieren, dass das durch die kantonale Behörde oder die Regionalkonferenz übernommen oder wenigstens mitfinanziert wird.

So wie wir das lesen, wurde auch bis dato seitens des Gemeinderates kein spezifischer Dialog und keine Absprache mit dem Kanton und/oder der Region gemacht und es ist uns auch zu wenig klar, wann denn die Windenergieplanung überhaupt überarbeitet werden soll. Es ist klar, dass der Bau beim Kanton und der Regionen liegt und es ist ja heute auch kein Windenergieprüfgebiet in Köniz vorgesehen. Das heisst aber aus unserer Sicht nicht, dass Köniz nicht aktiv werden darf, denn gut für die Energiewende wäre es allemal.

Unser Fazit ist: Wir danken für die erste Information, aber es braucht mehr. Uns ist bewusst, es ist noch ein langer Weg für Abklärung, Planung und erst recht Umsetzung. Aber damit überhaupt jemals in Köniz ein Plan Richtung Windenergie entstehen könnte, sind wir der Meinung, dass man nächste Schritte machen sollte. Deshalb möchten wir das Postulat erheblich erklären und wir möchten es noch nicht abschreiben und wir bitten die anderen Fraktionen darum, uns dabei zu unterstützen, dass nach dem ersten Schritt nicht bereits gleich wieder das ganze Windthema in Köniz ad acta gelegt wird.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Frage an den Gemeinderat: Gibt es neue Erkenntnisse oder Ergänzungen zum schriftlichen Bericht? Das ist nicht der Fall. Gibt es Voten aus den Fraktionen?

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Andreas Hauser, GLP: Wir reden über einen der coolsten Vorstösse dieser Legislatur. «Yes, in my Backyard» statt «Not in my Backyard». Eine positive Grundhaltung gegenüber der Windenergie statt schlecht gelauntem Gärtli-Denken.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion hat das Postulat der Grünen mit Freude miteingereicht. Der Gemeinderat hat uns eine fundierte Beantwortung geliefert, sie erfüllt in unseren Augen bereits das Anliegen des Postulats, das Potential zu prüfen.

Zumindest ich habe dabei einiges dazu gelernt, beispielsweise über Kleinwindanlagen. Die Antwort zeigt allerdings leider, dass es zum jetzigen Zeitpunkt wenig aussichtsreich wäre, die Gemeindeverwaltung mit vertieften Arbeiten zu beauftragen. Besser, sie fokussiert ihre begrenzten Ressourcen im Moment auf andere erneuerbare Energien. Sollte sich die Situation ändern, insbesondere seitens Kantons, sind wir aber dafür mit anzupacken.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die engagierte Antwort und folgt seinen Anträgen, das Postulat für erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Fraktionssprecher SVP, Reto Zbinden, SVP: Der Gemeinderat liefert eine solide faktenbasierte Antwort und beantragt das Postulat erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Das macht absolut Sinn: Wir sind nämlich schon wieder nicht stufengerecht unterwegs. Die Planung von grossen Windanlagen ist kantonal und überregional zu lösen. In Köniz sind weder Windenergiegebiete noch Prüfräume im Richtplan ausgeschieden und eine eigenständige Machbarkeitsstudie der Gemeinde wäre nun wirklich einfach unglaublich teuer und eben nicht stufengerecht.

Für Köniz gibt es punktuelle Orte, wo genug Wind da wäre: Ulmizberg oder Zingghöchi, aber dort geht es eben wegen dem Waldschutz und Siedlungsflächengebiet nicht. Bleibt also noch Herzwil und Liebewil, was bereits genannt wurde. Das ist eine hochgeschützte Umgebung von Ortsbildern von nationaler Bedeutung. Ich kann es wirklich fast nicht glauben, dass man genau dort einen Windpark aufstellen sollte, also das hat bei mir doch ein bisschen Kopfschütteln ausgelöst. Dann bleiben eigentlich ja nur noch Kleinwindanlagen, die einfach nicht wirtschaftlich sind, geringe Erträge bringen und sehr hohe spezifische Kosten haben.

Ich verzichte jetzt auf die allgemeinen Einwände zur Windenergie. Wir brauchen aber definitiv mehr planbaren, speicherbaren Winterstrom, am besten aus Wasserkraft und hier einmal die Blockade zu lösen, würde vermutlich mehr bringen, als an solchen Orten wie hier, Windkraftwerke aufstellen zu wollen.

Merci für die gute Antwort des Gemeinderates und unbedingt abschreiben.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Gibt es weitere Fraktionsvoten? Das sieht nicht so aus. Gibt es Einzelvoten? Auch nicht. Wünscht der Gemeinderat das Wort?

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne: Danke vielmals für die vielen Blumen, die ich für die Antworten bekommen habe. Ich werde sie an die verantwortlichen Leute in der Verwaltung weiterleiten. Ich denke, in diesen Voten, die ihr jetzt gehalten habt, ist das ganze Spektrum schon aufgerollt und erklärt. Ich kann da nicht mehr viel beisteuern als das, was ihr schon gesagt habt und was in der Antwort steht.

Ich denke, was herauskommt ist: Wir haben nur sehr wenig Gebiete, wo es überhaupt denkbar ist, dass es dann vielleicht mal als kantonales Prüfgebiet ausgeschieden würde. Und der Gemeinderat ist einfach der Meinung, das ist so unwahrscheinlich, dass es sich jetzt nicht lohnt, hier noch vertiefte Abklärungen zu machen im Gebiet zwischen Liebewil und Herzwil. Da teilt der Gemeinderat auch die Meinung von Reto Zbinden, dass das vermutlich wenige Chancen hat, zwischen diesen geschützten Ortsteilen, damit man hier einen Windpark einrichten könnte. Und ihr habt es vielleicht gelesen, ein Windpark heisst immer mindestens drei Turbinen und diese sind dann einfach sehr hoch.

Von daher empfiehlt euch der Gemeinderat, das anzunehmen und abzuschreiben. Doch sobald sich auf kantonomer Ebene oder sonst in übergeordneten Rahmenbedingungen etwas ändern würde, wäre ich der Erste oder vielleicht auch meine Nachfolge – das wird dann wahrscheinlich meine Nachfolge betreffen – dann müsste man dies sicher wieder neu anschauen, denn ihr habt gesehen, wir haben das Potential in Köniz für Windenergie und ja, das ist eine sehr gute Ergänzung zur Photovoltaik.

Und wenn man in diesen Gebieten die Windenergie nutzt – Zingghöchi und Ulmizberg, wo auch immer, da ist alles aufgelistet – dann könnte man das noch einmal aufrollen. Aber jetzt bitte ich euch, dem Gemeinderat zu folgen und den Vorstoss anzunehmen und auch abzuschreiben.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Christina Aebischer, wünschst du das letzte Wort? Das ist nicht gewünscht. Dann schliessen wir die Debatte und kommen zum Antrag des Gemeinderates.

Beschluss über Erheblicherklärung

Das Postulat wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 31 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung)

Beschluss über Abschreibung

Das Postulat wird abgeschrieben.

(Abstimmungsergebnis: 26 Stimmen für Abschreibung, 9 Stimmen gegen Abschreibung, 1 Enthaltung)

PAR 2025/69

V2520 Dringliche Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) „Auftrag der Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte (KOP)?“

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was sind die Aufgaben der Fachstelle KOP?
2. Welche Projekte betreut die Fachstelle KOP zurzeit und welche Arbeiten erledigt sie dabei konkret?
3. Welches ist die Rechtsgrundlage für die Ansiedlung der Fachstelle KOP in der DPF (vgl. a bis i unten)?
4. In welche Richtung beabsichtigt der Gemeinderat, die Fachstelle KOP weiterzuentwickeln?
5. Leitet der Gemeinderat aus den aktuellen Tätigkeiten der Fachstelle KOP Bedarf für eine Reorganisation ab, beispielsweise für Stellenverschiebungen zwischen den Direktionen?

Begründung

Seit rund acht Jahren besteht die Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte (Fachstelle KOP). Gemäss der damaligen Medienmitteilung vom 27. Februar 2017 wurde die Stelle «aufgrund zahlreicher anstehender Grossprojekte» geschaffen und ihr Zweck bestand in der «Sicherstellung der internen Koordination, damit sich eine Person um das Management der Gesamtprojekte kümmern kann» sowie in der Schaffung einer «zentrale[n] Anlaufstelle für die externen Partner im Sinne einer Bauherrenvertretung».

Inzwischen hat sich das Aufgabengebiet gewandelt. Gemäss dem Jahresbericht 2024 der GPK über die Verwaltungsbesuche¹⁵ betreut die KOP die Bildungsraumplanung, arbeitet bei der Weiterentwicklung der Tagesschulen und hat teils in Gebieten, die eigentlich einer anderen Direktion angegliedert sind, die inhaltliche Federführung. Dies führt zu den Fragen, in welche Richtung es mit der Fachstelle KOP weitergeht und ob aufgrund der bisherigen Erfahrung mit der Fachstelle KOP und ihren sich wandelnden Aufgaben Bedarf für eine Reorganisation ausgemacht werden kann.

Überdies ist zu fragen, ob die Tätigkeit der Fachstelle KOP im Verwaltungsorganisationsreglement¹⁶ (VOR) abgebildet ist. Das VOR regelt die Grundzüge der organisatorischen Gliederung der Gemeindeverwaltung und die Rechtssetzungskompetenz des Gemeinderats betreffend die Verwaltungsorganisation sowie Kompetenzen und Zuständigkeiten. Art. 4 VOR («Direktion Präsidiales und Finanzen») lautet wie folgt:

Die Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF) erfüllt die Aufgaben folgender Bereiche: Sekretariatsdienste zu Gunsten des Gemeinderates und des Gemeindeparlamentes, Standortförderung, Kommunikation, Rechtsdienst, Personal, Finanzen, Steuern, Finanzkontrolle, Kultur.

Demnach gibt das Parlament dem Gemeinderat vor, dass die Aufgaben der DPF auf folgende Bereiche umfassen:

- a) Sekretariatsdienste zu Gunsten des Gemeinderates und des Gemeindeparlamentes,
- b) Standortförderung,
- c) Kommunikation,
- d) Rechtsdienst,
- e) Personal,
- f) Finanzen,
- g) Steuern,
- h) Finanzkontrolle,
- i) Kultur.

¹⁵https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/23106/2025-06-16_T03_Jahresbericht%202024_Berichte%20GPK.pdf?fp=1.

¹⁶https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/12127/152_01_Verwaltungsorganisationsreglement.pdf?fp=1.

Begründung der Dringlichkeit

Informationen über die Ausweitung der Aufgaben der Fachstelle KOP wurde erst mit der Veröffentlichung des Jahresberichts der GPK bekannt. Somit konnte die Interpellation nicht früher eingereicht werden. In Zusammenhang mit Frage 3 ist denkbar, dass seitens Gemeinderat Missverständnisse über die organisatorische Regelungskompetenz des Parlaments bestehen. Dies gilt es möglichst schnell zu klären, da sonst der Handlungsspielraum des Parlaments verletzt wird.

Liebefeld, 16. Juni 2025

Sandra Röthlisberger

Eingereicht

16.06.2025

Unterschrieben von 15 Parlamentsmitgliedern

Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Fabienne Marti, Roland Akeret, Katja Streiff, Matthias Müller, Andreas Hauser, Sladjan Petrovic, Monika Röthlisberger, Christina Aebischer, Lukas Erni, Laura Hoffman, Toni Eder, Casimir von Arx, Reto Zbinden

Antwort des Gemeinderates

1. Frage 1: Was sind die Aufgaben der Fachstelle KOP?

Der Aufgabenbereich der Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte (im Folgenden FS KOP) ist in Art. 20 Abs. 4bis der Verwaltungsorganisationsverordnung (VoV) festgelegt. Gestützt auf diese Bestimmung nimmt die FS KOP folgende Aufgaben wahr:

- Interne und externe Gesamtkoordination bei Grossprojekten
- Zentrale Anlaufstelle für die externen Projektpartner im Sinne einer Bauherrenvertretung
- (Neutrale) Vermittlung bei Zielkonflikten innerhalb der Gemeinde
- Beitrag zum Knowhow Aufbau Projektmanagement

Beim Grossteil der Tätigkeiten handelt es sich um übergeordnete Koordinationsaufgaben im Auftrag des Gesamtgemeinderats bei grossen und/oder komplexen Projekten, bei denen mehrere Direktionen und Abteilungen der Gemeinde beteiligt sind. Die involvierten Direktionen und Abteilungen führen innerhalb des Gesamtprojekts die Teilprojekte in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich und sind hierfür verantwortlich. Häufig handelt es sich bei Grossprojekten um Arealentwicklungen oder Bauprojekte (z.B. Liebefeld Mitte, Ried-Papillon, Juch-Hallmatt, siehe Antwort 2), aber es kann auch andere Bereiche umfassen (z.B. strategische Planung Bildungsraum).

Die Funktion wurde auf Anregung der Kadersitzung (Sitzung aller Abteilungsleitenden) vom Gemeinderat im 2017 u.a. aufgrund der Erfahrungen im Grossprojekt Ried/Papillon geschaffen. Vor der Errichtung der FS KOP wurde die Gesamtkoordination im Ried/Papillon via Mandat durch eine externe Person wahrgenommen. Im 2017 waren zudem zahlreiche Grossprojekte in Planung (teilweise bereits in Realisierung) mit entsprechendem Koordinationsbedarf.

Die Gemeinde arbeitet seit Jahren zunehmend in direktionsübergreifenden Projektstrukturen und -organisationen. Mit der Errichtung der neuen Stelle sollte das Knowhow intern aufgebaut und sichergestellt und zugleich - im Vergleich zu externen Lösungen - Ressourcen eingespart werden. Die Gesamtkoordination ist eine klassische Querschnittsaufgabe, welche in grösseren Städten häufig von Generalsekretariaten oder Direktionsstäben übernommen wird. Die Gemeinde Köniz verfügt im Quervergleich über schlanke Verwaltungsstrukturen ohne Generalsekretariate, auch aus diesem Grund drängte sich die Schaffung einer Gesamtkoordination für Grossprojekte auf.

2. Frage 2 Welche Projekte betreut die Fachstelle KOP zurzeit und welche Arbeiten erledigt sie dabei konkret?

Die Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte beschäftigt sich gegenwärtig schwerpunktmässig mit folgenden Projekten und Aufgaben:

- Juch Hallmatt; Gesamtprojektkoordination
- Rappentöri; Gesamtprojektkoordination
- Ried-Papillon; Gesamtprojektkoordination
- Liebefeld Mitte; Erarbeitung Projektorganisation
- Strategische Planung Bildungsraum; Gesamtprojektkoordination

3. Frage 3 Welches ist die Rechtsgrundlage für die Ansiedlung der Fachstelle KOP in der DPF (vgl. a bis i unten)?

Die Tätigkeiten der Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte sind als Stabsaufgaben den Sekretariatsdiensten zu Gunsten des Gemeinderates zuzuordnen (Art. 4 Verwaltungsorganisationsreglement). Die FS KOP ist aus diesem Grund organisatorisch in die Stabsabteilung integriert. Über die konkreten Aufgaben/Aufträge an die FS KOP in den spezifischen Projekten und Vorhaben entscheidet stets der Gemeinderat (in der Regel via Genehmigung der Projektaufträge mit Projektorganisation), auf der Grundlage der Vorgaben der Projektmanagement-Weisung der Gemeinde Köniz.

4. Frage 4 In welche Richtung beabsichtigt der Gemeinderat, die Fachstelle KOP weiterzuentwickeln?

Der Gemeinderat hat gegenwärtig keine konkreten Pläne zur Weiterentwicklung der FS KOP. Der Bedarf für Gesamtkoordinationsaufgaben ist angesichts der grossen Anzahl von geplanten und laufenden Grossprojekten steigend.

5. Frage 5 Leitet der Gemeinderat aus den aktuellen Tätigkeiten der Fachstelle KOP Bedarf für eine Reorganisation ab, beispielsweise für Stellenverschiebungen zwischen den Direktionen?

Gegenwärtig leitet der Gemeinderat aus den aktuellen Tätigkeiten der FS KOP keinen Bedarf für eine Reorganisation ab.

Köniz, 6. August 2025

Der Gemeinderat

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: V2520, dringliche Interpellation der EVP-GLP-Mitte-Fraktion, «Auftrag der Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekt KOP». Das ist eine Beantwortung der Direktion Präsidiales und Finanzen.

Wünscht jemand die Diskussion? Die Diskussion ist gewünscht, wir stimmen ab. Wer ist für die Diskussion? Das sind mehr als 10 Stimmen, danke vielmals. Dann hat die Erstunterzeichnerin Sandra Röthlisberger das Wort, du hast 7 Minuten.

Sandra Röthlisberger, GLP: Bei diesem Vorstoss geht es darum nachzufragen, ob das Verwaltungsorganisationsreglement, kurz VOR, eingehalten und gelebt wird. Es geht um die Grundzüge der organisatorischen Gliederung der Gemeindeverwaltung. Das VOR wurde durch das Parlament beschlossen,

so wie alle anderen Reglemente der Gemeinde. Das ist unsere Rolle und in dem Sinn passt dieser Vorstoss heute zum Tag der Demokratie.

Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung. Um es vorwegzunehmen, ich bin weder von der Qualität der Antworten noch von den inhaltlichen Aussagen gänzlich befriedigt, sprich teilweise befriedigt. Die Fachstelle Koordination Grossprojekt, kurz KOP, ist bei der Direktion Präsidiales und Finanzen angesiedelt. Die DPF erfüllt ihre zugewiesenen Aufgaben und vertritt diese Geschäfte gegen innen und gegen aussen. Gemäss Antwort des Gemeinderates besteht die Rechtsgrundlage im Aufgabengebiet «Sekretariatsarbeiten zugunsten des Gemeinderates». Das ist argumentativ sehr dünn, wenn nicht sogar lächerlich.

Die KOP tätigt Aufgaben querbeet durch die Verwaltung und weit über das Organisatorische hinaus. Sie führt die Projekte zuweilen auch inhaltlich. Wir können das auch im Bericht über das Verwaltungsbuch der GPK nachlesen. Strategische Planung Bildungsraumplanung, Verhandlungen zum Schulvertrag mit Neuenegg inklusive Immobiliengeschäft. Sekretariatsarbeiten – come on. Nach welcher Logik ist denn die Zuständigkeit geregelt? Immer wenn die KOP einen Termin organisiert, ist folglich die Gemeindepräsidentin verantwortlich für das Geschäft. Ist das bei der Fachstelle Recht auch so? Jeder juristisch abgeklärte Sachverhalt ist dann in der DPF angesiedelt? Plötzlich ist die Vorsteherin der DPF, nämlich die Chefin über Kehrrecht und Schule, zuständig für die Schaffung von Wohnraum und für die Netto-Null-Klimabilanz. Das genau will das VOR nicht. Ich habe in der Vorgeschichte nachgeschaut und das Geschäft «Änderung des Verwaltungsorganisationsreglements» vom Juni 2009 recherchiert, das ist länger her, ich glaube, niemand ist mehr da, der damals dieses Geschäft behandelt hat.

Dort steht zum Beispiel: «Das Parlament war einst kritisch und lehnte es ab, die Bestimmung, Zitat «Der Gemeinderat, kann den Direktionen weitere Organisationseinheiten zuweisen» Zitat Ende, ins VOR aufzunehmen, weil es einen Freipass befürchtete. Der Gemeinderat versicherte dem Parlament: Ähnliches gilt für die Zukunft. Der Gemeinderat wird nicht von den Bereichen abweichen, die das Parlament und den fünf Direktionen zugewiesen hat. Es wird also keinesfalls zu Verschiebungen kommen, die den Festlegungen des Parlaments zuwiderlaufen.»

Der Gemeinderat scheint das vergessen zu haben. Im Gegenteil, die Antwort des Gemeinderates auf diesen Vorstoss enthält Passagen, die so klingen, als könnte man die Aufgaben der KOP dadurch rechtfertigen, dass der Gesamtgemeinderat oder auch Abteilungsleitende das wünschen. Ich zitiere noch einmal: «Über die konkreten Aufträge an die Fachstelle KOP ist in spezifischen Projekten und Vorhaben entscheidend stets der Gemeinderat.» Das ist aber irrelevant, wenn es um Rechtmässigkeit geht.

Der Gemeinderat und die Abteilungsleitenden müssen sich als Reglement halten. Sie können sich nicht darüber hinwegsetzen, auch nicht, wenn sie sich einig sind. Das ist nicht normal und das darf nicht sein und das lässt mich aufhorchen. Der Gemeinderat hat gegenwärtig auch keine konkreten Pläne zur Weiterentwicklung der Fachstelle KOP, obwohl auch dort in den Verwaltungsberichten nachzulesen ist, dass nicht alles so wie gewünscht läuft.

Ohne Justierung des Aufgabenbereichs bedarf es einer Revision des Reglements. Das Parlament kann diese Rechtsgrundlage schaffen, wenn es das will. Oder, so wie es jetzt ist, auf die Ausgewogenheit der Aufgabenverteilung innerhalb dieser fünf Direktionen Wert legen. Ausgewogenheit im Sinn von Checks und Balances, zum Beispiel auch im Sinn von Bestellerabteilungen und Erstellerabteilungen, beispielsweise beim Schulraum. Niemand ist gross, das ist in unserem System so gewollt, das ist normal in einer Demokratie

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen in unserer Funktion als Parlamentarier:innen wachsam sein. Wir schaffen Reglemente, die gelebt und eingehalten werden müssen.

Géraldine Boesch, SP Frauen: Danke vielmals, Sandra, für die Ausführungen. Ich denke, wir sind uns alle einig, dass Grossprojekte direktionsübergreifend angegangen und geplant werden müssen. Das ist das, was wir auch immer wieder fordern. KOP ist dafür da. Man kann diverse Fragen stellen, da bin ich auf jeden Fall dafür, dass man kritisch bleibt. Womit ich und auch wir als Fraktion ein Problem haben, das ist der Ton. Die Unterstellung, dass hier etwas nicht rechtmässig abläuft und dass man auch suggeriert, dass hier eine Art Machtkumulation stattfindet.

Gemeindepräsidentin Tanja Bauer, SP: Ich würde auch gerne zu dieser Interpellation Stellung nehmen und zur Aufgabe der Fachstelle KOP. Wir haben dargelegt, was die Aufgaben sind, wie auch was der historische Grund ist, wieso man diese KOP eingerichtet hat.

Ich möchte hier noch ganz kurz ausholen: Wir werden nämlich auch noch weiter über die Verwaltungsorganisation der Gemeinde reden. Ihr erinnert euch an die Motion der FDP, bei der es um eine effiziente Verwaltung geht. Da wird es einen Bericht geben, den wir noch in dieser Legislatur behandeln werden. Der Gemeinderat hat sich in der Zeit, seit welcher ich mit dabei bin, ausführlich mit der Organisation der

Gemeinde befasst. Es ist so, dass die Gemeinde ein bisschen ein Zwischending ist. Im Gegensatz zu den grossen Städten, die ganz gut ausgestaffierte Generalsekretariate haben und den kleineren Gemeinden, die einfach eine Geschäftsleitung haben, die so wie die Klammer ist, ist die Gemeinde Köniz dazwischen und ihr werdet es auch sehen in dem Bericht, den wir euch dann vorstellen, genau wie Thun. Es muss also ein bisschen an unserer Grösse zwischen ganz gross und klein liegen, dass wir dort in dieser Grössenordnung Strukturen finden müssen. Und eine Antwort auf diese Koordinationsbedürfnisse, die an anderen Orten von einem Generalsekretariat gemacht werden, war diese Fachstelle KOP, welche man 2017 eingeführt hat.

Wir kennen auch andere Instrumente. Ganz wichtig ist das Projektmanagement, das kennt ihr aus vielen Organisationen, dass man am Anfang einen Auftrag gibt. Das ist zum Beispiel auch in der IT so, dass wir dort, wo es alle betrifft, dass man ein sauberes Projektmanagement hat und die Aufgaben zuweist. Aber bei den grossen Projekten, die wir haben, und diese können in verschiedenen Themenbereichen sein, reicht das nicht und darum hat man auch die KOP eingeführt.

Es ist nicht so, dass die KOP Fachaufgaben übernimmt, die andere Abteilungen haben, auch wenn sie einmal eine Leitung oder eine Gesamtkoordination eines Projekts inne hat, ist es immer noch an der Fachabteilung, die Expertisen zu liefern und das ist eigentlich logisch. Aber der Gemeinderat kann der KOP ein Projekt oder eine Aufgabe zuweisen, die sie in einem Projekt machen soll, damit die Abteilungen gut zusammenarbeiten können und damit man am Schluss interdisziplinär Projekte zum Erfolg führen kann.

Und das ist aus unserer Sicht in Einklang mit dem geltenden Recht möglich und es soll auf keinen Fall zu einer Machtkumulation führen, sondern der Gemeinderat, das sind nicht fünf Einzelmenschen, wir arbeiten zusammen und wir wollen Ergebnisse liefern. Selbstverständlich ist das bei einem grossen Areal ein grosser und langer Prozess, in welchem es eben auch abwechseln kann, wer in welcher Führungsrolle ist. Und wir haben das der GPK eigentlich genau dargelegt, wie die Rolle der KOP durch die verschiedenen Prozesse auch ändern kann.

Aus unserer Sicht ist das ein grosser Vorteil der Gemeinde Köniz, dass wir eben noch nicht so gross sind, wie eine Stadt Bern, wo zum Teil die Direktionslogiken so vorherrschen, dass sie zusammen Projekte nicht mehr erfolgreich umsetzen können, aber trotzdem so professionell sind, im Gegensatz zu kleineren Gemeinden, da wir alle Fachleute haben. Und wir sollten unbedingt die Zusammenarbeit weiter gut miteinander vorwärts treiben, wenn wir nicht nur schöne Worte hier drin sagen wollen, sondern wenn wir den Leuten auch wirklich Ergebnisse liefern wollen. Deshalb sind wir überzeugt, dass die Fachstelle KOP der richtige Weg ist und wir haben auch nicht vor, diese irgendwie anders oder weiter auszubauen, sondern genau dafür zu nutzen, wofür sie auch in den letzten Jahren genutzt wurde.

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt.

PAR 2025/70

V2511 Interpellation (Grüne/Junge Grüne) „Jugendarbeit Köniz“

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird gebeten, das Parlament zu folgenden Fragen zu informieren:

1. Wurde die Jugendarbeit Köniz (JUK) aufgrund der veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Ermächtigungsperiode 2023-2026 strategisch oder konzeptionell neu aufgestellt?
2. Wofür wurden die ab 2024 erhaltenen zusätzlichen Ressourcen aus neuen lastenausgleichsberechtigten Aufwendungen eingesetzt?
3. Wurden dank zusätzlichen Stellenprozenten bisherige Aushilfsstellen in Festanstellungen überführt?
4. Wie verteilen sich die Stellenprozente gesamthaft auf die 6 Könizer Standorte und wie wird die Verteilung begründet?

5. Wie wird evaluiert, ob die Angebote den Bedürfnissen der Kindern und Jugendlichen entsprechen?
6. Welche Überlegungen und Faktoren tragen dazu bei, dass die Angebote an den 6 Könizer Standorten sehr unterschiedlich ausgestaltet sind bezüglich angesprochene Altersgruppen, Aktivitäten, Frequenzen und Öffnungszeiten?
7. Wie arbeiten die Jugendarbeiter:innen der 6 Standorte zusammen und welche Synergien werden genutzt?
8. Wie arbeitet die JUK mit anderen Organisationen¹⁷ zusammen?
9. Das Leitbild der JUK spricht explizit von jungen Erwachsenen, gemäss Literatur definiert als Personen älter als 18 Jahre. Welche Angebote gibt es für junge Erwachsene?
10. Hat die JUK ein Konzept und/oder einen Auftrag für die Arbeit mit und das Angebot für Jugendliche und junge Erwachsene, welche in der Öffentlichkeit negativ auffallen (z.B. Lärm, Suchtmittelkonsum, Sachbeschädigungen etc.)?

Begründung:

Um Aufgaben für offene Kinder- und Jugendarbeit über den kantonalen Lastenausgleich abrechnen zu können, brauchen die Gemeinden eine «Ermächtigung» des Amtes für Integration und Soziales der Gesundheits- Sozial und Integrationsdirektion GSI. Die Ermächtigung legt fest, in welchem Umfang und für welche Angebote die Gemeinde Beiträge erhält. Sie gilt jeweils für eine begrenzte Periode, die Ermächtigungsperiode genannt wird, aktuell mit der Laufzeit 2023-2026. Diese Periode basiert neu auf dem Gesetz über die sozialen Leistungsangebote SLG und der Verordnung über die Leistungsangebote der Familien und ermöglicht die Abrechnung von lastenausgleichsberechtigten Aufwendungen in grösserem Umfang als bisher. Vor diesem Hintergrund zusätzlicher Ressourcen wurde für 2024 eine Neukonzeption der JUK angekündigt. In diesem neu geregelten Rahmen mit zusätzlichen Ressourcen bietet sich aus unserer Sicht die Chance, das bestehende Angebot zu überprüfen, auch weil dieses an den Könizer Standorten sehr unterschiedlich ausgestaltet ist, ohne dass die zugrunde liegenden Konzepte, Bedürfnisse oder andere Argumente offensichtlich wären. Mit dieser Interpellation wünschen wir vertiefte Information über das Angebot der JUK sowie laufende oder geplante Anpassungen.

Wabern / 30.4.2025 Christina Aebischer

Eingereicht

05.05.2025

Unterschrieben von 24 Parlamentsmitgliedern

Christina Aebischer, Klaus von Muralt, Laura Hoffman, Monika Röthlisberger, Lukas Erni, Sara Gasser, Jutta Gubler Kläne-Menke, David Müller, Christine Müller, Mayra Faccio, Urs Mumenthaler, Géraldine Boesch, Isabelle Steiner, Andreas Hauser, Sladjan Petrovic, Matthias Müller, Heidi Eberhard, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Fabienne Marti, Roland Akeret, Brigitte Rohrbach, Casimir von Arx, Reto Zbinden

Antwort des Gemeinderates

- 1. Wurde die Jugendarbeit Köniz (JUK) aufgrund der veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Ermächtigungsperiode 2023-2026 strategisch oder konzeptionell neu aufgestellt?**

Ja, die offene Kinder- und Jugendarbeit OKJA Köniz (JUK) wurde aufgrund der veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Ermächtigungsperiode 2023-2026 neu aufgestellt. Konkret wurden die Leitung der Fachstelle Prävention, Kinder- und Jugendarbeit und die Leitung der offenen Kinder- und Jugendarbeit getrennt und auf zwei verschiedene Personen übertragen. Seit Anfang 2025 ist die

¹⁷ Beispielsweise Schulsozialarbeit, Elternräte, Quartiervereine und Leiste, kirchliche Jugendarbeit, Pfadi.

Stelle der neuen Leitungsperson der offenen Kinder- und Jugendarbeit besetzt. Eine Überarbeitung des Konzepts und Weiterentwicklung der JUK ist für das Jahr 2026 geplant.

2. Wofür wurden die ab 2024 erhaltenen zusätzlichen Ressourcen aus neuen lastenausgleichsberechtigten Aufwendungen eingesetzt?

Im Bereich offene Kinder- und Jugendarbeit Kanton Bern begann im Jahr 2023 die neue Ermächtigungsperiode 2023-2026. Diese basiert neu auf dem Gesetz über die sozialen Leistungsangebote (SLG) und der Verordnung über die Leistungsangebote der Familien-, Kinder- und Jugendförderung (FKJV). Damit konnten ab 2023 für die JUK Köniz/Kehrsatz mehr lastenausgleichsberechtigte Aufwendungen geltend gemacht werden.

Diese zusätzlichen finanziellen Ressourcen wurden wie folgt eingesetzt: Einerseits für die Schaffung einer neuen Funktion «Leitung OKJA» und andererseits für eine zusätzliche Stelle "Fachperson OKJA".

3. Wurden dank zusätzlichen Stellenprozenten bisherige Aushilfsstellen in Festanstellungen überführt?

Die zusätzlichen Stellenprozente wurden, wie unter Punkt 2 beschrieben, für die Schaffung zweier neuen Stellen eingesetzt. Dabei konnte eine zuvor befristete Stelle "Fachperson OKJA" in eine unbefristete Stelle umgewandelt werden.

4. Wie verteilen sich die Stellenprozente gesamthaft auf die 6 Könizer Standorte und wie wird die Verteilung begründet?

Pro Standort bzw. Gebiet ist ein Grundbedarf von 45 Stellenprozent definiert, d.h. $7 \times 45\% = 315\%$ (6 Standorte Gemeinde Köniz und 1 Standort Gemeinde Kehrsatz). Damit wird pro Standort ein Kinder- und Jugendtreff betrieben, Projektarbeit geleistet, Informations- und Beratungsarbeit angeboten und Vernetzungsarbeit geleistet.

Die weiteren Ressourcen (465 Stellenprozente) werden entweder zusätzlich in einem Gebiet geleistet oder fliessen in gebietsübergreifende Projekte und Angebote. Die Verteilung dieser Ressourcen erfolgt nach dem Bedarf und den Bedürfnissen in den Gebieten.

5. Wie wird evaluiert, ob die Angebote den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entsprechen?

Die Angebote der JUK werden gemäss dem Konzept "Controlling / Evaluation / Abschluss OKJA Köniz" evaluiert. Konkret werden die Besuchenden der Kinder- und Jugendtreffs in einer Benutzer- und Beratungstatistik erfasst. Jedes Angebot und Projekt wird zudem in einem Projektstammblatt erfasst und auf die jeweilige Zielerreichung überprüft (z.B. mittels Anzahl erreichter Personen, Rückmeldung der Teilnehmenden und Mitglieder der Projektgruppe, Partizipationsgrad).

6. Welche Überlegungen und Faktoren tragen dazu bei, dass die Angebote an den 6 Könizer Standorten sehr unterschiedlich ausgestaltet sind bezüglich angesprochener Altersgruppen, Aktivitäten, Frequenzen und Öffnungszeiten?

Die Angebote der JUK sind stets bedarfs- und bedürfnisorientiert ausgestaltet. Bedarf und Bedürfnisse werden pro Standort ermittelt und basieren auf den Bedürfnissen des jeweiligen Klientels und den ortsspezifischen Gegebenheiten. Zudem sind die Angebote abhängig von den jeweiligen räumlichen und personellen Ressourcen sowie den Stärken der Fachpersonen JUK. Entsprechend sind die Angebote in den Standorten unterschiedlich ausgestaltet.

7. Wie arbeiten die Jugendarbeiter:innen der 6 Standorte zusammen und welche Synergien werden genutzt?

Es bestehen einerseits klare Gebietszuständigkeiten unter den Fachpersonen der JUK. Andererseits bestehen folgende gebietsübergreifende Zusammenarbeitsformen zwischen allen Fachpersonen JUK der 6 Standorte:

- Monatliche Teamsitzungen
- Arbeitsgruppen und Projektarbeiten zu bestimmten Themen wie zum Beispiel digitale Jugendarbeit, psychische Gesundheit, Jugendkultur oder Freiräume
- Regelmässig stattfindende Interventionen, Fachaustausche und Supervisionen (Quartalsweise)
- Gemeinsame Büronutzung der Fachpersonen im Ritterhaus

8. Wie arbeitet die JUK mit anderen Organisationen zusammen?

Die Zusammenarbeit und Vernetzung gehört zu den Kernaufgaben der JUK. Die Zusammenarbeit erfolgt bedarfsorientiert und ist entsprechend unterschiedlich ausgestaltet und ausgeprägt in den Gebieten. Das zentrale Vernetzungsgefäss der JUK, welches in allen Gebieten gleichermaßen institutionalisiert ist, sind die runden Tische, ausgehend vom Konzept "Prävention und Intervention bei Problemen mit Jugendlichen im öffentlichen Raum" (siehe Beilage 1). Dazu eingeladen werden: Schulen, Schulsozialarbeit, Elternräte, Elternvereine, Ortsvereine und Quartierleiste, Jugendparlament, Polizei, kirchliche Kinder- und Jugendarbeit und verbandliche Kinder- und Jugendarbeit wie die Pfadi.

9. Das Leitbild der JUK spricht explizit von jungen Erwachsenen, gemäss Literatur definiert als Personen älter als 18 Jahre. Welche Angebote gibt es für junge Erwachsene?

Folgende Angebote stellt die JUK für junge Erwachsene bereit:

- Bildung/Erwerb von Kompetenzen und Fähigkeiten
 - Einsatz als Abendleitung / Coach im Angebot Midlandsports
 - Teilnahme an internationalem Austausch oder an Accomp-Camps u.a. "Coach werden"
 - Diverse Einsätze bei Projekten und in den Treffpunkten mit der Möglichkeit, das Dossier freiwillig engagiert (Sozialzeitausweis) zu erhalten
 - Vorpraktika und Praktika, Zivildiensteinsätze
- Kinder- und Jugendtreffs
 - Events für junge Erwachsene im Kinder- und Jugendtreff Malibu in Niederwangen, wobei die jungen Erwachsenen in hohem Masse an der Planung und Organisation dieser Events beteiligt sind.
 - Nutzung der Lokaltäten in den Kinder- und Jugendtreffs Schliern, Köniz-Liebfeld, Wabern und im Wangental für eigene Partys, Treffen, Workshops und Anlässe sowie als Bandraum, Atelier etc.
 - Offener teilbetreuter Aussenraum im Kinder- und Jugendtreff Schliern

10. Hat die JUK ein Konzept und/oder einen Auftrag für die Arbeit mit und das Angebot für Jugendliche und junge Erwachsene, welche in der Öffentlichkeit negativ auffallen (z.B. Lärm, Suchtmittelkonsum, Sachbeschädigungen etc.)?

Die JUK erbringt ihre Leistungen in diesem Bereich im Rahmen vom "Konzept Prävention und Intervention bei Problemen mit Jugendlichen im öffentlichen Raum" (siehe Beilage 1). Entsprechend kennt die JUK die Kinder und Jugendlichen bzw. Jugendgruppen, die sich an neuralgischen Punkten bewegen. Die Fachpersonen bauen Beziehungen zu den Kindern und Jugendlichen auf und lernen deren Lebenswelt und die damit verbundenen Verhaltensweisen und Probleme kennen. Aus diesen Kontakten ergeben sich Anknüpfungspunkte sowohl für Projekt- und Präventionsarbeit als auch für Einzelfallhilfen und Cliquenarbeit. Zudem trägt die JUK zur Sensibilisierung des sozialen Systems in Bezug auf das Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen im öffentlichen Raum bei. Die JUK schafft Transparenz und vernetzt sich bei auffälligem Verhalten von Einzelnen und Gruppen mit den Akteuren im Sozialraum wie Schulen, Elternräte und Ortsvereinen und trägt so zu einem unterstützenden und starken Sozialsystem bei.

Die OKJA übernimmt somit keine ordnungspolitische Aufgabe. Das heisst, die aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit übernimmt keine Kontrolle im öffentlichen Raum und setzt auch keine Regeln oder Gesetze durch. Für die Ausführung von Kontrolle und die Herstellung der Sicherheit im öffentlichen Raum sind andere Institutionen wie etwa die Polizei oder private Sicherheitsdienste verantwortlich.

Köniz, 06.08.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Konzept Prävention und Intervention bei Problemen mit Jugendlichen im öffentlichen Raum

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Wir haben jetzt ab 22.10 Uhr, wir haben noch vier Interpellationen. Ich schaue ein bisschen in die Runde, wir könnten diese wahrscheinlich heute noch schaffen. Es ist aber auch denkbar, dass wir diese im November machen.

Wie ist der Energiebarometer? Vielleicht irgendein Zeichen? Merci für die sich widersprechende Signale. Ich höre «durchziehen». Wir machen noch weiter, es gibt dann nach dem 12. nochmals Gelegenheit zum Aussteigen.

Wir kommen zum Traktandum 11, V2511, Interpellation Grüne/Junge-Grüne, «Jugendarbeit Köniz». Das ist eine Beantwortung der Direktion Bildung und Soziales. Wünscht jemand die Diskussion? Die Diskussion ist nicht gewünscht. Dann hat das Wort die Erstunterzeichnerin Christina Aebischer, du hast 3 Minuten.

Christina Aebischer, Grüne: Guten Abend noch einmal. Eine Interpellation ist ja für die Verwaltung immer ein Zusatzaufwand, das verstehen wir, aber eine Interpellation ist auch immer eine Möglichkeit, dass der befragte Verwaltungszweig oder -bereich seine Arbeit, seine Leistungen und auch seine Herausforderungen aufzeigen und zur Diskussion stellen kann. Diese Chance hat man aus unserer Sicht bei der vorliegenden Interpellation nicht genutzt und deshalb sind wir nur teilweise befriedigt und haben deshalb auch keine Diskussion verlangt, weil es gerade ein bisschen wenig Einblick gegeben hat, damit wir hier eine grössere Diskussion über die Jugendarbeit hätten machen können.

Aus unserer Sicht sind die Antworten recht kurz und knapp, auch technisch, und sie lassen uns nicht erfahren, wie die Jugendarbeit Köniz funktioniert – so wie wir hoffen: Lebendig, dynamisch, kreativ, interaktiv und vor allem bereichernd für die Könizer Jugendlichen.

Es hat auch Antworten, die ein bisschen aufhorchen lassen. Zum Beispiel die Verteilung der 456 Stellenprozente. Da hätte man die Kriterien angeben können, wie diese verteilt werden. Auch die Evaluation des Angebots nur über das Erfassen von Besucher:innenzahlen ist aus unserer Sicht ungenügend. Und die Antwort auf die Frage 10 «Umgang mit jungen Erwachsenen, die störend auffallen im öffentlichen Raum», klingt für uns sehr leer. Das hat aber vielleicht mit dem Umbruch zu tun, welcher unter dieser Ermächtigungsperiode stattfindet und es wird ein neues Konzept im Jahr 2026 entstehen. Wir werden dranbleiben und das lieber dann wieder aufnehmen, anstatt das heute vertieft zu diskutieren.

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt.

PAR 2025/71

V2512 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) „30 Minuten Schlaf für Teenager“

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

Nach einem erfolgreichen Versuch im Schulhaus Spitalacker (Bern) will die kantonale Bildungsdirektion allen Schulen im Kanton ermöglichen, den Unterricht in der Oberstufe eine halbe Stunde später zu

beginnen.¹⁸ Genügend Schlaf ist wichtig für Teenager, wie die Alltagserfahrung zeigt und Studien zur Hirnentwicklung bestätigen.¹⁹ Zudem entlasten einheitliche Schulstart-Zeiten die Eltern (bzw. Erziehungsberechtigte). Für die Schulen selber stellen sich natürlich organisatorische Fragen. Vor diesem Hintergrund bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Besteht bei den Schulen und den Elternräten der Gemeinde Köniz grundsätzlich Interesse, den Schulbeginn in der Oberstufe nach hinten zu verschieben?
2. Besteht bei den Schulen und den Elternräten der Gemeinde Köniz grundsätzlich Interesse, die Schulstart-Zeiten zu vereinheitlichen? Welche Vor- und Nachteile sehen diese für die Unterstufe (auch bezgl. Lektionen-Dichte am Vormittag, freie Nachmittage)?
3. Wie und bis wann will der Gemeinderat zusammen mit Schulleitungen, Schüler:innen, Eltern und Schulkommission die konkreten Möglichkeiten eines späteren Schulbeginns für die Oberstufe und einer allfälligen Vereinheitlichung an Könizer Schulen ausloten? Wie wird er darüber kommunizieren?

Köniz, 5.05.2025
Andreas Hauser

Eingereicht

05.05.2025

Unterschrieben von 30 Parlamentsmitgliedern

Andreas Hauser, Katja Streiff, Toni Eder, Matthias Müller, Roland Akeret, Roger Tanner, Jutta Gubler Kläne-Menke, Fabienne Marti, Sandra Röthlisberger, Janka Hamm, Ronald Sonderegger, Tatjana Rotenbühler, Arlette Mürger, Bülent Celik, Urs Mumenthaler, Géraldine Boesch, Isabelle Steiner, David Müller, Klaus von Muralt, Sara Gasser, Mayra Faccio, Laura Hoffman, Lukas Erni, Christina Aebischer, Monika Röthlisberger, Heidi Eberhard, Sladjan Petrovic, Brigitte Rohrbach, Casimir von Arx, Christine Müller

Antwort des Gemeinderates

Die Beantwortung der Fragen 1 und 2 stützt sich auf Rückmeldungen der Präsidien der Eltern-räte, der Schul- und Tagesschulleitungen sowie der Schulkommission. Diese Einschätzungen wurden in schriftlicher Form und an Sitzungen eingeholt. Unter den Begriff «Schulen und Eltern-räte» fallen bei der Beantwortung der ersten beiden Fragen somit die Rückmeldungen dieser Anspruchsgruppen, wodurch eine Annäherung an die unterschiedlichen Sichtweisen zu ermöglichen versucht wurde, wenngleich damit noch keine abschliessende Beurteilung aller Interessen verbunden ist.

1. Besteht bei den Schulen und den Elternräten der Gemeinde Köniz grundsätzlich Interesse, den Schulbeginn in der Oberstufe nach hinten zu verschieben?

Bei den Schulen und den Elternräten der Gemeinde Köniz besteht grundsätzlich Interesse an einem späteren Unterrichtsbeginn auf der Sekundarstufe 1.

Insbesondere von Seiten der **Elternräte** wird die Möglichkeit, den Start in den Schulmorgen nach hinten zu verschieben, positiv aufgenommen, wobei neben den Schlaf- und Entwicklungs-bedürfnissen der Jugendlichen vor allem auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Hauptargumente genannt wird.

¹⁸ Vgl. <https://www.hauptstadt.be/a/30-minuten-mehr-schlaf> und <https://www.derbund.ch/schule-bern-im-spitalacker-beginnt-der-unterricht-erst-um-8-uhr-655829687805>

¹⁹ Vgl. z.B: Galván (2020) <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S1364661319302608>, vgl. auch <https://www.20min.ch/story/cambridge-studie-diese-schlafoutine-laesst-hirn-von-teenagern-wachsen-103330019>

Die **Tagesschulleitenden** betonen in ihren Rückmeldungen, dass längere, klar strukturierte Vormittage und die dadurch frei werdenden Nachmittage für die Betreuung zahlreiche Vorteile bringen. Die Betreuungseinheiten können so konstanter, ruhiger und pädagogisch gestalteter organisiert werden, was den sozialen und entwicklungspsychologischen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen zugutekommt. Aus ihrer Sicht spricht vieles dafür, den Unterrichtsbeginn auf allen Stufen einheitlich um 08:00 Uhr festzulegen.

Auch die betroffenen **Schulleitungen der Sekundarstufe 1** sehen in einem späteren Beginn insbesondere mit Blick auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eine Chance. Gleichzeitig weisen sie darauf hin, dass eine Ausweitung des Unterrichtsblocks am Vormittag zu längeren Nachmittagsblöcken und gegebenenfalls zum Wegfall des freien Mittwochnachmittags führen könnte, was organisatorische Anpassungen erforderlich macht. Erfahrungen aus dem Pilot «Modell Spitalacker» zeigen zudem, dass ein solch strukturierter Fünf-Lektionen-Morgen auf der Sekundarstufe 1 Anpassungen in der Stundenplanung, bei den Übergängen zwischen unterschiedlichen Fachbereichen sowie bei den Personaleinsätzen, insbesondere der Lehrpersonen für individuelle Förderung, notwendig macht. Unterrichtseinheiten müssen stärker rhythmisiert und sich stark unterscheidende Fachbereiche sorgfältiger aufeinander abgestimmt werden. Als Vorteil dieser gewonnenen Kompaktheit am Vormittag können Themen jedoch vertiefter bearbeitet werden, was die Konzentration und den sogenannten «Flow» der Schülerinnen und Schüler fördert.

Die **Schulkommission** zeigt sich gegenüber einem späteren Unterrichtsbeginn auf der Oberstufe grundsätzlich offen. Sie anerkennt insbesondere die wissenschaftlichen Hinweise zur Verschiebung des Biorhythmus bei Jugendlichen sowie die positiven praktischen Erfahrungen mit späteren Schulstartzeiten, die in der Gemeinde Köniz unter anderem während der Corona-Zeit gesammelt werden konnten. Eine solche Entwicklung sollte jedoch sorgfältig geprüft werden, insbesondere im Hinblick auf organisatorische Auswirkungen und die Abstimmung mit den Bedürfnissen jüngerer Kinder. Die Schulkommission spricht sich in diesem Zusammenhang mehrheitlich für flexible und standortspezifische Lösungen aus.

2. Besteht bei den Schulen und den Elternräten der Gemeinde Köniz grundsätzlich Interesse, die Schulstart-Zeiten zu vereinheitlichen? Welche Vor- und Nachteile sehen diese für die Unterstufe (auch bezgl. Lektionen-Dichte am Vormittag, freie Nachmittage)?

Die **Elternräte** der Gemeinde Köniz befürworten grundsätzlich einen einheitlichen Schulbeginn um 08:00 Uhr. Dabei werden für die Unterstufe vor allem Vorteile wie die Vereinfachung des Familienalltags, eine klarere Tagesstruktur, eine bessere Konzentration am Vormittag sowie freie Nachmittage für Freizeit und ausserschulische Aktivitäten genannt. Ein einheitlicher Schulstart wird zudem als organisatorische Entlastung für Familien und Schulen gesehen, da unterschiedliche Anfangszeiten bei mehreren Kindern als besonders herausfordernd wahrgenommen werden. Gleichzeitig wird vereinzelt darauf hingewiesen, dass eine stärkere Verdichtung des Unterrichts am Vormittag für jüngere Kinder belastend sein könnte und die Auswirkungen auf Nachmittage sowie auf Angebote in Musik- und Sportvereinen sorgfältig geprüft werden sollten. Einige Elternräte haben zudem betont, dass eine genauere Information über mögliche Änderungen beim Nachmittagsunterricht, bei Pausenregelungen oder beim Stundenumfang wünschenswert sei, um allfällige Vor- und Nachteile differenziert beurteilen zu können.

Die **Tagesschulleitenden** der Gemeinde Köniz begrüßen eine Vereinheitlichung des Unterrichtsbeginns auf allen Stufen ausdrücklich und halten dies für die Tagesschulen insgesamt für sinnvoll und umsetzbar. Sie verweisen dabei insbesondere auf Vorteile für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie auf eine deutlich verbesserte Rhythmisierung des Tagesablaufs. Durch einen einheitlichen Stundenplan entfallen viele Übergänge und Wege, was den Alltag der Kinder beruhigt und konstantere Betreuungsgruppen ermöglicht. Gerade für die jüngeren Kinder bedeutet dies weniger Wechsel während des Tages und damit mehr Stabilität und Sicherheit.

Darüber hinaus entstehen durch längere, zusammenhängende Betreuungszeiten mehr Möglichkeiten für Projekte, Ausflüge und freies Spiel. Dies fördert nicht nur das soziale Lernen, sondern eröffnet den Kindern vielfältige Lern- und Erfahrungsräume. Für die Mitarbeitenden werden die Arbeitsbedingungen attraktiver, da sich die Pensen besser planen lassen, Kleinstpensen wegfallen und weniger unbezahlte Pausen anfallen. Auch die Administration und Raumplanung können vereinfacht werden, während die Eltern von einer klareren und stabileren Tagesstruktur profitieren.

Als mögliche Nachteile nennen die Tagesschulleitungen eine Übermüdung einzelner Kinder bei hoher Lektionendichte am Vormittag sowie zusätzliche Betreuungskosten, die für Eltern durch den Wegfall von Nachmittagsunterricht entstehen können. Insgesamt überwiegen aus ihrer Sicht jedoch deutlich die Vorteile, sodass eine Umstellung auf ein solches Modell sowohl für die Betreuung als auch für den Unterricht einen tiefgreifenden Wandel darstellen würde.

Einige **Schulleitungen** zeigen grundsätzlich Interesse an einer Ausweitung des Vormittagsunterrichts auf fünf Blocklektionen sowie an einer Vereinheitlichung des Schulstarts. Sie erwarten davon eine strukturelle Beruhigung des Schulsystems und eine Vereinfachung der Übergänge zwischen Schule und Tagesschule, was insbesondere auch für Eltern Vorteile bringt. Für den Zyklus 3 wird eine solche Lösung mehrheitlich als sinnvoll und umsetzbar eingeschätzt, zum Teil gestützt auf positive Erfahrungen aus der jüngeren Vergangenheit, als der Schulstart im Rahmen der Corona-Massnahmen bereits einmal nach hinten verschoben wurde.

Bei den Schulleitenden der Zyklen 1 und 2 bestehen hingegen deutliche Vorbehalte. Ein früher Beginn mit fünf Lektionen am Stück wird für Kindergarten- und Basisstufenkinder vielfach als zu belastend eingeschätzt, da diese gegen Mittag oft ermüden. Gleichzeitig würde ein solches Modell bedeuten, dass mehr Kinder der unteren Stufen die Tagesschule besuchen müssten, was aufgrund bestehender Kapazitäten nicht an jedem Schulstandort realisierbar wäre.

Darüber hinaus ergeben sich für die Schulleitungen verschiedene schulorganisatorische Herausforderungen. Der Wegfall von Frühstunden und kurzen Pausen schränkt die Flexibilität bei der Stundenplanung ein und macht neue didaktische Formate erforderlich. Auch die Koordination von Wahlfächern, die Nutzung von Spezialräumen und Turnhallen sowie die Abstimmung mit Angeboten der Talentförderung wurden mehrfach als Punkte genannt, die sorgfältig geprüft werden müssen. Zudem hätte eine solche Umstellung Auswirkungen auf die Pensenmodelle der Lehrpersonen.

Vor allem aber weisen die Schulleitungen darauf hin, dass eine Vereinheitlichung des Schulstarts und die Einführung eines durchgehenden Fünf-Lektionen-Vormittags nicht nur eine organisatorische Massnahme darstellen, sondern tief in die Schul- und Unterrichtsentwicklung eingreifen. Sie erfordern eine intensive Auseinandersetzung mit neuen didaktischen Konzepten, eine veränderte Rhythmisierung von Lern- und Entspannungsphasen sowie die Bereitschaft der Lehrpersonen, Unterrichtsformen und -strukturen weiterzuentwickeln. Solche Vorhaben sind damit immer auch Teil eines umfassenden Entwicklungsprozesses der Schule, der die pädagogischen Kulturen nachhaltig beeinflusst.

Die **Schulkommission** zeigt sich insgesamt offen für eine Weiterentwicklung in Richtung eines Fünf-Lektionen-Vormittags als mögliches Modell von Ganztagesstrukturen. Besonders aus pädagogischer Sicht sowie im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird dieses Konzept grundsätzlich positiv bewertet. Während die Zielrichtung breite Zustimmung findet, wird eine flächendeckende und einheitliche Umsetzung jedoch kritisch hinterfragt. Die Schulkommission spricht sich mehrheitlich für flexible Lösungen aus, die regionale Gegebenheiten sowie schulorganisatorische Möglichkeiten berücksichtigen.

Als Herausforderungen werden insbesondere die potenzielle Belastung jüngerer Kinder, die Auswirkungen auf Stundenpläne und die Akzeptanz bei den Lehrpersonen genannt. Zudem wird auf mögliche zusätzliche Kosten für Eltern im Zusammenhang mit der Tagesschule hingewiesen. Einigkeit besteht darüber, dass eine differenzierte und schrittweise Einführung zielführender ist als ein einheitliches Modell für die gesamte Gemeinde. Die Schulkommission betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung, die unterschiedlichen Perspektiven von Kindern, Eltern, Schulen und Tagesschulen angemessen zu berücksichtigen.

Insgesamt wird eine Vereinheitlichung des Schulbeginns und die Einführung eines Fünf-Lektionen-Vormittags mehrheitlich positiv beurteilt. Vorteile werden insbesondere in einer klareren Tagesstruktur, organisatorischen Entlastungen und einer besseren Abstimmung zwischen Schule und Tagesschule gesehen. Gleichzeitig bestehen Vorbehalte hinsichtlich der konkreten Auswirkungen auf die jüngeren Kinder, die Stundenpläne und die Betreuungsorganisation.

3. Wie und bis wann will der Gemeinderat zusammen mit Schulleitungen, Schüler:innen, Eltern und Schulkommission die konkreten Möglichkeiten eines späteren Schulbeginns für die Oberstufe und einer allfälligen Vereinheitlichung an Könizer Schulen ausloten? Wie wird er darüber kommunizieren?

Die Thematik eines späteren Schulbeginns für die Oberstufe sowie einer allfälligen Vereinheitlichung der Schulstartzeiten an den Könizer Schulen wurde von der Schulkommission bereits im Rahmen ihrer Klausur im November 2024 gemeinsam mit der Konferenz der Schul- und Tagesschulleitenden ausführlich behandelt. Im Zentrum dieser Klausur stand die künftige Verzahnung von Unterricht und Betreuung, wobei das Modell Spitalacker aus Bern von Schulleiter Marcel Sahli als mögliches Beispiel vorgestellt und vertieft diskutiert wurde. In Arbeitsgruppen wurden Chancen, Herausforderungen und erste Umsetzungsideen für Köniz erörtert. Dabei wurde insbesondere deutlich, dass eine solche Weiterentwicklung nicht nur organisatorische Anpassungen, sondern vor allem einen umfassenden Schul- und Unterrichtsentwicklungsprozess darstellt.

Die Schulkommission hat sich im Anschluss grundsätzlich positiv gegenüber einer Weiterentwicklung in Richtung Ganztagesstrukturen positioniert, die das Thema des Vorstosses in einem übergeordneten Rahmen aufnehmen. Sie betonte jedoch die Notwendigkeit einer differenzierten, standortbezogenen und schrittweisen Herangehensweise. Vor diesem Hintergrund hat die Schulkommission die Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport beauftragt, gemeinsam mit den Schulleitungen, Tagesschulleitungen und weiteren Anspruchsgruppen eine Strategieskizze zu Ganztagesstrukturen in der Gemeinde Köniz zu erarbeiten. Dieser Entwurf soll bis Mitte des Schuljahres 2025/26 vorliegen und neben pädagogischen und organisatorischen Fragen auch finanzielle Auswirkungen beleuchten. Er dient damit als fundierte Entscheidungsgrundlage für die Schulkommission und den Gemeinderat.

Die Schulkommission wird in diesem Prozess ihre strategische Steuerungsfunktion wahrnehmen und zu gegebener Zeit über konkrete Anpassungen der Unterrichtszeiten, in Abstimmung mit dem Gemeinderat, entscheiden. Dabei wird sichergestellt, dass die betroffenen Anspruchsgruppen, insbesondere Kinder, Jugendliche, Eltern, Schulleitungen und Tagesschulleitungen, zum richtigen Zeitpunkt und stufengerecht einbezogen werden. Geplant ist, die Öffentlichkeit und die Eltern über Zwischenergebnisse rechtzeitig zu informieren, bevor verbindliche Entscheide gefällt werden.

Unabhängig von den gemeindeinternen Arbeiten ist eine konkrete Umsetzung möglicher Modelle jedoch erst möglich, nachdem die vom Kanton Bern vorgesehenen Anpassungen der rechtlichen Grundlagen in Kraft getreten sind. Gemäss des aktuellen Projektfahrplans der Bildungs- und Kulturdirektion zum «Schulversuch Spitalacker zu den 5-Lektionen-Blockzeiten»²⁰ wird die entsprechende Anpassung des Anhangs zum Stundenplanreglement (AHB) frühestens auf den 1. August 2026 wirksam. Erst auf diesen Zeitpunkt wäre es rechtlich zulässig, in Köniz Blockzeiten mit einem einheitlichen Fünf-Lektionen-Vormittag für alle Zyklen verbindlich einzuführen.

Köniz, 6. August 2025

Der Gemeinderat

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Wir kommen zum Geschäft V2512, Interpellation EVP-GLP-Mitte-Fraktion, «30 Minuten mehr Schlaf für Teenager,». Auch das ist eine Beantwortung der Direktion Bildung und Soziales. Wünscht jemand die Diskussion? Das ist nicht der Fall, dann hat das Wort der Erstunterzeichner Andreas Hauser, du hast 3 Minuten.

Erstunterzeichner, Andreas Hauser, GLP: Wer selber Teenager zu Hause hat oder gehabt hat, kennt das Phänomen: Sie werden plötzlich zu Siebenschläfer. Warum also nicht 30 Minuten mehr schlafen am Morgen, wenn es doch im Schulhaus Spitalacker geklappt hat?

Ich danke dem Gemeinderat, der Verwaltung, der Schulkommission und den Schul- und Tagesschulleitungen, dass sie sich schon früh mit dem Thema auseinandergesetzt haben und für das positive

²⁰ <https://www.akvb-unterricht.bkd.be.ch/de/start/schulversuche/schulversuch-spitalacker.html>

Gesamtbild. Ich bin von der Antwort befriedigt, herzlichen Dank und weiter so. Ich will nicht verlängern, auch wir brauchen genug Schlaf.

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

PAR 2025/72

V2523 Interpellation (FDP.Die Liberalen) "Verkehrssituation in der Gemeinde Köniz"

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Vorstosstext

Unsere Ausgangslage: In der Schweiz ist gemäss Bundesamt für Statistik das meistgenutzte Verkehrsmittel das Auto. Gleichwohl sind die Projekte in der Gemeinde für den motorisierten Individualverkehr sehr überschaubar. Das gesetzte Klimaziel darf nicht in einer Bevormundung der Bevölkerung in der Wahl der Verkehrsmittel enden. Für uns die FDP.Die Liberalen sind **alle Verkehrsteilnehmenden** gleich wichtig und wir möchten daher den Gemeinderat bitten, aufzuzeigen, wie sich die Lage in der Gemeinde darstellt. Aufgrund der Diversität der Verkehrsteilnehmenden und dem Wachstum (bereits über 44'000 Einwohner) der Gemeinde, stellen sich uns folgende Fragen zur aktuellen Verkehrssituation und der zukünftigen Verkehrsstrategie in unserer Gemeinde:

1. Wie ist die heutige Verteilung der verschiedenen Verkehrsteilnehmenden (Velofahrer), motorisierte Individualverkehr (Benziner, e-Autos, Wasserstoffverbrennungsmotor, e-Bikes, Töfflis etc.), Öffentlicher Verkehr (Bus, Zug, etc.) in unserer Gemeinde?
2. Wie ist die Verteilung im Verhältnis gesamtschweizerisch und zu vergleichbaren Gemeinden (z.B. Burgdorf, Ostermundigen, Thun, etc.)?
3. Welche Investitionen sind aktuell geplant und welche wurden in den letzten 5 Jahren umgesetzt, um die Sicherheit und die Infrastruktur aller Verkehrsteilnehmenden (nicht nur Velofahrer und Fussgänger) zu verbessern bzw. aufrechtzuerhalten?
4. Wenn wir nun die Investitionen betrachten, wie war die Verteilung der Ausgaben und der geplanten Ausgaben im Verhältnis zu der effektiven Verteilung der Verkehrsmittelnutzung?
5. Geht die Gemeinde davon aus, dass die heutige Strategie den tatsächlichen und zukünftigen Entwicklungen gerecht wird und weicht diese von vergleichbaren Gemeinden ab, und wenn ja, weshalb?
6. Ist eine Beteiligung an den Unterhaltskosten der Verkehrsteilnehmenden denkbar (wie bereits die Autohaltenden Fahrzeug-Steuern bezahlen) und geplant?
7. Wie wird die Gemeinde sicherstellen, dass die Interessen aller Verkehrsteilnehmenden in der Planung und Umsetzung von Verkehr- und Raumprojekten berücksichtigt werden (Strassen/Parkplätze)?
8. Wie gross war die Investition der Gemeinde für die diversen Verkehrsteilnehmenden (pro Kategorie) in den letzten 5 Jahren?

Wir bitten um eine wohlwollende Antwort auf diese Fragen, um die Verkehrssituation in Köniz nachhaltig zu verbessern.

Mit freundlichen Grüssen,

FDP.Die Liberalen Köniz

Eingereicht

16.06.2025

Unterschrieben von 9 Parlamentsmitgliedern

Selin Lopez, Tatjana Röthlisberger, Mark Kobel, Reto Zbinden, Heidi Eberhard, Ronald Sonderegger, Dominic Amacher, Florian Moser, Kathrin Gilgen

Antwort des Gemeinderates

Frage 1: Wie ist die heutige Verteilung der verschiedenen Verkehrsteilnehmenden (Velofahrer), motorisierte Individualverkehr (Benziner, e-Autos, Wasserstoffverbrennungsmotor, e-Bikes, Töfflis etc.), Öffentlicher Verkehr (Bus, Zug, etc.) in unserer Gemeinde?

Eine Antwort auf diese Frage ist schwierig, da sich die Frage nach der Messeinheit, der Messbarkeit und der Datenlage stellt.

Üblicherweise wird die Wohnbevölkerung im Rahmen des fünfjährlich erhobenen Mikrozensus (MZ) Mobilität und Verkehr ([MZ, are.admin.ch](https://www.are.admin.ch)) nach ihrer zurückgelegten Tagesdistanz und/oder nach dem eingesetzten (Haupt-)Verkehrsmittel gefragt. Daraus wird der sogenannte Modalsplit errechnet, entweder auf Basis der Fahrleistung (Anteile Tagesdistanz) oder der Verkehrsmittelnutzung (Anteile Etappen). Aus Spargründen hat Köniz nicht mehr an der verdichteten Stichprobenbefragung teilgenommen, so dass keine aktuellen Daten bestehen, die nur für die Gemeinde Köniz ausgewertet werden können. Die nächste Auswertung inkl. einer Stichprobenverdichtung für Köniz ist erst in ein bis zwei Jahren zu erwarten. Auf der Ebene Region (RKBM) bestehen Daten.

Alternativ könnte ein beliebiger Strassenquerschnitt ausgewählt, dort die Verkehrsmittel (Fahrzeuge/Personen) gezählt und daraus ein Modalsplit erstellt werden. Dieser Querschnitt wäre aber kaum repräsentativ für die ganze Gemeinde.

Zudem stellen sich grosse methodische Herausforderungen bei den (sehr häufigen, aber eher kurzen) Fusswegen, teilweise auch bei den Velofahrten und den ÖV-Nutzenden. Am einfachsten zählbar ist der motorisierte Verkehr, dessen Daten sich in den jeweiligen Jahresberichten der Gemeinde finden (bspw. im [Anhang Jahresbericht 2024, Produktgruppen mit Zahlen und Statistiken](#)).

Nachfolgend die Modalsplits aus dem jeweiligen aktuellsten MZ für die Ebenen Schweiz, Region und Köniz:

	Schweiz MZ 2021 (S. 26) % Etappen	Region RKBM MZ 2021 (S.44) % Etappen	Köniz MZ 2010 (S.6) % Etappen	Schweiz MZ 2021 % Tagesdistanz	Region RKBM MZ 2021 (S.44) % Tagesdistanz	Köniz MZ 2010 % Tagesdistanz
Zu Fuss	41.6 %	45.2 %	48.6 %	5.4 %	6.0 %	6.5 %
Velo	5.3 %	8.1 %	3.5%	2.3 %	3.9 %	3.1 %
E-Bike	1.1 %	1.4 %		0.7 %	1.0 %	
MIV	38.2 %	28.0 %	28.7 %	70.6 %	61.4 %	59.5 %
ÖV	12.5 %	16.1 %	18.2 %	19.7 %	26.5 %	30.2 %
Andere	1.3 %	1.2 %	1.1 %	1.3 %	1.3 %	0.8 %

Urbanere Gemeinden wie Köniz verfügen in der Regel über vergleichsweise höhere Anteile im ÖV und im Fuss-/Veloverkehr. Die Kampagne Fuss Velo Köniz setzt sich beispielsweise zum Ziel, den Veloverkehr bis 2030 auf den Wert von über zehn Prozent zu verdoppeln.

Bezüglich der Antriebstechnologie der Motorfahrzeuge liegen nur kommunale Daten zum Anteil der *rein* elektrisch betriebenen Fahrzeuge vor (Köniz: 3.7 %, Kanton Bern 3.6 %, Schweiz 4.2 %). In der Schweiz beträgt der Anteil der Elektro- und Hybridfahrzeuge (PW) 10.2% ([bfs.admin.ch](https://www.bfs.admin.ch)). Die gemeindeeigene Fahrzeugflotte ist bereits weitgehend elektrifiziert oder wird es noch, sobald für den benötigten Einsatzzweck elektrisch betriebene Serienfahrzeuge verfügbar sind. Ebenso ist der öffentliche Verkehr in der Gemeinde weitgehend elektrifiziert (S-Bahnen, Buslinien 17, 19) oder wird es in wenigen Jahren (Buslinie 10, Ortsbuslinien) sein.

Frage 2: Wie ist die Verteilung im Verhältnis gesamtschweizerisch und zu vergleichbaren Gemeinden (z.B. Burgdorf, Ostermundigen, Thun, etc.)?

Aus der Antwort der Frage 1 ergibt sich, dass ein valider Vergleich mit den genannten Gemeinden kaum möglich ist.

Aus Gesprächen und diversen Quellen schätzen wir, dass die langjährige "Fuss- und Velomodellstadt" Burgdorf eher einen höheren Anteil Fuss-/Veloverkehr hat (dafür sehr viel Durchgangsverkehr per MIV) als Köniz, Thun in etwa vergleichbar mit Köniz ist (aber wohl mit der Ausnahme der stark belasteten MIV-Durchgangsachse rechtes Thunerseeufer - Autobahn), und Ostermundigen wohl einen geringeren Veloverkehrsanteil hat als Köniz (dafür ebenfalls sehr gut mit dem ÖV-erschlossen ist).

Gesamtschweizerisch betrachtet dürfte Köniz wohl einen überdurchschnittlichen Velo- (bspw. Prix Velo 2021) und ÖV-Anteil (sehr gutes ÖV-Angebot) aufweisen, während der MIV-Anteil wohl eher tiefer als im schweizerischen Durchschnitt sein dürfte.

Frage 3: Welche Investitionen sind aktuell geplant und welche wurden in den letzten 5 Jahren umgesetzt, um die Sicherheit und die Infrastruktur aller Verkehrsteilnehmenden (nicht nur Velofahrer und Fussgänger) zu verbessern bzw. aufrechtzuerhalten?

Die Angaben zu den getätigten Investitionen pro Produktgruppe finden sich in den [Jahresberichten](#) 2020 bis 2024 auf der Website der Gemeinde Köniz) unter der Rubrik "Investitionsrechnung nach Institutionen" (2024, Anhang Jahresbericht 2024, Produktgruppen) bzw. der Rubrik "Investitionsrechnung nach Dienststellen (8-stellig)" (2020-2023, Anhang zu Kapitel 4).

Die geplanten Investitionen pro Produktgruppe finden sich im [Integrierten Aufgaben und Finanzplan IAFP 2025 \(inkl. Anhang\)](#) der Gemeinde Köniz, ab Seite 73. Alleine im Verkehrsbereich (Konten 2410, 2420, 2440) sind es über 60 Investitionsvorhaben.

Sämtliche Investitionsvorhaben in die Verkehrsinfrastruktur beinhalten die Zielsetzung, die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden zu erhöhen. Dazu zählen beispielsweise die Vorhaben Umgestaltung hindernisfreie ÖV-Haltestellen, Verkehrsmanagement Köniz - Bern Südwest / Köniz Liebefeld, Sägestrasse Gesamtsanierung, Sanierung Seftigenstrasse (SEFT 1 bis 3), Sanierung Hess- und östliche Waber-sackerstrasse, Umsetzung Schulwegsicherheit Mengestorfstrasse oder Werterhalt Strassen Jahreskredit 2026ff usw.

Frage 4: Wenn wir nun die Investitionen betrachten, wie war die Verteilung der Ausgaben und der geplanten Ausgaben im Verhältnis zu der effektiven Verteilung der Verkehrsmittelnutzung?

Basierend auf den in der Antwort zur Frage 3 genannten getätigten Investitionen pro Produktgruppe hat die Gemeinde Köniz in den letzten fünf Jahren folgende Investitionen getätigt:

Investitionen (Ausgaben, CHF)	RG 2020	RG 2021	RG 2022	RG 2023	RG 2024	Total RG 2020-24	%
2410 öffentlicher Verkehr	1'042'851	981'526	1'831'024	415'043	1'615'571	5'886'015	27 %
2420 Individualverkehr	2'598'602	3'266'737	1'516'018	2'330'060	2'327'475	12'038'892	55 %
2440 Langsamverkehr	370'092	259'656	1'292'444	1'034'958	841'229	3'798'379	17 %
Summe						21'723'286	100 %

Zu beachten sind ausserdem vier Punkte:

1. Verkehrsinfrastrukturen haben lange Planungs- und Realisierungsfristen. Eine neu erstellte Strasse besitzt eine Lebensdauer von rund 20 (Deckbelag) bis etwa 80 Jahren (Foundation). Weiter wurde aufgrund des Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) in den letzten Jahren überdurchschnittlich viel in die Haltestellen des öffentlichen Verkehrs investiert. So kann die obige Übersicht der letzten fünf Jahre nur einen zeitlich kleinen Ausschnitt der Investitionstätigkeit im Verkehrsbereich der Gemeinde abbilden.
2. Ab der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts bis etwa vor zehn Jahren ist der grösste Teil der Investitionen im Verkehrsbereich in die Erstellung und den Erhalt von Infrastrukturanlagen für den motorisierten Verkehr geflossen.

Eine eigene Grobschätzung der Kosten für eine (hypothetische) komplette Neuerstellung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur für den motorisierten Verkehr liegt bei rund CHF 500 Mio.²¹ Der aktuelle Wiederbeschaffungswert der Strasseninfrastruktur im Besitz der Gemeinde Köniz beträgt rund CHF 225 Mio.²², d.h. mit dieser Summe könnte der heutige Zustand auf den Neuwert saniert werden. Demgegenüber bestehen heute für grob geschätzte CHF 20 Mio. Verkehrsinfrastrukturen, die spezifisch dem Fussverkehr dienen (v.a. Trottoirs und Wanderwege) und sehr wenige spezifisch nur für den Veloverkehr dienende Verkehrsinfrastrukturen für rund CHF 5 Mio.²³ Damit zeigt sich ein starker Nachholbedarf für Verkehrsinfrastrukturen für Velo- und Fussverkehr.

3. Nicht alle Kosten für die Bereitstellung der Infrastrukturen für ein Verkehrsmittel entfallen auf die Gemeinde und deren Investitionsrechnung. So wird etwa der Betriebsbeitrag der Gemeinde an die Kosten des öffentlichen Verkehrs via ÖV-Beitrag an den Kanton geleistet und in der kommunalen Erfolgsrechnung dargestellt. Oder ein grösserer Teil des verkehrsorientierten Strassennetzes im Gemeindegebiet wird durch den Kanton oder den Bund finanziert (Kantons-, Bundesstrassen).
4. Der Unterhaltsaufwand für Verkehrsinfrastrukturen wird in der Erfolgsrechnung abgebildet. Er unterscheidet sich signifikant zwischen den Verkehrsmitteln: Während Infrastrukturen für den Fuss- und Veloverkehr kaum und fast nur witterungsbedingt altern, setzen Gewicht, Reifenabrieb, Emissionen und die Beschleunigung von Motorfahrzeugen dem Strassenzustand vielfach stärker zu, so dass der grösste Teil der Kosten für den Strassenunterhalt von jährlich CHF 3.5 bis 5 Mio. durch die Beanspruchung des motorisierten Verkehrs bedingt ist.

Mit Berücksichtigung obiger Punkte (kurze Dauer, jahrzehntealter Nachholbedarf, Kantons-/ Bundesanteile, Unterhaltskosten) und der mangelnden Modalsplit-Datenlage (vgl. Antwort auf Frage 1) dürfte die Verteilung der getätigten und der geplanten Ausgaben der Gemeinde dem Verhältnis zur effektiven Verteilung der Verkehrsmittelnutzung recht gut entsprechen.

Über einen längeren Zeitpunkt betrachtet wurden jedoch die Infrastrukturen für den Fuss- und Veloverkehr vernachlässigt: Grob geschätzt beträgt der hypothetische Neuerstellungswert der kommunalen Verkehrsinfrastrukturen für den Fuss- und Veloverkehr rund 5 Prozent des Wertes für den motorisierten Verkehr. Die effektive Verteilung der Verkehrsmittelnutzung ergibt für den Fuss- und Veloverkehr zusammen rund 10 Prozent (Basis Tagesdistanz) bzw. rund 50 Prozent (Basis Etappen).

Frage 5: Geht die Gemeinde davon aus, dass die heutige Strategie den tatsächlichen und zukünftigen Entwicklungen gerecht wird und weicht diese von vergleichbaren Gemeinden ab, und wenn ja, weshalb?

Verkehrssysteme überschreiten Gemeinde- und Kantonsgrenzen. Die Gemeinde Köniz orientiert sich im Verkehrsbereich an der [Gesamtmobilitätsstrategie des Kantons Bern](#) sowie an der [Mobilitätsstrategie Region Bern-Mittelland](#). Beide sind erst kürzlich erarbeitet worden. Es ist davon auszugehen, dass diese den tatsächlichen und zukünftigen Entwicklungen gerecht werden.

Frage 6: Ist eine Beteiligung an den Unterhaltskosten der Verkehrsteilnehmenden denkbar (wie bereits die Autohaltenden Fahrzeug-Steuer bezahlen) und geplant?

Nein, eine allfällige solche Beteiligung wäre nicht auf kommunaler, sondern nur auf übergeordneter Basis regelbar.

Zu Fuss Gehende und Velofahrende (wie auch Autofahrerinnen und ÖV-Nutzer) zahlen über die Gemeindesteuern Beiträge an die Kosten für ihre (kommunale) Verkehrsinfrastruktur. Fahrgäste des öffentlichen Verkehrs zahlen Beiträge über den Kauf von Fahrkarten. Die Preise für Abonnemente und Fahrkarten des öffentlichen Verkehrs haben sich in den letzten drei Jahrzehnten deutlich stärker entwickelt als der Landesindex der Konsumentenpreise oder die Kosten für den MIV (Quelle: TCS, SBB, Preisüberwacher; [Blick Grafik](#)).

²¹ Eigene Schätzung auf Basis SIA-Normen, ASTRA, Unternehmerpreise. Achsenlänge 157 km, Breite ca. 7 m, inkl. Entwässerung, Signalisation, Randabschlüsse, Planungskosten. Exkl. Naturstrassen, öffentliche Beleuchtung und Verkehrsmanagement.

²² Die Summen für Länge und Wiederbeschaffungswert geben die bei den Strassenzustandserhebungen mit dem Strassenwarterhalts-Managementsystem "LOGO" aufgenommenen Strecken wieder.

²³ Eigene Schätzung auf Basis SIA-Normen, Unternehmerpreise. Fussweg-/Trottoir-Achsenlänge 66 km, Breite ca. 2 m; Veloweg-Achsenlänge 2 km, Breite ca. 3 m. Asphaltiert, inkl. Signalisation, Randabschlüsse, Planungskosten. Inkl. 115 km Wanderwege. Exkl. öffentliche Beleuchtung.

Eine kleine Ausnahme ist übrigens im Bereich der Mountainbike-Routen geplant: Dort sind Trägervereine von Trails, welche diese mit Leistungsvereinbarungen erstellen und betreiben, daran, freiwillige Beiträge von Nutzenden zu erhalten, damit diese einen Teil der Wert- und Unterhaltskosten mittragen können.

Frage 7: Wie wird die Gemeinde sicherstellen, dass die Interessen aller Verkehrsteilnehmenden in der Planung und Umsetzung von Verkehr- und Raumprojekten berücksichtigt werden (Strassen/Parkplätze)?

Der Einbezug der Interessen aller Verkehrsteilnehmenden, Betroffenen und Anwohnenden wird durch die Partizipationsprozesse bei Neuerstellungen, Sanierungen oder Konzepten sichergestellt. Oft werden diese Gespräche, Informationsanlässe, Umfragen oder Workshops bereits ab einer sehr frühen Phase durchgeführt. In der Regel nach Vorliegen des Vorprojekts findet dann die öffentliche Mitwirkung statt, bei der sich alle Interessengruppen äussern können. Im Mitwirkungsbericht wird anschliessend dargestellt, welcher Anliegen geäussert und inwiefern sie in das Projekt aufgenommen werden können.

Frage 8: Wie gross war die Investition der Gemeinde für die diversen Verkehrsteilnehmenden (pro Kategorie) in den letzten 5 Jahren?

Siehe Antwort auf die Frage 4.

Köniz, 6. August 2025

Der Gemeinderat

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Das war recht schnell, jetzt stelle ich die Frage nicht noch einmal. Wir kommen zum Traktandum 13, V2523, Interpellation FDP. Die Liberalen, «Verkehrssituation in der Gemeinde Köniz». Das ist eine Beantwortung der Direktion Planung und Verkehr. Ist hier die Diskussion gewünscht? David Müller wünscht die Diskussion, wir stimmen ab. Wer ist für die Diskussion? Es sind offensichtlich mehr als 10. Dann hat das Wort die Erstunterzeichnerin Selin Lopez, du hast sieben Minuten.

Erstunterzeichnerin, Selin López, FDP: Ich brauche sicher keine sieben Minuten, ich will irgendeinmal Feierabend. Zuerst danke ich vielmals für die Antwort, ich bin überaus befriedigt – das klingt komisch – ich bin einfach befriedigt. Also: Ich bin befriedigt mit der Antwort. So, jetzt habe ich es richtig formuliert, es ist spät.

Die Ausführungen sind klar, es ist schön aufgeführt, in den Tabellen, ihr habt sie alle gesehen, man sieht die Verteilung auf die verschiedenen Verkehrsteilnehmenden, man sieht den modernisierten Verkehr, den Individualverkehr, dass dort etwa 50% der Kosten anfallen. Und etwa genau gleich ist auch die Nutzung, von daher, hält es sich mega schön die Waage. Fussvelo-Köniz ist schon ein super Projekt, das in der Gemeinde Köniz läuft, wo wir eben auch schön auf den Langsamverkehr einzahlen. Also was will man mehr? Es ist eine super Antwort mit schönen Zahlen, schön dokumentiert, einfach eine schöne Geschichte. Ich danke, schönen Abend.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, David Müller, Grüne: Tut mir leid, ich muss hier noch ein bisschen Trübsal blasen. Nicht wegen der Antwort des Gemeinderates, da möchte ich mich herzlich für die aufschlussreichen Unterlagen und Informationen bedanken, die wir bekommen haben, aber die Einschätzung zu den Zahlen und so weiter, sieht bei uns ein bisschen anders aus.

Aber zuerst noch eine Randbemerkung: Aus meiner Sicht entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass in dieser Antwort auf einen Vorstoss der Obersparpartei FDP zu lesen ist, dass bei gewissen Fragen leider keine aktuelleren Zahlen aufgeführt werden können, weil die Erhebung aus Spargründen gestrichen werden musste. Ich hoffe, ihr behaltet das bei künftigen Budget- und Finanzinstrumentsdebatten im Hinterkopf.

Aber jetzt zum Inhaltlichen: 2010, aktuellere Zahlen gibt es leider nicht, sind 10% der Strecken und 52% aller Etappen zu Fuss oder mit dem Velo bzw. mit dem E-Bike zurückgelegt worden. Für den motorisierten Individualverkehr sind es 60% bei den Strecken, respektive 29% bei den Etappen. Anders gesagt: Mit dem Auto wird etwa 6mal mehr Distanz zurückgelegt als zu Fuss oder mit dem Velo. Gleichzeitig kostet, und das ist das Erhellende dieser Antwort, die Infrastruktur für das Auto etwa 20mal mehr. Und ich bin bei diesem Vergleich sogar noch generös und beziehe mich auf die Strecken und nicht auf die Etappen, denn da wird es für das Auto ja noch viel desaströser aussehen. Dazu kommen dann noch die jährlichen CHF 3.5 bis CHF 5 Mio. Unterhalt, die ebenfalls primär durch den MIV verursacht werden. Und was in der Antwort noch gar nicht abgebildet ist, sind die externalisierten Kosten für die Umwelt und Gesellschaft, die ebenfalls primär durch den MIV verursacht werden.

Gemäss Bundesamt für Statistik sind es 2021 schweizweit konkret CHF 12.7 Mrd. Umwelt- und Gesundheitskosten und CHF 9.2 Mrd. Unfallkosten, die durch den privaten motorisierten Verkehr verursacht werden. Auf Köniz heruntergebrochen - das ist mir klar, es ist eine Daumenrechnung, aber um ein kleines Bild zu geben - sind wir bei etwa CHF 100 Mio. jährlich an indirekten Kosten, die der MIV verursacht. ÖV, Fuss- und Veloverkehr können diesbezüglich im Vergleich vernachlässigt werden.

Jetzt, da die Zahlen auf dem Tisch sind, biete ich also der FDP gerne an, dass wir zusammen einen nächsten Vorstoss einreichen, um zusammen euer Wahlziel zu erreichen, nämlich damit endlich der Nachholbedarf beim Fuss- und Veloverkehr angegangen wird und so alle Verkehrsteilnehmenden gleich wichtig werden. Ich habe auch schon konkrete Ideen, kommt doch auf mich zu, wenn ihr mitwirken wollt.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Gibt es weitere Voten aus dem Parlament? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat das Wort?

Gemeinderat Christian Burren, SVP: David Müller, ganz kurz: Die Fragen waren gemeindespezifisch gestellt in der Interpellation und nicht von nationaler Bedeutung. Und deshalb hat sich der Gemeinderat, im Gegensatz zu deinem Votum, darauf bezogen.

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

PAR 2025/73

V2521 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Schutzräume und Schutzanlagen in Köniz"
Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Vorstosstext

Nach dem Fall der Sowjetunion im Jahr 1991 schien ein Krieg in Westeuropa undenkbar, und das Thema Schutzräume geriet in den Hintergrund – bis zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine.

Mit diesem Konflikt hat sich die Sicherheitslage für die Schweiz und ihre Bevölkerung grundlegend geändert. Kriegerische Auseinandersetzungen sind in naher Zukunft auch in Westeuropa wieder denkbar, und die Schweiz kann trotz ihrer Neutralität betroffen sein. In modernen Kriegen wird die Zivilbevölkerung oft tangiert und sogar zum Hauptangriffsziel, trotz Völkerrecht. Daher ist sie auf genügend funktionstüchtige Schutzräume angewiesen.

Im Kanton Bern sind die Gemeinden für die Zuweisung der Schutzplätze zuständig. Sie müssen die Zuweisungsplanung innerhalb von drei Monaten erstellen können, sie aber nicht ständig bereithalten. Die Zuweisungsplanung wird bei Bedarf aufgrund der sicherheitspolitischen Lage beispielsweise durch Aushänge oder postalischen Versand bekannt gegeben.²⁴ Der Interpellant geht davon aus, dass der Gemeinderat die nötigen Vorkehrungen getroffen hat.

Im Jahr 2022 schloss die Gemeinde Köniz die alle zehn Jahre durchzuführende Schutzraumkontrolle ab. Dabei wurde eine Schutzplatzquote von 104 Prozent festgestellt, bei einer angestrebten Quote von mindestens 120 Prozent.

²⁴ <https://www.bsm.sid.be.ch/de/start/themen/schutzbauten/zuweisungsplanung.html>

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten.

1. Generell
 - 1.1. Wie viele Schutzplätze stehen in der Gemeinde Köniz pro Schutzraumkategorie (A, B, C²⁵) aufgeschlüsselt nach gemeindeeigenen und privaten Schutzräumen zur Verfügung?
 - 1.2. Wie will Köniz die angestrebte Schutzplatzquote von 120 Prozent erreichen und in welchem Zeitraum?
 - 1.3. Wie und wann informiert der Gemeinderat die Bevölkerung über den Stand, seine Pläne und den Fortschritt zur Thematik der Schutzräume und Schutzanlagen in Köniz?
2. Private Schutzräume
 - 2.1. Wie wurde anlässlich der Schutzraumkontrollen der bauliche Zustand der Schutzräume beurteilt?
 - 2.2. Wie wird sichergestellt, dass einsatzrelevante Mängel zeitnah behoben werden?
3. Schutzräume und Schutzanlagen der Gemeinde
 - 3.1. Wie ist deren baulicher Zustand?
 - 3.2. Sollten die gemeindeeigenen Schutzräume und Schutzanlagen sanierungsbedürftig sein: Bis wann sind die Sanierungsarbeiten abgeschlossen?
4. Finanzen

Sind die Gelder für die Erhöhung der Schutzplatzquote und für allfällige Sanierungen gemeindeeigener Schutzräume und Schutzanlagen in der Finanzplanung der Gemeinde eingestellt?
5. Schutzbauten für den Kulturgüterschutz

Verfügt die Gemeinde Köniz über quantitativ und qualitativ ausreichende Schutzbauten zum Schutz von Kulturgütern?

Juni 2025, Roland Akeret, Sladjan Petrovic

Eingereicht

16.06.2025

Unterschrieben von 18 Parlamentsmitgliedern

Roland Akeret, Sladjan Petrovic, Fabienne Marti, Roger Tanner, Sandra Röthlisberger, Andreas Hauser, Katja Streiff, Matthias Müller, Tatjana Rothenbühler, Heidi Eberhard, Ronald Sonderegger, Casimir von Arx, Christina Aebischer, Klaus von Muralt, Lukas Erni, Laura Hoffman, Toni Eder, Reto Zbinden

Antwort des Gemeinderates

1. Frage 1.1: Wie viele Schutzplätze gibt es in Köniz – nach Kategorie & Trägerschaft?

In der Gemeinde Köniz stehen insgesamt rund 43'566 Schutzplätze (+615 Inaktive SP) zur Verfügung (Stand 16.09.2024). Davon befinden sich 32'937 Plätze in privaten, überwiegend kleineren Schutzräumen (z.B. in Ein- und Mehrfamilienhäusern), während die Gemeinde in grösseren öffentlichen Schutzräumen 10'629 Schutzplätze bereitstellt.

Die Schutzräume werden gemäss ihrer Schutzwirkung und Erneuerbarkeit in die Kategorien A (vollwertig), B (erneuerbar) und C (aufgehoben oder nicht mehr anrechenbar) eingeteilt. Der überwiegende Teil der Schutzplätze in Köniz entfällt auf die Kategorien A und B. Eine detaillierte Aufschlüsselung nach Kategorien ist möglich und kann bei Bedarf gerne nachgereicht werden.

Schutzplätze	Gesamttotal	davon Kategorie A	davon Kategorie B	zusätzlich Kategorie C
Gemeindeeigene	10'629	1'714	8'915	615
Private	32'937	16'392	16'545	nicht bekannt

²⁵ <https://www.bsm.sid.be.ch/de/start/themen/schutzbauten/schutzraumkontrolle.html>

Schutzanlagen für Blaulichtorganisationen (Polizei, Feuerwehr, Sanität) und die ZSO sind nicht Bestandteil der obigen Aufstellung, da die dort vorhandenen Schutzplätze ausschliesslich diesen Organisationen zur Verfügung stehen und somit nicht in die Schutzplatzbilanz der Bevölkerung einfließen. Sie werden separat gezählt.

2. Frage 1.2: Wie soll die angestrebte Schutzplatzquote von 120 % erreicht werden?

Der Zielwert von 120 % ist in der aktuellen Gesetzgebung als strategischer Richtwert definiert, um auf Bevölkerungswachstum und allfällige Schutzplatzverluste vorausschauend reagieren zu können. Über die konkrete Zielsetzung und die möglichen Massnahmen zur Erhöhung der Schutzplatzbilanz wird der Gemeinderat nach Abschluss der laufenden Gesetzesrevisionen auf Bundes- und Kantonsebene entscheiden. Die Massnahmen werden – sofern notwendig – in einem Bericht zur strategischen Aufstockung zusammengefasst, der dem Gemeinderat bis Ende 2026 vorgelegt wird. Bis dahin steht die Wiederherstellung und Instandsetzung der bestehenden Schutzräume im Vordergrund.

Gemäss aktueller BSIG-Weisung gilt bei einer Schutzplatzbilanz von unter 120 % die sogenannte Schutzraumspflicht: Bei Neubauprojekten mit mehr als 38 Zimmern besteht die Pflicht, Schutzräume zu erstellen oder einen Ersatzbeitrag zu leisten. Diese Vorgaben werden in Köniz konsequent im Baubewilligungsverfahren angewendet. Eine generelle Befreiung von der Schutzraumspflicht ist erst wieder möglich, wenn die Schutzplatzbilanz der Gemeinde 120 % oder mehr erreicht.

3. Frage 1.3: Wie informiert der Gemeinderat die Bevölkerung über den Stand der Schutzräume?

Die Bevölkerung wird bedarfsgerecht und transparent informiert – beispielsweise im Rahmen von Medienmitteilungen, auf der Gemeinde-Website sowie über Mitteilungen in den amtlichen Publikationsorganen. Bei bedeutenden Entwicklungsschritten oder Änderungen der Gesetzeslage ist eine gezielte Information vorgesehen. Im Ereignisfall wird die Bevölkerung über die Zuweisungsplanung informiert – mit einem Zeitfenster von drei Monaten für die Bereitstellung der Schutzräume ab Bedarfsauslösung. Die Zuweisungsplanung (Zupla) wird im Bedarfsfall durch den Kanton Bern erstellt und der Gemeinde als Dienstleistung zur Verfügung gestellt. Die Umsetzung und Kommunikation an die Bevölkerung erfolgt in Zusammenarbeit mit der regionalen Zivilschutzorganisation.

4. Frage 2.1: wie wurde der bauliche Zustand der privaten Schutzräume beurteilt?

Im Rahmen der periodischen Schutzraumkontrollen (PSK), die bis 2022 abgeschlossen wurden, wurden alle privaten Schutzräume in Köniz im Auftrag des Kantons Bern systematisch geprüft. Insgesamt ist der Zustand mehrheitlich solide, es wurden jedoch auch Mängel festgestellt – insbesondere an technischen Einrichtungen wie Türen und Lüftungssystemen. Die Eigentümer wurden über die festgestellten Mängel informiert und sind gesetzlich verpflichtet, diese innert 10 Jahren zu beheben.

5. Frage 2.2: Wie wird die zeitnahe Behebung von Mängeln sichergestellt?

Rund 25 % aller Schutzräume in der Gemeinde Köniz – das entspricht den öffentlichen Schutzräumen im Einflussbereich der Gemeinde – werden im Rahmen eines verbindlichen Instandsetzungsplans 2025–2030 saniert und laufend überwacht. Für die restlichen, rund 75 % privaten Schutzräume sind die jeweiligen Eigentümer verantwortlich. Die Kontrolle der Mängelbehebung und die Einhaltung der Sanierungsvorgaben in den privaten Schutzräumen liegt in der Zuständigkeit des Kantons Bern. Der Kontrollmechanismus ist die alle 10 Jahren stattfindende PSK. Die Gemeinde steht unterstützend zur Verfügung, trägt aber für die Durchsetzung von Massnahmen zu privaten Schutzräumen aufgrund der aktuellen Gesetzgebung keine direkte Verantwortung.

6. Frage 3.1: Wie ist der bauliche Zustand der gemeindeeigenen Schutzräume?

Die gemeindeeigenen Schutzräume und Anlagen wurden seit 2018 in mehreren Etappen umfassend kontrolliert. Rund 5'000 der insgesamt 12'000 Schutzplätze (10'629 in Schutzräumen und 1'371 in Schutzanlagen) wiesen Mängel auf, insbesondere bei sicherheitsrelevanten Bauteilen wie Panzertüren, Schienen und Lüftungsaggregaten. Die detaillierte Instandsetzungsplanung für den Zeitraum 2025–

2030 liegt vor, um diese Mängel schrittweise zu beheben. Mit den Sanierungsarbeiten wurde bereits im 2025 begonnen.

7. Frage 3.2: Bis wann sind allfällige Sanierungen abgeschlossen?

Die Sanierung der gemeindeeigenen Schutzräume erfolgt gestaffelt ab 2025. Ziel ist, alle notwendigen Instandsetzungen bis spätestens 2030 abzuschliessen und die volle Einsatzbereitschaft wiederherzustellen.

8. Frage 4: Finanzen - Sind die nötigen Mittel für Sanierungen und Schutzplatzerhöhung im Finanzplan enthalten?

Im aktuell gültigen Investitionsplan (IVP) der Gemeinde Köniz sind die notwendigen Mittel für die Instandsetzung und Sanierung der gemeindeeigenen Schutzräume und Schutzanlagen bereits vorgesehen. Ob und in welchem Umfang zusätzliche Gelder für eine Erhöhung der Schutzplatzquote notwendig werden, entscheidet der Gemeinderat nach Vorliegen der gesetzlichen Anpassungen und der entsprechenden strategischen Planung.

9. Frage 5: Schutzbauten für den Kulturgüterschutz - Gibt es ausreichend geeignete Schutzbauten für Kulturgüter in Köniz?

Die Gemeinde Köniz verfügt aktuell über ausreichend geeignete Schutzräume für den Schutz von Kulturgütern an verschiedenen Standorten. Die gemeindeeigenen Kulturgüter werden insbesondere im Untergeschoss an der Stapfenstrasse 15 durch die Gemeinde betreut und geschützt. Darüber hinaus stellt die Gemeinde für weitere Kulturgüter, wie beispielsweise das Schulmuseum, geeignete Räumlichkeiten im Untergeschoss der Sägestrasse 65 zur Verfügung.

Grundsätzlich liegt die Verantwortung für den Schutz von Kulturgütern bei den jeweiligen Eigentümerinnen und Eigentümern. Die Kategorisierung der Kulturgüter nach nationaler, kantonaler oder regionaler Bedeutung erfolgt durch die Denkmalpflege, in Zusammenarbeit mit der kantonalen kulturgüterschutzverantwortlichen Stelle. Für private Sammlungen oder Gegenstände, die nicht als Kulturgüter von nationaler, kantonaler oder regionaler Bedeutung eingestuft sind, ist die Gemeinde grundsätzlich nicht zuständig.

Köniz, 13.08.2025
Der Gemeinderat

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Wir kommen zum Traktandum 14, V2521, Interpellation der EVP-GLP-Mitte-Fraktion, «Schutzräume und Schutzanlagen in Köniz». Das ist eine Beantwortung der Direktion Sicherheit und Liegenschaften. Wünscht jemand die Diskussion? Die Diskussion ist nicht gewünscht. Der Erstunterzeichner ist Roland Akeret, du hast 3 Minuten.

Roland Akeret, GLP: Was soll ich sagen? Vor der Qualität der Antwort auf den Vorstoss bin ich befriedigt, von den geschilderten Zuständen, aber weniger.

Total stehen in Köniz für die Bevölkerung knapp 43'600 Schutzplätze zur Verfügung, das bei mehr als 44'000 Einwohnern. Die Deckung ist also kleiner als 100% und vom Zielwert des Kantons von 120% sind wir erschreckend weit entfernt. Das Bild trübt sich weiter ein, wenn man zur Kenntnis nehmen muss, dass fast 60% der Schutzplätze der Kategorie B zugeordnet werden müssen. Das heisst, sie sind nicht vollwertig und müssen auf Anordnung der Behörden betriebsbereit gemacht werden. Ich frage mich hier an dieser Stelle, wie beim heutigen Fachkräftemangel innerhalb kürzester Zeit Tausende von Schutzplätzen ertüchtigt werden sollen. Die Eigentümerinnen und Eigentümer sind für die Schutzbauten selber verantwortlich. Die Aufsicht darüber liegt beim Kanton.

Als Gemeinde sind wir also für unsere eigenen Schutzräume und Schutzbauten zuständig und von diesen 12'000 gemeindeeigenen Schutzplätzen weisen rund 5'000 sicherheitsrelevante Mängel auf. Mir scheint, als ob die Gemeinde Köniz die Friedensdividenden nach dem Mauerfall vollumfänglich eingezogen hat. Immerhin hat der heutige Gemeinderat die Zeichen der Zeit erkannt und wird jetzt die

Schutzräume bis 2030 ertüchtigen. Die entsprechenden Gelder sind eingestellt und die Arbeiten wurden aufgenommen. Dafür sage ich hier explizit: Merci. Leider ist Thomas Marti, nicht da.

Es wird euch nicht erstaunen, wenn ich jetzt aber sage, dass mir das alles viel zu langsam geht. Die internationale Sicherheitslage verschlechtert sich immer schneller. Wir in der Schweiz wiegen uns noch immer in wohliger Sicherheit und haben das Gefühl, wir können uns im Krisenfall hinter unserer Neutralität abdrücken. Das ist aber kein Konzept, das für unsere Bevölkerung Sicherheit und Vertrauen schafft.

Wir müssen unsere sicherheitspolitischen Aufgaben und Investitionen selber und ohne zeitlichen Verzug an die Hand nehmen, auch auf lokaler Ebene. Ich fordere den Gemeinderat darum auf, alles in seiner Kompetenz zu unternehmen, um die Zahl der vollwertigen Schutzplätze zeitnah zu erhöhen. Das heisst unter anderem: Wenn immer möglich, Bauen vor Ersatzabgaben, die gemeindeeigenen Schutzbauten schnellstens zu ertüchtigen und betriebsbereit zu erhalten und wenn dann immer noch Schutzbauten fehlen sollten, muss die Gemeinde diese gemäss Bundesrecht selber erstellen und die dafür notwendigen Mittel in die Hände nehmen.

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

PAR 2025/74

Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

V2532 Anfrage "Erarbeitungsprozess der Strategie "Gasausstieg" der Gemeinde Köniz"

V2533 Dringliche Motion (Arlette Münger, Christine Müller, Laura Hoffman, Ronald Sonderegger (Mitglieder der Einbürgerungskommission) "Erweiterung der Könizer Einbürgerungskommission von 9 auf 11 Mitglieder"

Weil hier die Dringlichkeit beantragt ist, bitte ich die Büromitglieder nach der Sitzung noch kurz hier zu bleiben.

Diskussion

Andreas Hauser, GLP: Am 5. Mai habe ich euch berichtet, dass die iranische Familie Momeni gerade ihre Wohnung in Mittelhäusern verlassen musste und in ein Rückkehrzentrum umziehen musste, ohne Perspektive.

Jetzt hat die Familie ganz frisch den Status F erhalten, das bedeutet «vorläufige Aufnahme». Das heisst, sie müssen nicht mehr im Rückkehrzentrum hausen und haben kein Arbeitsverbot mehr. Der Sohn Scharjar hat heute sein Betriebswirtschaftsstudium an der Uni begonnen. Auch der Tochter Schadi stehen jetzt wieder alle Möglichkeiten offen. Damit kein Missverständnis aufkommt: Ich habe keinen Verdienst an diesen Neuigkeiten, ich überbringe sie nur. Es gibt zahlreiche abgewiesene Asylsuchende, die weiterhin perspektivenlos in einem Rückkehrzentrum hausen, aber in dem Fall hat sich die Geschichte zum Guten gewendet.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Gibt es weitere Voten aus dem Parlament? Das ist nicht der Fall.

Dann habe ich noch Informationen:

- Das Parlamentsbüro hat an seiner Sitzung vom 27. August beschlossen, die Erfüllungsfrist für die Richtlinienmotion V2305 SP/JUSO «Könizer Wohnstrategie in Liebefeld-Mitte, gemeinnützigen Wohnraum schaffen und ein Mehrgenerationen-Wohnprojekt umsetzen» bis zum 1. September 2027 zu verlängern gemäss dem Antrag des Gemeinderates.
- Dann habe ich noch einen Reminder für November und Dezember: Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, dass wir im November und im Dezember jeweils beide Sitzungstermine brauchen werden, aller Voraussicht nach, darum reserviert euch bitte diese Termine.

Damit sind wir am Ende dieser Sitzung. Der Tag der Demokratie. Einer der wichtigsten demokratischen Akte ist die Wahl und wie ihr alle wisst, wählen wir in knapp zwei Wochen in Köniz. Wählen, Wahlkampf, das gibt es weder gratis, noch ohne Aufwand, das hält uns alle frisch, vielleicht hält es auch ein bisschen jung. Ich wünsche euch auf jeden Fall einen guten Endspurt im Wahlkampf, danach auch schöne verdiente Herbstferien, in welchen ihr euch ein bisschen erholen könnt, allen Kandidierenden viel Erfolg und wir sehen uns am 3. November wieder zur Umsetzung der Wahlprogramme.

Im Namen des Parlaments

Casimir von Arx
Parlamentspräsident

Chantal Fuchs
Leiterin Fachstelle Parlament